

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS  
UND THEODOR ESCHENBURG

## AUS DEM INHALT

EBERHARD PIKART

Preußische Beamtenpolitik 1918-1935

G. M. WOODHOUSE

Resistance in Griechenland

DONALD F. LACH

Die amerikanische Formosapolitik seit 1950

GERHARD LEIBHOLZ

„Aggression“ als zeitgeschichtliches Problem

DOKUMENTATION

Ein Brief Thomas Manns vor der Machtergreifung  
Hitlerrede vom 10. November 1938

FORSCHUNGSBERICHT / BIBLIOGRAPHIE

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder,  
Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

- Eberhard Pikart* . . . Preußische Beamtenpolitik 1918–1933 . . . 119  
*C. M. Woodhouse* . . . Zur Geschichte der Resistance in Griechen-  
land . . . . . 138  
*Donald F. Lach* . . . Die amerikanische Formosapolitik seit 1950 . . . 151

### MISZELLE

- Gerhard Leibholz* . . „Aggression“ im Völkerrecht und im Bereich  
ideologischer Auseinandersetzung . . . . . 165

### DOKUMENTATION

- Ein Brief Thomas Manns vor der Macht-  
ergreifung . . . . . 172  
Rede Hitlers vor der deutschen Presse . . . 175  
Zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen . . . 191

### FORSCHUNGSBERICHT

- Walter Lippens* . . . Die darstellenden „Jahrbücher“ der inter-  
nationalen Politik seit 1945 . . . . . 197

### BIBLIOGRAPHIE . . . . . 97

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 7 48 51/52  
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 9 10 15/9 23 32 –  
Preis des Einzelheftes DM 6.–; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement  
(4 Hefte) DM 20.– zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im  
Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen  
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.  
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Dieser Nummer liegt ein Verzeichnis „Politische Bildung – Geschichte – Zeitgeschichte“ der  
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn bei.  
ein Prospekt „Schicksalsfragen der Gegenwart“ des Max Niemeyer Verlages in Tübingen bei.  
Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html>  
URL: [http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958\\_2.pdf](http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_2.pdf)  
VfZ-Recherche: <http://vzf.ifz-muenchen.de>

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

6. Jahrgang 1958

2. Heft/April

EBERHARD PIKART

## PREUSSISCHE BEAMTENPOLITIK 1918-1933

*Vorbemerkung des Herausgebers:* Die personalpolitischen Akten des Kaiserreichs standen in den Jahren der Weimarer Republik für die wissenschaftliche Auswertung nicht zur Verfügung, und auch die personalpolitischen Akten der Weimarer Republik selbst, die sich im Besitz der Besatzungsmächte befanden, waren bis vor kurzem für die wissenschaftliche Bearbeitung nicht zugänglich. Daher gibt es so gut wie keine Untersuchungen über die Personalpolitik und damit auch über die Ämterpatronage in dieser Zeit. Die wenigen bisherigen Arbeiten stützen sich auf Pressemeldungen und -berichte, auf Parlamentsprotokolle und Memoiren. Der Verfasser der vorliegenden Skizze über die Beamtenpolitik der preußischen Staatsregierung war in der Lage, amtliches Material, wenn auch in begrenztem Umfang, zu benutzen, so daß aus ihr einige interessante, nunmehr belegte Hinweise zur Personalpolitik und zur Ämterpatronage der Weimarer Zeit zu entnehmen sind. T. E.

Da bei der reibungslosen und wirksamen Erledigung von Verwaltungsgeschäften so viel von den persönlichen Beziehungen zwischen den höheren Beamten abhängt, ist es wirklich von Vorteil, daß sich der höhere öffentliche Dienst hauptsächlich aus Beamten zusammensetzt, die in diesen Dienst auf dem gleichen Wege eintraten, nachdem sie auf ähnliche Weise erzogen worden waren, und die ein Familienleben führen, dessen Stil man als den Lebensstil des höheren und gebildeten Mittelstandes bezeichnen kann. "Diese Bemerkung ist einem in England sehr geschätzten Buch über den höheren Verwaltungsdienst, das 1941 erschien, entnommen. Der Verfasser, H. E. Dale, will allerdings nicht so verstanden werden, als befürworte er irgendeine Art sozialen Monopols; denn er verurteilt entschieden jede Kastenbildung. Der Dienst, so meint er, müsse nach unten offen gehalten werden; aber nichtsdestoweniger sei es vorteilhaft, wenn eine bestimmte Schicht der Gesellschaft das Übergewicht in ihm besitze. Da die innere Einheitlichkeit des höheren Verwaltungsdienstes im Staatsinteresse erwünscht sei, müsse seine soziale Homogenität sozusagen als eine Voraussetzung in Kauf genommen werden<sup>1</sup>.

Diese Bemerkungen Dales, die er selbst für strittig hält und die nie Eingang in ein offizielles Dokument gefunden haben, sind auch in England nicht ohne Widerspruch geblieben. Den Erwägungen der Zweckmäßigkeit wurden Forderungen nach „Repräsentativität“ entgegengestellt<sup>2</sup>. Wie es sich aber auch verhalten mochte, der Gedanke war ausgesprochen, daß die Homogenität des höheren Ver-

<sup>1</sup> H. E. Dale, *The Higher Civil Service of Great Britain*, Oxford 1941, S. 176 f.

<sup>2</sup> Vgl. die Artikel von Robinson in *Public Administration*, Winter 1955, und von Kelsall und Robinson in *Public Administration*, Summer 1956; zum allgemeinen Problem „Soziale Probleme der höheren Beamten“ vgl. Charles Brindillac, *Les Hauts Fonctionnaires*, in *Esprit*, XXI ann., juin 1953, No. 6.

waltungsdienstes eine Sache sein könne, die dem Staat nütze und an die man nicht leichtfertig rühren dürfe. Auch eine Labour-Regierung, so argumentierte man, dürfe diese Frage nicht unüberlegt behandeln, denn der Machtzuwachs, den eine gute Verwaltung einer Regierung gleich welcher Partei einbringe, sei nun einmal nicht zu unterschätzen.

Soll das höhere Verwaltungspersonal homogen sein? Kann man, um diese Homogenität zu erzielen, auf die Voraussetzung einer „sozialen Homogenität“ verzichten? Oder soll es repräsentativ sein? Diese Fragen haben den Kontinent seit dem vergangenen Jahrhundert weit mehr beschäftigt als England. In Deutschland war die Homogenität ein Charakteristikum der Kaiserzeit, die Repräsentativität ein Programm der Weimarer Zeit. Beide Perioden aber litten darunter, daß man nicht verstand oder doch zögerte, diese beiden Forderungen für den höheren Verwaltungsdienst aufeinander abzustimmen.

Vor dem ersten Weltkriege war es im Deutschen Reich und in Preußen gelungen, ein einigermaßen einheitliches Beamtentum des höheren Dienstes zu sichern, indem bestimmte Gruppen von Anwärtern diskriminiert und andere bevorzugt wurden. Sozialisten wurde der Eintritt in die höhere Verwaltungslaufbahn des Reiches oder Preußens unmöglich gemacht; Katholiken, Juden, Demokraten und selbst Liberalen wurde Eintritt oder Aufstieg erschwert. Die Zugehörigkeit zur Oberschicht war weitgehend Voraussetzung für Einstellung und Beförderung. Das positive Ergebnis dieses Ausleseverfahrens war die Homogenität des Beamtenkorps und die weitgehende Übereinstimmung der politischen Auffassungen zwischen Monarch, Ministern und Beamten<sup>2a</sup>.

Der Adel, dessen Angehörige über die Hälfte der Landratsämter innehatten,

<sup>2a</sup> Folgende statistische Angaben sind z. B. über die Zusammensetzung des Korps der Landräte bekannt:

1. Anteil des Adels:

1904/05	59%
1916	54%
1925	27%

2. Die Berufsvorbildung:

eheml. Verw.-Assessoren	teilweise Verw.ausbildung	ohne Verw.ausbildung
1904/05	89%	4% 7%
1916	94%	3% 3%
1925	82%	5% 13%

3. Konfessionen

	Protestantisch	Katholisch	ohne Konfession
1904/05	86%	14%	—
1916	85%	15%	—
1925	64%	28%	8%

Gutes noch unbearbeitetes Material zu diesen Fragen befindet sich in Grzesinski's Nachlaß, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam (IIVSG). Vgl. Verhandlungen des Preußischen Staatsrates, Sitzungsberichte, 7. Sitzg., 20. 2. 1925, Statistik der Landräte, S. 174.



brachte manche Voraussetzungen mit, die ihn für höhere Verwaltungsämter qualifizierten. Neben den Adel aber traten mehr und mehr die sogenannten Prädikatsjuristen, die ihre Studien mit überdurchschnittlichen Noten abgeschlossen hatten. Die Universitäten befanden sich noch auf einem außerordentlich hohen Niveau und gerieten gerade erst in die Anfangsstadien jener Übervölkerung und Anonymität, unter der sie später zu leiden hatten. Preußische Beamtentradition und moderne rechtsstaatliche Gesinnung ergänzten einander weitgehend, und der Verwaltungsdienst war in den unpolitischen oder doch mehr oder weniger unpolitischen Aufgaben des Tages wirksamen Kontrollen durch Verwaltungsgerichte unterworfen, die dem einzelnen ein hohes Maß an Sicherheit gaben. Die Amtsmoral der Beamten stand außer Zweifel; das wurde auch in der Weimarer Zeit von den Parteien der Mitte und der Linken anerkannt. Aber trotz aller Verpflichtung zu Neutralität und Sachlichkeit, die zur deutschen Verwaltungstradition gehörte, wurde es schwer, das dem Obrigkeitsdenken verhaftete Personal dieser Verwaltung in die Verfassungsform der parlamentarischen Demokratie überzuführen.

Die politische Fragwürdigkeit dieser an aristokratischen Gesellschaftsprinzipien orientierten Personalpolitik erkannte man schon während des ersten Weltkrieges. Aber die Maschinerie der Reform arbeitete langsam, und letzten Endes war es für eine Reform überhaupt zu spät<sup>8</sup>.

Die Grundlage der sozialen Homogenität des höheren Verwaltungsdienstes aber brach vollends nach der Revolution von 1918 zusammen, und es bestand die Gefahr, daß auch die Einheitlichkeit der Amtsauffassung dadurch beeinträchtigt würde. Wohl schuf der Notstand nach der Niederlage von 1918 neue Vorstellungen allgemeinverbindlicher Verpflichtungen, vor allem gegenüber dem gesetzten Recht, denen sich auch die Mehrheitssozialisten nicht entzogen. Der Gedanke an Gehorsamsverweigerung gegenüber der neugeschaffenen, aber nunmehr rechtmäßigen Staatsgewalt kam innerhalb der Beamenschaft, selbst innerhalb der höheren, streng monarchisch orientierten, selten auf. Aber all das reichte nicht aus: das Arbeitsklima in den Verwaltungen hatte sich geändert, die Arbeit selbst litt unter politischen Differenzen zwischen den Beamten, es kam zu Mißverständnissen und Verleumdungen; die sozialdemokratischen Minister litten unter diesen Verhältnissen ebenso sehr wie manche ihrer konservativen Beamten. Das aristokratisch ausgelesene, monarchistisch gesinnte Beamtentum aus der Kaiserzeit wirkte gerade wegen seiner Homogenität wie ein Fremdkörper in der parlamentarischen Demokratie. Alle persönlichen Bemühungen, etwa der preußischen Minister Braun und Severing, einen Ausgleich zu finden und das Klima der Zusammenarbeit zu verbessern, waren belastet durch Ereignisse, wie den Kapp-Putsch, den Rathenau-Mord, die Inflation, und durch die permanenten Gefahren extremistischer Tendenzen von rechts und links.

<sup>8</sup> Vgl. Nachlaß Drews im Bundesarchiv, Koblenz (BA); G. Anschütz, Gedanken über die künftige Staatsform, in: Thimme/Legien, Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Leipzig 1915, S. 56; Stier-Somlo, Grund- und Zukunftsfragen deutscher Politik, Bonn 1917, S. 121.

Ganz abgesehen davon, daß infolge der Sicherung des Beamtenrechts durch die Verfassung die Beamten mit Ausnahme der „politischen“ nicht ohne weiteres abgesetzt werden konnten, verfügten die demokratischen Verfassungsparteien (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) in keinem auch nur einigermaßen ausreichenden Umfang über ausgebildete Ersatz- oder Nachwuchskräfte. Sie konnten sich nur mit Außenseitern behelfen. Ein großer Teil der Presse aber griff immer wieder die „Außenseiterpolitik“ der Preußischen Staatsregierung an und sprach von der „Futterkrippen- oder Beutepolitik“ Severings. Die Außenseiterfrage soll im folgenden im Zusammenhang mit dem Problem des „politischen“ Beamten untersucht werden. Gegenstand dieser Untersuchung sind die politischen Beamten des Freistaates Preußen, nicht des Reiches, in der Weimarer Zeit. Auch hier mußte insofern eine Lücke in Kauf genommen werden, als für die höheren Ministerialbeamten (Staatssekretäre und Ministerialdirektoren) weniger Material verfügbar war als etwa für Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte.

Die politischen Beamten – im 19. Jahrhundert nannte man sie präziser: die disponiblen Beamten – konnten von der Staatsregierung aus Zweckmäßigkeitserwägungen jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden; sie genossen also keinen allgemeinen Entlassungsschutz. Auch die institutionelle Garantie für die Beamtenrechte in der Weimarer Verfassung beseitigte diesen Vorbehalt nicht. Das Institut der politischen Beamten war in Preußen 1918/19 übernommen und bestätigt worden<sup>4</sup>. Schon seit dem vergangenen Jahrhundert in Geltung, bedeutete es, verglichen mit der außergewöhnlich gefestigten und rechtsstaatlich verankerten Position der Berufsbeamten, einen Ermessensvorbehalt der Staatsregierung für die Besetzung einiger wichtiger Ämter. Politische Beamte waren – wobei in diesem Zusammenhang von der Staatsanwaltschaft und vom auswärtigen Dienst abgesehen werden soll – die Landräte, die Regierungs- und Oberpräsidenten, die Leiter der Polizeibehörden, sowie die Ministerialdirektoren und Staatssekretäre. Diese Beamten konnte also die Staatsregierung beliebig abberufen, ohne daß sie verpflichtet war, ihre Maßnahmen zu begründen oder zu rechtfertigen. Mit den genannten Ämtern konnten überdies Personen betraut werden, die nicht die im höheren Verwaltungsdienst streng geltenden Bedingungen entsprechender Vorbildung für Zugang oder Beförderung erfüllten<sup>4a</sup>.

Von diesem Ermessensspielraum wurde seit 1918 zur Demokratisierung der Spitzen der regionalen und teilweise auch der zentralen Verwaltungen Gebrauch gemacht. Einige der alten Beamten schieden freiwillig aus ihren Ämtern, nachdem

<sup>4</sup> Vgl. Preuß. Disz. G. über die nichttrichterlichen Beamten v. 21. 7. 1852 § 87, Abs. 2; Preußische Gesetzessammlung (GS) S. 485ff. und Übernahmeverordnung vom 26. 2. 1919 § 3, GS S. 33ff.

<sup>4a</sup> Berliner Haupt-Archiv, Berlin-Dahlem, ehemaliges Preußisches Geheimes Staatsarchiv (BHA) Rep. 90 No. 484, Gesetzliche Vorschriften für die für einzelne Staatsämter erforderliche Befähigung, Schreiben des Ministers des Innern (MdI) an den Preußischen Ministerpräsidenten (MPräs) v. 2. 7. 1921.

sie um Entlassung „auf Grund der Umbildung des Staatswesens“ nachgesucht hatten, wofür ihnen die Regierung einen „ausnahmsweisen, freiwilligen Eintritt in den Ruhestand“ gewährte (Febr. 1919)<sup>5</sup>. Andere wurden zur Disposition gestellt. Jedenfalls zeigen die Listen der preußischen Landräte, der Regierungs- und Oberpräsidenten, daß 1919 hier ein Beamtenschub stattgefunden hat. Unter den neu ernannten Beamten findet man bereits einige von den politischen Parteien vorgeschlagene Außenseiter, zu einem geringeren Prozentsatz bei den Landräten, zu einem höheren bei den Regierungs- und Oberpräsidenten<sup>6</sup>.

Eine so weitgehende Besetzung dieser Ämter durch Außenseiter war für preußische Verhältnisse ungewohnt, denn obgleich die Staatsregierung auch vor 1918 berechtigt gewesen sein mochte, Außenseiter für derartige Ämter zu benennen, so hatte sie sich dieser Möglichkeit doch nur in sehr geringem Umfang bedient. Die neue Politik aber stand im Zeichen der Demokratisierung. Der preußische Innenminister Severing erklärte 1920, er wolle „Sozialdemokraten und Arbeiter in die Verwaltung bringen“<sup>7</sup>; das Zentrum wollte die katholischen Volksteile vertreten wissen. Eine Akzentverschiebung trat hinsichtlich dieser Forderungen nach dem Rathenau-Mord ein, als die Parteien der Weimarer Koalition ihre Minister zu drängen begannen, neben diese mehr friedliche Politik der Demokratisierung eine militantere zum Schutz der Republik zu stellen. Die Personalreferate sollten „unbedingt zuverlässigen Republikanern“ übertragen, die Kategorie der politischen Beamten sollte auch auf Ministerialräte, Abteilungsleiter bei den Bezirksregierungen, Präsidenten der Landeskulturämter und Direktoren der Provinzialschulkollegien ausgedehnt werden.

Die Regierung, so sehr sie politisch mit diesen Ansprüchen sympathisieren mochte, mußte an die Funktionsfähigkeit der Verwaltung denken und daher Forderungen der Koalitionsparteien dämpfen. Das Gesetz vom 31. Dezember 1922 verfügte deshalb nur, daß „im Interesse der Festigung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform . . . jederzeit einstweilen in den Ruhestand versetzt werden“ könnten: Ministerialdirigenten, Oberpräsidialräte, Oberregierungsräte bei den Regierungen als erste Vertreter der Regierungspräsidenten und der Oberregierungsrat als erster Vertreter des Polizeipräsidenten von Berlin<sup>8</sup>. Diese Bestimmungen hoben jedoch keineswegs die Vorbildungsanforderungen für diese Ämter auf.

Bis 1932 setzte die Preußische Staatsregierung ihre Bemühungen fort, einen Teil der Stellen für politische Beamte mit Außenseitern zu besetzen. Bei Versetzungen

<sup>5</sup> Verordnung (V) v. 26. 2. 1919 § 13, GS S. 33 ff.

<sup>6</sup> Vgl. Taschenkalender für Verwaltungsbeamte, C. Heymanns Berlin, versch. Jahrgänge, und K. H. Behrend, Die Besetzung der Landratsstellen in Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und der Grenzmark von 1919 bis 1933, Diss. Phil. Fak. Freie Universität, Berlin 1956.

<sup>7</sup> Severing am 2. 12. 1920 vor der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung (PrLV), 187. Sitzg., Spalte 14 416.

<sup>8</sup> Änderung zur Verordnung betr. die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand v. 26. 2. 1919, durch Gesetz vom 21. 12. 1922, GS 1923, S. 1 ff.

und Beförderungen wurde die Parteizugehörigkeit in steigendem Maße berücksichtigt. War es noch um 1919 ungewöhnlich gewesen, bei Ernennungsvorschlägen die Parteizugehörigkeit oder die politischen Sympathien der Vorgeschlagenen zu erwähnen, so setzte nach 1922 die Übung ein, diese Merkmale z. B. bei Landräten oder Oberregierungsräten darin zu verzeichnen<sup>9</sup>.

Aus dem Jahre 1929 liegen Statistiken über Parteizugehörigkeit oder offenbarte Sympathien vor. Sie verzeichnen allerdings nur den Anteil der Regierungsparteien. Von den 540 politischen Beamten Preußens, so hieß es, gehörten 450 den Parteien der Weimarer Koalition an und davon 150 der SPD.

Von den	12	Oberpräsidenten gehörten	9	der WK, davon	5	der SPD an
„	„	32 Reg.-Präs.	„	21	„	„
„	„	44 Reg.-Viz.-Präs.	„	31	„	„
„	„	44 Pol.-Präs.	„	38	„	„
„	„	408 Landräten	„	194	„	„
„	„	8 Staatssekr.	„	7	„	„
„	„	40 Min.-Direktoren	„	30	„	„

Indes blieb diese für den Handgebrauch des preußischen Innenministers Grzesinski (SPD) bestimmte Statistik recht ungenau. Erstens stimmten die Summen der allgemeinen mit der der aufgeschlüsselten Übersicht nicht überein, zum anderen gab die Statistik keine Auskunft über den Anteil der Außenseiter, denn eine Reihe von Karriere-Beamten trat während ihrer Laufbahn einer Partei bei.

Für das Außenseiterproblem sind jedoch einige Listen aufschlußreich, die für die Festsetzung der Ruhegehälter angelegt wurden. 1930 umfaßten diese Listen rund 190 Personen. Sie schließen allerdings nicht jene Personen ein, die aus dem gehobenen und dem mittleren Verwaltungsdienst, also aus vorhergehendem Beamtenverhältnis, in den höheren Verwaltungsdienst übernommen worden sind.

Eine dieser Ruhegehaltslisten konnte der Verfasser einsehen, sie enthält 86 Namen<sup>11</sup>. Von den hier aufgeführten Außenseitern waren vor ihrer Übernahme in den Verwaltungsdienst gewesen:

- 44 Gewerkschafts- oder Arbeitersekretäre, bzw. Leiter oder Angestellte von Konsumgenossenschaften,
- 13 Parteisekretäre und Redakteure,
- 9 Rechtsanwälte, Syndici oder Justitiare,
- 5 Schriftsteller oder Redakteure,
- 4 Arbeiter oder Angestellte ohne nähere Bezeichnung,

<sup>9</sup> BHA, Rep. 90, No. 1000, Spezialakten über die Oberregierungsräte bei den Regierungen passim.

<sup>10</sup> Nachlaß Grzesinski, (IIvSG), Bd. No. 99, Notiz „Personalpolitik nach 1929“.

<sup>11</sup> Nachlaß Grzesinski, (IIvSG), Bd. No. 105, Nachweisungen derjenigen aus den freien Berufen hervorgegangenen Beamten des höheren Dienstes der allgemeinen und inneren Verwaltung einschließlich der Landräte und staatlichen Polizeiverwaltung, bei denen im Rahmen des § 19 Abs. 1 Ziff. 2 des Zivilruhegehaltsgesetzes nach den mit dem Finanzminister getroffenen Vereinbarungen eine Berücksichtigung nichtstaatlicher Tätigkeiten stattgefunden hat. Stand vom 1. 5. 1930.



- 2 Landwirte,
- 2 Zigarrenfabrikanten, es wird sich hier um Konsumbetriebe gehandelt haben,
- 1 Lehrer,
- 1 Friseur,
- 1 Zahnarzt.

Von diesen wirkten in der Verwaltung:

- 46 als Landräte oder kommissarische Landräte,
- 6 als Regierungspräsidenten oder komm. RP,
- 9 als Oberpräsidenten oder komm. OP,
- 19 als Polizeipräsidenten oder komm. PP, Polizeidirektoren oder komm. PD,
- 5 als Regierungsräte oder Justitiare,
- 1 als Ministerialrat.

Das Durchschnittsalter bei ihrer Übernahme in die Verwaltung betrug 46 Jahre, der jüngste zählte 35 Jahre, der Älteste 60. Bei 12 von ihnen ist eine vorhergehende Mitgliedschaft in einem Gemeinde- oder Stadtrat nachgewiesen, bei einem eine Mitgliedschaft im Parlament. Fünf waren zuvor Landes- oder Reichsminister.

Die hohe Zahl der Gewerkschafts- und Parteisekretäre läßt darauf schließen, daß es sich bei dem Außenseiterproblem wohl vornehmlich um ein Problem der SPD handelte. Aber auch das Zentrum war direkt interessiert, obwohl ihm neben einem Stab vorzüglicher Kommunalbeamter mehr Lehrer und Richter zur Verfügung standen als der SPD. Noch mehr traf letzteres auf die DDP zu.

Die SPD suchte Beamte zu ernennen, die praktische Verwaltungserfahrung besaßen, auch wenn diese nicht im öffentlichen Dienst erworben war. Sie stützte sich dabei zuerst auf die Partei- und Gewerkschaftssekretäre und nahm dabei deren hohes Alter in Kauf. Zu einem geringeren Prozentsatz stellte sie als Kandidaten Parteiangehörige auf, die ihre Verwaltungserfahrung in der Gemeinde- oder Stadtverwaltung erworben hatten. Versorgungsgedanken mögen bei einigen der Ernennungen eine Rolle gespielt haben, besonders wenn die Ernannten schon älter waren. Eine Art ehrenvoller Versorgung, wie sie in Preußen seit jeher üblich war, wurde aus dem Amt geschiedenen Ministern zuteil; der bekannteste Fall ist die Ernennung des ehemaligen Reichswehrministers Noske zum Oberpräsidenten von Hannover.

Der Einfluß der Gewerkschaften auf die Personalpolitik der Preußischen Staatsregierung war erheblich. In Grzesinski darf der Führer des Gewerkschaftsflügels der SPD gesehen werden. Unter den Gewerkschaftlern wieder führten die Metallarbeiter.

Die Außenseiter wurden vor allem zu politischen Beamten ernannt; damit war zwar ihre Versorgung gesichert, aber sie konnten jederzeit von einer anders zusammengesetzten Regierung entlassen werden.

Demokratisierung der Verwaltung bedeutete aber ferner, den unteren oder allen Schichten des Volkes auch ohne organisatorische Unterstützung durch politische Parteien oder Verbände den Zugang zum höheren Verwaltungsdienst zu öffnen und

fähigen Außenseitern den Eintritt in jene Laufbahnen zu ermöglichen, für welche die „Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst“ Voraussetzung war.

Ein solcher Einbruch in das Juristenmonopol wurde 1920 von der Demokratischen Partei versucht. Sie brachte eine Novelle zum Gesetz vom 10. 8. 1906 ein, die „Bürgermeistern, Ingenieuren und Landwirten“, also Begabungen, woher sie auch kommen mochten, den Eintritt in die höhere Verwaltungslaufbahn möglich machen sollte<sup>12</sup>. Die SPD unterstützte diesen Antrag sofort, um fähigen mittleren Beamten einen Aufstieg zu ermöglichen<sup>13</sup>. Das Zentrum schloß sich im Hinblick auf die „Schulmänner“ an<sup>14</sup>. Aber auch die Deutschnationale Volkspartei stand diesen Plänen nicht ablehnend gegenüber; jedenfalls konnte sie in der ganzen anschließenden Debatte keine einheitliche Stellungnahme ihrer Parlamentarier erzielen, denn es gab auch in diesem Lager einige, die für das Prinzip „freie Bahn dem Tüchtigen“ eintraten<sup>15</sup>. Mochten nun diese Voraussetzungen auch glücklich erscheinen, im Augenblick der Konkretisierung der Wünsche traten dennoch Schwierigkeiten auf, von denen später die Rede sein wird. Das Parlament beschränkte sich darauf, einige Ausnahmen zu schaffen.

Das Gesetz vom 10. August 1906<sup>16</sup> hatte den Befähigungsnachweis in § 10 enumerativ für den Zugang zu bestimmten Ämtern gefordert und in § 13 Ausnahmebestimmungen festgelegt.

Der § 10 lautete in der alten Fassung:

„Die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst ist die Voraussetzung für die Berufung zu den Stellen:

1. der Abteilungsdirigenten und der Mitglieder einer Regierung sowie der dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten zugeordneten höheren Verwaltungsbeamten mit Ausnahme der Justitiare und der technischen Beamten.“

Diesem Paragraphen wollte die Regierung die folgende Fassung geben:

(wie oben) „... mit Ausnahme der Dirigenten der Kirchen- und Schulabteilungen der Regierung, der Justitiare und der technischen Beamten“<sup>17</sup>.

Die Deutschnationalen beantragten dann eine Änderung dieser Regierungsvorlage, die auch angenommen wurde. Das Gesetz erhielt damit die endgültige Fassung:

(wie oben) „... mit Ausnahme der Justitiare und der technischen Beamten. Die Stellen der Dirigenten bei den Kirchen- und Schulabteilungen sind mit Persönlichkeiten zu besetzen, die entweder aus dem Schulfach hervorgegangen sind oder die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst erworben haben“<sup>18</sup>.

Das Juristenmonopol wurde also, was die Kirchen- und Schulverwaltungen an-

<sup>12</sup> Meyer (DDP) am 23. 6. 1920 vor der verf. geb. Preußischen Landesversammlung (PrLV), 145. Sitzg., Spalte 11 487.

<sup>13</sup> Lichtenstein (USPD) am 23. 6. 1920 vor der verf. geb. PrLV, 145. Sitzg., Spalte 11 490.

<sup>14</sup> Linz (Z) am 23. 6. 1920 vor der verf. geb. PrLV, 145. Sitzg., Spalte 11 485 ff.

<sup>15</sup> Weisärmel (DNVP) am 8. 7. 1920 vor der verf. geb. PrLV, 150. Sitzg., Spalte 11 793 ff.

<sup>16</sup> GS, S. 378 ff.

<sup>17</sup> Drucks. No. 2480 v. 30. 4. 1920.

<sup>18</sup> GS, S. 388 ff.

ging, eingeschränkt, ebenso das Akademikermopol, denn zwischen Studienräten und Volksschullehrern wurde nicht unterschieden.

Wichtiger aber war § 13. In seiner alten Fassung lautete er:

„Die Minister der Finanzen und des Innern sind ermächtigt, Personen, welche die Befähigung zum höheren Justizdienst erlangt haben und mindestens ein Jahr als Justitiar oder anderweit bei einer Behörde beschäftigt worden sind, sowie Landräte, die eine mindestens fünfjährige Dienstzeit in dieser Stellung zurückgelegt haben, als befähigt zum höheren Verwaltungsdienst zu erklären<sup>19</sup>.“

„Bei Personen, welche die Befähigung zum höheren Justizdienst länger als 10 Jahre besitzen, sind die Minister an die einjährige Frist nicht gebunden.“

Auf Antrag der DDP wurde dieser Paragraph folgendermaßen geändert (endgültige Fassung):

„Die Minister der Finanzen und des Innern sind ermächtigt, Personen, welche die Befähigung zum höheren Justizdienst erlangt haben, in Ausnahmefällen auch andere Personen, die auf Grund ihrer fachlichen Vorbildung und mindestens dreijähriger Tätigkeit in einem öffentlichen Verwaltungsdienste für die Stellung eines höheren Verwaltungsbeamten besonders geeignet erscheinen, als befähigt zum höheren Verwaltungsdienste zu erklären<sup>20</sup>.“

Hier hatte das Parlament sehr weitgehende Befugnisse den Beamtenministern in die Hände gelegt, und es wird später darauf zurückzukommen sein, warum davon eigentlich nur wenig Gebrauch gemacht worden ist.

Während diese Novellen beraten wurden, beschäftigte sich auch die breitere Öffentlichkeit mit der Vorbildung der Beamten. Professor Lotz veröffentlichte im „Roten Tag“ am 6.3.1920 einen Artikel, in dem er eine „grundsätzlich anzuerkennende Gleichwertigkeit des akademischen Studiums“ für die Zulassung zur ersten Verwaltungsprüfung forderte. Einige Zeit später nahm Bill Drews in der Deutschen Allgemeinen Zeitung zum gleichen Thema Stellung<sup>21</sup>. Er wies die Forderungen von Lotz als zu weitgehend zurück, trat aber für eine größere Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Kenntnisse bei den Prüfungen ein. Damit waren Fragen aufgeworfen, die schon bei den Gesetzesberatungen 1906 eine Rolle gespielt hatten, wie sie in der Weimarer und auch in der NS-Zeit häufig wieder aufgegriffen wurden und uns auch heute wieder beschäftigen.

Die Staatsregierung zögerte aber, sich in so weitgehende Pläne einzulassen, zumal es fraglich war, ob sich hier die Koalitionspartner auf ein einheitliches Programm einigen konnten. Man ließ also die Regeln, die das Fundament der Beamtenpyramide bestimmten, im Prinzip unangetastet. Andererseits verschaffte sich die Regierung das Recht, in Ausnahmefällen von Fall zu Fall Korrekturen vorzunehmen. „Man wußte einerseits nicht genau, wie man bei den für die Corps (der Beamten) bestehenden Regeln deren Auflockerung ohne ihre Zerstörung vornehmen könne, und zum anderen glaubte man, nicht genug Zeit zu haben, um auf eine sich als

<sup>19</sup> S. o., Anm. 16.

<sup>20</sup> S. o., Anm. 18.

<sup>21</sup> Deutsche Allgemeine Zeitung v. 27. und 29. 6. 1920.

Folge der erweiterten Bildungsmöglichkeiten ja von selbst einstellende Verbreiterung des soziologischen Fundaments warten zu können<sup>22</sup>."

Die Parteien warteten ungeduldiger als je auf die Demokratisierung. Ein Sprecher des Zentrums formulierte in einer leidenschaftlichen Rede im Parlament die Wünsche seiner Partei. Im Königreich Preußen, so sagte er, habe man Katholiken ungerechterweise aus Regierung und Verwaltung ferngehalten, deswegen sei es nun notwendig, dies wiedergutzumachen, um einen „würdigen und entsprechenden Einfluß des Volksteiles zu ermöglichen, den wir hier zu vertreten haben“<sup>23</sup>. In gleicher Weise sprach die SPD im Namen der Arbeiterschaft. Die Rechte aber faßte diese Angriffe als eine Herausforderung auf und beschuldigte die Koalitionsparteien, daß sie parteiegoistische Ziele verträten, an einer Ausbildungsreform dagegen nicht interessiert seien<sup>24</sup>.

Der Abgeordnete von Richter erklärte für die Deutsche Volkspartei, daß die Gefahr bestehe, daß man nun die Erklärung der Befähigung auf Grund der politischen Gesinnung vornähme, denn das Gesetz lege den Ministern einen Freibrief dafür in die Hände. Die Deutschnationalen sahen in den Ausnahmebestimmungen die Grundlage für eine Art „doppelter Rekrutierung“; es entstände also die Gefahr, daß ein zweiter auf den üblichen nicht abgestimmter Zugang zum öffentlichen Dienst geschaffen würde. Aber auch Anhänger der Koalition unterstützten diese Bedenken in der Presse<sup>25</sup>.

Es ist nun nicht genau zu übersehen, wie weit die Minister ihre Vollmachten gebrauchten. Die Akten, die der Verfasser einsehen konnte, berichten von der Übernahme einiger mittlerer Beamter in den höheren Verwaltungsdienst<sup>26</sup>. Aber auch diese Fälle lassen noch nicht den Schluß zu, daß sich hierdurch in der so außergewöhnlich strengen Abkapselung des höheren Dienstes nach unten viel geändert hätte. Weiter wurden einige Schulabteilungen in den Regierungsbezirken an Lehrer übertragen. Aus der zitierten Pensionsliste der Außenseiter ist nur zu ersehen, daß zwei der 46 Außenseiterlandräte der Liste später als Regierungsräte übernommen wurden. Ein umfassender Gebrauch aus politischen Motiven scheint also von diesen Möglichkeiten nicht gemacht worden zu sein.

Daß aber die Möglichkeit der politischen Ausnutzung bestand, zeigt eine Maßnahme Grzesinskis, der durch die Anstellung von 10 Außenseitern auf Privatdienstvertrag der SPD eine Beamtenreserve verschaffen wollte. Er beabsichtigte, nach dreijähriger Beschäftigung diese Anwärter in den höheren Verwaltungsdienst zu übernehmen. In dem Schreiben Grzesinskis vom 23. Dezember 1927, in dem er seinen Antrag begründete, hieß es<sup>26a</sup>:

<sup>22</sup> Anregungen und Formulierungen verdankt der Verfasser einer Korrespondenz mit Herrn W. v. Buch, Duisburg.

<sup>23</sup> Sprenger (Z) am 8. 7. 1920 vor der verf. geb. PrLV, 150. Sitzg., Spalte 11756.

<sup>24</sup> v. Richter (DVP) am 8. 7. 1920 vor der verf. geb. PrLV, 150. Sitzg., Spalte 11794ff.

<sup>25</sup> Vgl. Bill Drews in Deutsche Allgemeine Zeitung v. 27. u. 29. 6. 1920.

<sup>26</sup> BHA Rep. 90, No. 1000.

<sup>26a</sup> Ehemaliges Preußisches Geheimes Staatsarchiv, heute: Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg (DZA-Merseburg) Rep. 77 Tit. 184 (Beamtenachen) Nr. 276 Eingaben zu allgemeinen Beamtenfragen, Notiz des MdI v. 23. 12. 1927.



„Immer wieder bin ich gezwungen, für Stellen des höheren Dienstes, bei deren Besetzung auch die politische Einstellung des künftigen Stelleninhabers für seine Eignung von maßgebender Bedeutung ist, Personen in Aussicht zu nehmen, die bisher noch nicht im staatlichen Verwaltungsdienste tätig waren. In erster Linie tritt diese Notwendigkeit immer wieder auf bei der Besetzung von Stellen, für die nach der politischen Zusammensetzung des fraglichen Gebietsteiles zweckmäßigerweise nur Personen in Frage kommen, die auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei stehen. Naturgemäß wird Personen, die bisher noch nicht im staatlichen Verwaltungsdienst tätig waren, durch das Fehlen hinreichender Erfahrung in der Verwaltungspraxis die Führung ihres Amtes zunächst für längere Zeit außerordentlich erschwert. Auch löst die unmittelbare Übertragung von beehrten Ämtern an solche Personen bei der höheren und mittleren Beamtenschaft regelmäßig eine starke Verstimmung aus. Ich halte es daher im Interesse einer leichteren und reibungsloseren Durchführung der Personalpolitik des Staatsministeriums, die den billigen Ansprüchen aller Bevölkerungsteile gerecht werden soll, für erforderlich, einzelnen Personen, welche auf Grund ihrer Befähigung, ihrer bisherigen Tätigkeit und ihrer politischen Einstellung, andererseits im Staatsinteresse aus bedeutsamen Gründen zur späteren Bekleidung der fraglichen politischen Stellen in Betracht kommen, Gelegenheit zu geben, sich bei einem Landratsamte oder einer Regierung im Angestelltenverhältnis als Hilfsarbeiter für den höheren Dienst mit den Verwaltungsaufgaben und der Verwaltungspraxis sowie den gesetzlichen Bestimmungen näher vertraut zu machen und hierbei zu zeigen, ob sie wirklich für wichtigere politische Stellen geeignet sind.“

Diese Maßnahme Grzesinskis blieb jedoch ein Einzelfall.

Die politischen Beamten wurden von den zuständigen Ministern dem Staatsministerium zur Ernennung vorgeschlagen. Wer aber entdeckte die Außenseiter, wer befürwortete ihre Kandidatur vor dem zuständigen Minister – denn der Minister konnte nicht alle Anwärter persönlich kennen –, und welche Kontrollmittel gab es gegen möglichen Mißbrauch? Severing selbst hielt jede Ernennung für „einen Sprung ins Dunkle“<sup>27</sup>.

Die Besetzung von Spitzenämtern der Verwaltung ist meist ein langwieriger und komplizierter Vorgang. Wurde ein ordentlicher Beamter in ein Spitzenamt berufen, so löste seine Ernennung eine Kette von Umbesetzungen in den untergeordneten Ämtern aus, und andere Beamte rückten entsprechend ihrer Anciennität oder besonderen Befähigung in die frei gewordenen Ämter nach. Wurde ein Außenseiter benannt, so stieß dies meist auf das Mißfallen der ordentlichen Beamten, die sich um ihre Chancen des Aufrückens gebracht sahen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Frage, in welchem Stadium der Beratung über die Neubesetzung eines Amtes der Minister in diesen Prozeß der Bildung einer Entscheidung einbezogen wurde. Es ist z. B. nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß in England der Minister erst sehr spät an diesem Prozeß der Benennung von Spitzenbeamten beteiligt wird, obwohl er mit dem Ministerpräsidenten zu guter letzt über die Berufung entscheidet<sup>28</sup>. Der preußische Minister hingegen scheint von Anfang an und im Detail mit diesem Prozeß befaßt gewesen zu sein.

<sup>27</sup> Carl Severing, *Mein Lebensweg*, Köln 1950 Bd. 1, S. 284.

<sup>28</sup> Herbert Morrison, *Government and Parliament*, Oxford 1954, S. 326f.

Professor Eschenburg hat darauf hingewiesen, daß es in der Weimarer Zeit den Länderparlamenten an politischen Aufgaben fehlte und daß sie das Vakuum, das so entstand, durch intensivere Beschäftigung mit Ämterpatronage auszufüllen versuchten<sup>29</sup>.

Die Minister hielten sich jedenfalls nicht von den Personalangelegenheiten zurück, und sie wurden auch von den Parteien, oder die der SPD auch von den Gewerkschaften, aufgefordert, sich hier sehr zeitig einzumischen.

Das Verfahren der Besetzung eines Spitzenamtes läßt sich aus den Akten im allgemeinen sehr schwer feststellen. Die Verhandlungen wurden meist mündlich geführt und hinterließen deshalb kaum Spuren, denen der Historiker folgen kann. Schieden die Minister aus den Ämtern, so nahmen sie die in diesen Angelegenheiten geführten Korrespondenzen meist mit nach Hause, und die Dokumente gingen damit oft für die Forschung verloren.

Fällige Vakanzen waren meistens längere Zeit im voraus bekannt. Auf dem Dienstweg oder privat wurden dann an den Minister oder seinen Personalreferenten Vorschläge herangetragen. Die größte Beachtung wird unter diesen Vorschlägen jener des vorschlagsberechtigten Vorgesetzten, also für die Kandidatur eines Landrates etwa der des Regierungspräsidenten, gefunden haben. Der Minister besprach diese Vorschläge mit seinem Referenten, aber auch mit seinen Kollegen, zumal er für manche Benennungen die Zustimmung eines anderen Ministers brauchte, für die Besetzung der Schulabteilungsleiter etwa des Kultusministers, für Außenseiter allgemein des Finanzministers usw. Aber er besprach sie auch mit den Fraktionen, und meist befanden sich darin Spezialisten für Personalfragen der Verwaltung, die die Koalitionswünsche aushandelten und aufeinander abstimmten. War dann einigermaßen Einigkeit erzielt und wurde die Neubesetzung fällig, so beschloß das gesamte Staatsministerium über die Angelegenheit. Auch das war nicht nur eine Formalität, sondern hier waren noch durchaus Möglichkeiten des Einspruchs gegeben<sup>30</sup>.

Wurde z. B. ein Landratsamt vakant, so schlug im allgemeinen der Regierungspräsident dafür einen seiner tüchtigen Assessoren vor. Der Präsident oder seine Referenten kannten die Assessoren, und so war hier das Risiko gering. Bei Außenseitern lagen die Dinge jedoch anders. Für ihre Kandidatur waren, wie Severing schrieb, die Ministerien auf Auskünfte „nichtamtlicher Stellen“ angewiesen<sup>31</sup>, d. h. auf Referenzen einer Partei oder der Gewerkschaften. (Außenseiter, die ohne Hilfe einer Partei in die Verwaltung aufgenommen wurden, sind dem Verfasser nicht bekannt.)

Es trat aber auch noch ein anderes Problem auf. In Oberschlesien z. B. wurden die evangelischen Landräte durch katholische abgelöst. Die Kreistage verfügten

<sup>29</sup> T. Eschenburg, Politik und Verwaltung im Verfassungsrecht, in: Universitas 3 (1948), S. 917 ff.

<sup>30</sup> Vgl. Grundsätze für die Erledigung von Geschäften des Staatsministeriums vom 16. 12. 1921, BHA Rep. 90, No. 396.

<sup>31</sup> Severing a. a. O. (Anm. 27), S. 284.

schon in der Monarchie über ein Vorschlagsrecht für die Besetzung der Landratsämter; von diesem versuchten sie nach der Demokratisierung des Wahlrechts im Sinne einer heimlichen Kommunalisierung Gebrauch zu machen. Besonders dem Zentrum gelang es, seinen Wünschen im Innenministerium Gehör zu verschaffen. Der Druck, den es dabei auf den Innenminister ausübte, löste oftmals Verstimmungen und in der Presse sichtbar werdende Konflikte zwischen den Koalitionspartnern aus. Aber nicht allen Wünschen der Kreistage konnte stattgegeben werden, und die relativ hohe Anzahl der kommissarisch verwalteten Landkreise läßt darauf schließen, daß das Arrangement zwischen dem Vorschlagsrecht der Kreistage und der Ernennungsbefugnis des Staatsministeriums noch keine befriedigende Lösung der strittigen Frage der Landratsämter darstellte. Ähnliche Unstimmigkeiten, die teils zu einer heimlichen Kommunalisierung, teils zu dem Provisorium einer kommissarischen Übernahme von Ämtern führen konnten, ergaben sich aus Art. 86 der preußischen Verfassung, der zur Ernennung der Oberpräsidenten, der Regierungspräsidenten, der Vorsitzenden des Provinzialschulkollegiums und des Landeskulturamtes das Einvernehmen mit den Provinzialausschüssen voraussetzte<sup>32</sup>.

Das altpreußische Prinzip, katholische Gebietsteile durch evangelische Beamte verwalten zu lassen, wurde jetzt vollständig aufgegeben (in den Rheinlanden war es z. T. schon früher aufgegeben worden), und den Wünschen katholischer Mehrheiten wurde meist stattgegeben. Diese Anpassungsbereitschaft der Ämterpolitik trug nicht zuletzt dazu bei, daß die katholischen Gebietsteile Preußens sich nicht aus dem Staatsverband lösten, obwohl in dieser Richtung Versuche unternommen wurden. Die Überschneidungen, die in katholischen Industriebezirken zwischen dem Zentrum und der SPD auftraten, oder die Differenzen zwischen dem Parteiinteresse des Zentrums und den Interessen des preußischen Staates gelang es immer wieder auszugleichen, wenn auch Severing dabei manchmal mit dem Rücktritt zu drohen hatte.

Die Einmütigkeit der Koalition in Preußen in diesen Angelegenheiten war auch größer, als man nach den Wortgefechten bei Wahlen oder in der Tagespresse vermuten konnte. Besonders nachdem Drews vorgeschlagen hatte, die Landratsämter zu kommunalisieren, schien auch die preußische Staatsregierung nicht abgeneigt zu sein, zumindest in der Praxis solche Tendenzen zu respektieren. Die Demokraten und das Zentrum begrüßten derartige Absichten. Severing aber erklärte vor dem preußischen Landtag, daß er den Grundsatz der Kommunalisierung nicht als für die Regierung bindend anerkennen könne, „solange nicht das junge Gemeinwesen vor allen reaktionären Anschlägen geschützt ist“<sup>33</sup>. Er befürchtete, daß das agrarische Übergewicht auf der Landkreisebene neben dem nach dem Verhältniswahlrecht gewählten Landtage eine Art zweiter Repräsentation konstituieren könne, die mit der gesetzgebenden in Konflikt käme. Aber damit blieb die preußische Verwaltung im

<sup>32</sup> Severing a. a. O. (Anm. 27), S. 352 ff. (Provinziallandtage) und S. 352 ff. (Kreistage).

<sup>33</sup> Severing am 7. 7. 1920 vor der verf. geb. PrLV, Spalte 11672.

Schatten jener Vergangenheit, die die Parteien der Weimarer Koalition so heftig angegriffen hatten, und neue Arten von Diskriminierungen waren geschaffen. Die Verwaltung wurde politisiert, und diese Politisierung erfaßte insbesondere auch die Schulabteilungen der Regierungspräsidien und die Polizei. Wie es an einem Schulgesetz fehlte – und aus diesem Notstand konnte man nur im Partei-, nicht aber im Staatsinteresse Nutzen ziehen –, so fehlte es auch an einer Verwaltungsreform.

Der Personalpolitik kam in dieser Lage eine immer größere Bedeutung zu. Wenn das Innenministerium zu einem vergrößerten Verfassungsschutzamt zu werden drohte – und es mußte das wegen der angespannten politischen Lage und der strukturellen Unstimmigkeiten im Verwaltungsaufbau werden –, wenn weiter der Innenminister für sehr wichtige Benennungen auf die Vorschläge von Parteien zu hören hatte, dann bestand die dringende Gefahr, daß ein gut Teil der personalpolitischen Kompetenz der Minister in die Hände der Personalreferenten der Regierungsparteien überging. Daß Tendenzen in dieser Richtung bestanden, geht aus einem Vorschlag Grzesinskis hervor, die Regierungsparteien an der personalpolitischen Kompetenz des Staatsministeriums und auch an den auf untere Verwaltungen delegierten Kompetenzen zu beteiligen. Dieser Vorschlag wurde jedoch am 24. Mai 1922 in einem interfraktionellen Ausschuß besprochen und abgelehnt. Er lautete<sup>24</sup>:

„I. Unbeschadet des Rechts des Staatsministeriums und der Ressortminister, die Beamten zu ernennen, kommen die die jetzige Preußische Regierung bildenden Parteien überein, bei der Besetzung der Stellen der Oberbeamten nach folgenden Gesichtspunkten mitzuwirken:

1. Dem Obmann der Regierungsparteien im Landtag werden durch den Ministerpräsidenten ständig alle für eine Wieder- oder Neubesetzung in Frage kommenden Oberbeamtenstellen in den Zentral-, Provinzial-, Bezirks- und Kreisbehörden frühzeitig bezeichnet. Falls der zuständige Ressortminister eine Stellungnahme für die Besetzung der Stelle bereits in Aussicht genommen hat, soll dieselbe mitgeteilt werden.

2. Eine Besetzung der Stellen der politischen Beamten, Staatssekretäre, Ministerialdirektoren, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte und der diesen etwa gleichzustellenden Abteilungsleiter in den Oberpräsidien, Regierungspräsidien und der Kreisschulräte erfolgt im Benehmen mit dem interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien.

3. Eine Stellenbesetzung der übrigen Oberbeamten erfolgt nach Anhören des interfraktionellen Ausschusses.

II. In Zukunft erfolgt die Einstellung von Regierungsreferendaren durch den Minister des Innern auf Vorschlag des Regierungspräsidenten. Dem interfraktionellen Ausschuß ist laufend ein Bericht über die erfolgten Einstellungen zu geben.

III. Dem Obmann der Regierungsparteien ist tunlichst bald eine Übersicht über die Oberbeamten mit ihren Amtsbezeichnungen zu geben, die sich gliedert nach den Behörden, an welchen sie beschäftigt sind, und nach Arbeitsgebieten.

IV. Für die Zeit, während welcher der Landtag nicht versammelt ist, bestimmen die Regierungsparteien mindestens je zwei von ihren in Berlin wohnenden Mit-

<sup>24</sup> Nachlaß Grzesinski, HVSG Bd. No. 99, Entwurf vorgelegt am 24. 5. 1922, der interfraktionellen Besprechung wohnten bei: Oeser, Hess, Braun und v. Campe.



gliedern, welche alle zusammen während dieser Zeit die Befugnisse des interfraktionellen Ausschusses haben.“

Durch die Tatsache, daß die Regierungen Preußens in der Weimarer Zeit Koalitionsregierungen waren, war einer willkürlichen Patronagepolitik amerikanischen Stils eine scharfe Grenze gesetzt. Übermäßige Forderungen einer Partei blieben immer dem Risiko des Koalitionsbruchs ausgesetzt. So wurden die Parteien gezwungen, aufeinander Rücksicht zu nehmen, was im allgemeinen einer Einschränkung ihrer Wünsche gleichkam<sup>55</sup>. Gegenüber mehreren politischen Bewerbern konnte auch der „unpolitische“ Dritte den Vorzug erhalten. Neben die Berufsbeamten trat nur ein kleiner Prozentsatz von Außenseitern. Diese aber sollten das Berufsbeamtentum nicht sprengen, sondern in ihm aufgehen, wenn sie auch darin einen bewußt verfassungstreuen Kern zu bilden hatten.

Zwang so die gegenseitige Rücksichtnahme aus Koalitionsgründen zur Mäßigung, so verwuchs diese Koalitionspraxis zur gleichen Zeit mit den alten Geschäftsgewohnheiten des kollegialen Preußischen Staatsministeriums. Es zeigte sich in der Praxis die Tendenz, daß Koalitionssolidarität und Ministerkollegialität mehr und mehr einander entsprachen. Andererseits darf aber nicht übersehen werden, daß das Drängen der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften, aber auch des Zentrums, besonders in ihren lokalen Gruppen, auf Berücksichtigung viel größer war als das, was die Minister am Ende gewährten. Die Verhandlungen der SPD-Parteitage zeigen freilich, wie schwer es den Ministern dieser Partei wurde, die personalpolitische Mäßigung vor ihrer Partei zu rechtfertigen, und wie schwer es den Anhängern der SPD fiel, ihre Minister zu verstehen. Wenn nur ein sehr beschränkter Gebrauch der Ermessensfreiheiten zur Durchsetzung politischer Wünsche gemacht wurde, so wirkte dahin zuallererst jene Selbstkontrolle des Staatsministeriums.

Einigen der Minister waren in diesen Angelegenheiten noch Sonderstellungen eingeräumt. Innen- und Finanzminister hatten über die Aufnahme von Außenseitern gemeinsam zu befinden, bei der Besetzung von Stellen der Schulverwaltung wurde der Unterrichtsminister zugezogen. Man kann sagen, daß die meisten Fälle sehr sorgfältig geprüft wurden und daß unklare Fälle zu langwierigen Korrespondenzen innerhalb des Kabinetts Anlaß gaben, an denen auch das Justizministerium aufmerksam und kritisch teilnahm. Die beiden wichtigsten Beamtenministerien, die der Finanzen und des Innern, wurden seit 1921 von Ministern verschiedener Parteien verwaltet<sup>56</sup>.

Da die Regierung über Ernennung, Beförderung und Entlassung der Beamten

<sup>55</sup> Anregungen und Formulierungen verdankt der Verfasser einer Korrespondenz mit Herrn Dr. G. Schulz, Berlin.

<sup>56</sup> Übersicht über die Besetzung wichtiger Ministerien:

	Min.-Präs.	Inn.	Fin.	Kult.
25. 3. 19–29. 3. 20 (Weimarer Koalition)	SPD	SPD	SPD	SPD
29. 3. 20–21. 4. 21 (Weimarer Koalition)	SPD	SPD	SPD	SPD
21. 4. 21–7. 11. 21 (DDP und Zentrum)	Z	DDP	o. P.	o. P.

entschied, bestand theoretisch die Möglichkeit, daß beide für Beamtenfragen zuständigen Minister (oder einer von beiden) in personalpolitischen Fragen durch einen Beschluß des gesamten Staatsministeriums majorisiert und dadurch in der Ausübung der gesetzlich vorgesehenen Kontrollfunktionen gehemmt wurden. Solche Mehrheitsbeschlüsse hätten aber sowohl dem Prinzip der Einzelverantwortlichkeit der Minister vor dem Parlament („der Ressortminister ist nicht dem Staatsministerium verantwortlich, sondern dem Parlament“<sup>37</sup>) als auch der speziellen Verantwortlichkeit bestimmter Ministerien in Beamtenfragen widersprochen. Diese Prinzipien standen nicht im Widerspruch mit der „Kollegialität“ des Staatsministeriums. Es kam denn auch hier zu einem Kompromiß, der darin bestand, daß gegen den Willen des hauptsächlich mit einer Sache befaßten Ministeriums keine Kabinettsbeschlüsse gefaßt wurden. Zwischen den wichtigsten Ministerien bemühte man sich daher um weitgehende Übereinstimmung, was einerseits den Koalitionsbruch vermied, andererseits aber die Verantwortlichkeit des Ressortministers vor dem Parlament nicht illusorisch machte. Der Ministerpräsident hatte in diesen Dingen wohl eine Vermittlerrolle, jedoch keine Weisungsbefugnis. In Beamtenfragen hielt Braun sich deshalb zurück und sah nur darauf, daß streitende Parteien unter sich einig würden<sup>38</sup>.

Für einen Streitfall zwischen dem Innen- und dem Finanzministerium um die Grundsatzfrage der Kompetenz des Staatsministeriums sei ein Beispiel angeführt. Das Finanzministerium wehrte sich gegen jede Überstimmung mit folgender Begründung<sup>39</sup>:

„Die zwingende Vorschrift im Art. I des Gesetzes vom 8. 7. 1920 ermächtigte lediglich ‚die Minister der Finanzen und des Innern‘, die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienste zu verleihen. Es handelt sich nicht um eine reine Verwaltungsmaßnahme, sondern um einen nur auf Grund ausdrücklicher Delegation möglichen Akt zur Ergänzung der Gesetzgebung, und eine (bejahende) Beschlußfassung des Staatsministeriums würde die Ausübung einer ihm nicht zugebilligten Delegationsbefugnis darstellen, mithin dem Gesetz widersprechen.“

Wie jedoch im Einzelfall die Kontrolle ausgeübt wurde, mag folgendes Beispiel erläutern. Ein Schulrat, der noch nicht die vorgeschriebenen drei Jahre im Verwal-

	Min.-Präs.	Inn.	Fin.	Kult.
7. 11. 21–18. 2. 25 (Große Koalition)	SPD	SPD	DVP	DVP
18. 2. 25–4. 4. 25 (DDP und Zentrum)	Z	(SPD)*	DDP	o. P.
4. 4. 25–20. 7. 32 (Weimarer Koalition)	SPD	SPD	DDP**	o. P.***

o. P. = parteilos, \* Severing als Fachminister, \*\* später parteilos, \*\*\* später SPD

<sup>37</sup> Vgl. BHA Rep. 90 Nr. 1000, Schreiben des Berufsvereins höherer Verwaltungsbeamter an das Preußische Staatsministerium vom 28. 1. 1921 und anschließende interministerielle Korrespondenzen.

<sup>38</sup> Zu Geschäftsordnungsgewohnheiten des Preußischen Staatsministeriums vgl. BHA Rep. 90 Nr. 395 passim.

<sup>39</sup> BHA Rep. 90 Nr. 1000. Der Finanzminister an den Ministerpräsidenten v. 30. 6. 1922.

tungsdienst tätig war, sollte zum zweiten Stellvertreter eines Regierungspräsidenten ernannt werden. Die Tatsache, daß der Innenminister einen Teil der Lehr- amtszeit des Bewerbers als vorherige Tätigkeit in einem Verwaltungsdienste anrechnen wollte, warf eine Grundsatzfrage auf. Das Finanzministerium erhob Einspruch mit folgender Begründung<sup>40</sup>:

„... darf ich darauf hinweisen, daß nach den Bestimmungen (§ 13 des Gesetzes v. 1920) lediglich in Ausnahmefällen, in denen sowohl auf Grund fachlicher Vorbildung als mindestens dreijähriger Verwaltungstätigkeit eine ganz besondere Eignung gegeben erscheint, eine Verleihung der Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst erfolgen kann. Die Vorschrift bezweckt die Zulassung nur wirklich im Verwaltungsfach erfahrener Männer und kann daher meines Erachtens nur dahin verstanden werden, daß lediglich eine verwaltende Beschäftigung bei einer wirklichen Verwaltungsbehörde, sei es des Staates, sei es der Selbstverwaltungsbehörden, als hinreichende Vorbereitung für den höheren Verwaltungsdienst angesehen werden darf, nicht aber eine technische Tätigkeit bei einer technischen Behörde. Als eine solche muß die Tätigkeit im Lehrerberuf angesehen werden. ...

Die entgegengesetzte Auffassung würde dahin führen, daß auch der öffentliche Dienst im Forstfach, im Baufach, in der amtlichen Ärzelaufbahn nicht als technischer, sondern als Verwaltungsdienst angesehen werden müsse. ...

Im vorliegenden Fall sind die Bedenken umso größer, als der in Frage stehende Beamte nicht als Dezernent übernommen werden soll, sondern in der wichtigen Stellung eines Stellvertreters des Regierungspräsidenten Verwendung finden soll, in der er den dem Regierungspräsidenten beigegebenen und bestimmungsmäßig ausgebildeten Verwaltungsbeamten übergeordnet ist und deren Verfügungsentwürfe dem Regierungspräsidenten gegenüber verantwortlich zu zeichnen hat. ...“

Abgesehen von diesen Versuchen zur Demokratisierung der Verwaltung blieb die preußische Beamtenpolitik der Weimarer Zeit im wesentlichen unverändert und gehorchte den gleichen Grundsätzen, die sich seit dem späten 19. Jahrhundert ausgebildet hatten. Die Unstimmigkeiten, die sich aus dieser Lage ergaben, blieben ungelöst.

Bill Drews z. B. hatte gefordert, die Beamtenpolitik nach einheitlichen Gesichtspunkten neu zu ordnen, um sie Demokratie und Parlamentarismus anzupassen und um in der neuen Verfassungsordnung die Traditionen des alten Berufsbeamtentums fortzuführen. Vor allem sollte hierbei die Beamtenschaft politisch neutral bleiben. Auch die politischen Beamten sollten nicht agitatorisch für eine Partei wirken, „weil hierdurch das Mißverständnis erweckt werden kann, daß sich die Ziele der Staatsregierung mit den Zielen jener Partei (des Beamten) unter allen Umständen decken“<sup>41</sup>.

In der Weimarer Zeit aber nahmen besonders einige der Regierungs- und Oberpräsidenten aktiv am Wahlkampf teil, zumal wenn sie selbst kandidierten oder Abgeordnete waren. Indem sie für ihre Partei eintraten, setzten sie sich der Gefahr aus, in politischen Konflikt mit ihren Dienstvorgesetzten zu geraten, wenn diese einer

<sup>40</sup> Siehe Anm. 39.

<sup>41</sup> DZA-Merseburg Rep. 77 Tit. 184 Nr. 205, Vol. 7 (Politisches Verhalten der Beamten), Verf. d. Preuß. Staatsministeriums vom 23. 9. 1918.

anderen Koalitionspartei angehörten. Der Regierungspräsident z. B. war nicht nur der „Untergebene“ des Innenministers, sondern ebenso des Finanz- oder Kultusministers. Ergab sich hier also grundsätzlich eine Verpflichtung – ganz besonders der leitenden Beamten – zu persönlicher politischer Zurückhaltung und politischer Neutralität gegenüber der Öffentlichkeit, so wurde sie doch in der Praxis nicht anerkannt. Das Verhalten mancher politischer Beamten wurde besonders von den Beamtenverbänden oft als Verstoß gegen die Tradition des deutschen Berufsbeamtentums angesehen. Gleiche Unstimmigkeiten erkannte man im Beförderungswesen. Die Einführung der parteipolitischen Qualifikation schien einen neuen Maßstab zu schaffen, der der früheren Übung nicht entsprach und dem Leistungsprinzip nicht gerecht wurde.

Einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit diesen Fragen ging die preußische Staatsregierung aus dem Wege; dafür schlug sie den Weg des geringsten Widerstandes ein und versuchte, das Problem der Demokratisierung durch Bestellung einer relativ kleinen Zahl von Außenseitern oder die Begünstigung von Freunden der Koalition zu lösen.

Dieses Verfahren wurde in der Weimarer Zeit als das „Severingsche System“ bezeichnet. Severing war Sozialdemokrat und befürwortete deswegen eine Berücksichtigung von aus dem Arbeiterstand hervorgegangenen Außenseitern im Verwaltungsdienst. Jedoch sah er darauf, daß diese Außenseiter tüchtige Leute waren, und widersetzte sich unbilligen Forderungen seiner eigenen Parteigenossen. Ständig war er um einen Ausgleich und eine Verständigung zwischen der alten Beamtenschaft – oder den Karriere-Beamten – und den Außenseitern bemüht und achtete auf ein gutes und sachliches Verhältnis zu den Beamtenverbänden. Diese Rolle des unermüdlichen Vermittlers war aber mehr ein persönliches Verdienst als ein System. Eine Politik, die eine Reform des Beamtentums in Preußen anstrebte, vertrat Severing nicht.

Grzesinski vertrat eine militantere Richtung sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik. Er geriet oft in Gefahr, Verwaltungsangelegenheiten allzu politisch zu sehen. Dazu mag ihn einmal sein Temperament verleitet haben, zum anderen hatte er wohl die Verwaltung allzusehr im Bereich der Polizei kennengelernt. Er machte einen größeren Gebrauch von der Macht seines Amtes als preußischer Innenminister zur Politisierung der Verwaltung als Severing. Auch belasteten seine temperamentvollen Reden allzuoft das Verhältnis zu den Beamtenverbänden. Aber er vertrat insofern eine einheitlichere Politik als Severing, als er das Personalwesen der Verwaltung ganz dem Kampf um die Republik unterordnen wollte und hierbei auch an starke Eingriffe in das Berufsbeamtentum dachte. Er war aber zu kurze Zeit Minister, um sich in der Koalition durchsetzen zu können.

Über die Rolle, die andere mit Beamten- und Personalfragen eng vertraute Parteiführer wie Heilmann von der SPD, Hess vom Zentrum oder von Richter von der DVP in der preußischen Beamtenpolitik spielten, kann der Verfasser leider nicht Genaueres berichten, weil hierüber Unterlagen sich nicht gefunden haben.



In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre kann man an einer Reihe von personalpolitischen Entscheidungen, so u. a. an Ernennungen von Regierungspräsidenten, feststellen, daß die Bestellung von Außenseitern nur als eine vorübergehende Hilfsmaßnahme gedacht war, bis ausreichende, verfassungspolitisch zuverlässige Karriere-Beamten für die wichtigen Ämter zur Verfügung ständen. So wurden zu dieser Zeit und auch zu Anfang der dreißiger Jahre junge sozialdemokratische Berufsbeamte unter Überspringung einer größeren Reihe von dienstälteren, politisch indifferenten Beamten zu Regierungspräsidenten ernannt.

Da in Preußen von der Gründung des Freistaates bis zur Absetzung der Regierung durch Papen im Juli 1932 die Regierungskoalition konstant aus Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie bestand, zu denen nur kurzfristig die Deutsche Volkspartei als Regierungspartei hinzutrat, ist das Problem der Auswechslung der politischen Beamten im Falle eines Regierungswechsels nicht akut geworden.

Zu einer grundlegenden institutionellen Reform der Personalpolitik hat sich weder der Landtag noch die Regierung aufrufen können. Es fehlte ihnen auch an einer Konzeption, diese schwierige Aufgabe zu lösen, nämlich ein permanentes, aber verfassungspolitisch zuverlässiges Beamtentum in einer parlamentarischen Demokratie mit der Möglichkeit häufiger Regierungswechsel zu schaffen, da sie von Anfang an unter scharfen Verfassungsgegensätzen litt. Infolge dieser Verfassungsgegensätze gab es kein neutrales Beamtentum, das vorbehaltlos bereit war, jeder Regierung zu dienen. Der alte, von der Monarchie übernommene Beamte war zwar kein antidemokratischer Revolutionär, aber insofern nicht immer zuverlässig, als er kein überzeugter Anhänger einer demokratischen Staatsordnung war. Den verfassungspolitisch zuverlässigen Beamten glaubte man in erster Linie an seiner Parteizugehörigkeit zu erkennen und konnte ihn wohl zunächst auch nur so erkennen. Das aber hatte eine wachsende Rivalität der drei verfassungstreuen Parteien um die Ämterbesetzung zur Folge, wodurch noch stärker der parteipolitische Charakter der nicht sehr zahlreichen, nach dem Kriterium der Verfassungstreue ausgewählten Beamten in Erscheinung trat. Die personalpolitische Rivalität der verfassungstreuen Parteien erschwerte eine Beamtenauslese, die sich an der Verfassungszuverlässigkeit orientierte. Den bürgerlichen verfassungstreuen Parteien, Demokraten und Zentrum, lag bei ihrer Einwirkung auf die Personalpolitik daran, daß das Berufsbeamtentum als solches erhalten blieb. Ihre Kandidaten waren daher vor allem Lehrer, Anwälte und Beamte des gehobenen oder auch mittleren Dienstes, während die Sozialdemokratie, vor allem ihr extremer Flügel, den Charakter des Beamtentums überhaupt zu ändern suchte, indem sie die hohe Beamtenschaft mit in erster Linie aus dem Arbeiterstand hervorgegangenen Partei- und Gewerkschaftssekretären zu durchsetzen strebte.

C. M. WOODHOUSE

## ZUR GESCHICHTE DER RESISTANCE IN GRIECHENLAND\*

Die Resistance im Zweiten Weltkrieg hat vor allem das Interesse von Schriftstellern, Journalisten, Filmproduzenten und anderen Liebhabern des Dramatischen gefunden. Die professionellen Geschichtsschreiber meines Landes hingegen haben der Resistance nur wenig Interesse entgegengebracht. Das überrascht zunächst um so mehr, als die Widerstandsbewegungen vieler Länder während des Krieges in Verbindung mit den britischen Hauptquartieren in London oder anderswo standen. Viele dieser Bewegungen wurden sogar von britischen Bevollmächtigten geschaffen und geleitet, und in nahezu allen dienten britische Offiziere und Soldaten, oft in großer Zahl. Man sollte daher annehmen, daß in London ein außerordentlich reiches dokumentarisches Material zugänglich ist, welches höchstens von demjenigen einzelner Organisationen der betreffenden Länder selbst überboten werden kann. Ferner befanden sich unter den vielen britischen Offizieren, die während des Krieges direkt oder indirekt an den Widerstandsbewegungen teilnahmen, manche von hervorragender wissenschaftlicher und akademischer Qualifikation, darunter einige, die heute professionelle Historiker sind. Man müßte daher vermuten, daß zu diesem Thema in England sowohl die Quellenlage günstiger ist, als auch besser qualifizierte Bearbeiter der Quellen zur Verfügung stehen als irgendwo sonst auf der Welt.

Dennoch haben die Universitätshistoriker Englands keinen wesentlichen Beitrag zur Geschichte der Resistance im Zweiten Weltkrieg geliefert. Diese Feststellung soll jedoch keineswegs so verstanden werden, als hätten sie das Thema ignoriert, weil sie die Resistance in ihrer Bedeutung unterschätzten. Vielmehr sind die Historiker dadurch, daß sie nicht fähig oder nicht willens waren, den Gegenstand gründlich zu studieren, in die Gefahr geraten, ihn durch Übersteigerung zu verzeichnen. Ich möchte Ihnen dafür ein Beispiel aus persönlicher Kenntnis anführen.

Kurz nach dem Ende der letzten Operationen der griechischen Guerillas, zu denen ich damals kommandiert war, erstattete ich einen Bericht darüber. Er enthielt eine Schätzung der Schäden und Verluste, die den deutschen Streitkräften während ihres Rückzuges zugefügt worden waren. Die in meiner Schätzung angeführten Zahlen beruhten auf den Meldungen von etwa fünfzig oder mehr verschiedenen Guerillaeinheiten, die in den verschiedenen Teilen Griechenlands operierten. Ich erhielt die schon zusammengerechneten Zahlen und versuchte nicht, sie zu kontrollieren. Als ich sie damals niederschrieb, war es auch unmöglich, ihre Richtigkeit nachzuprüfen. Aber als ich mir später die Zahlen noch einmal vor Augen hielt und mir dabei zum Bewußtsein kam, wie es um mathematische Berechnungen bestellt ist, die in der Hitze des Gefechts gemacht sind, mußte ich mir sagen, daß die von mir angegebenen Ziffern sicherlich reichlich übertrieben seien. Wenn jedoch solche Zahlen einmal in

\* Diesem Aufsatz liegt ein Vortrag zugrunde, den der Verfasser auf Veranlassung des Instituts für Zeitgeschichte am 13. 11. 1957 in München gehalten hat.

Listen verankert sind, ist es außerordentlich schwer, sie zu berichtigen. Ich habe es in den folgenden Jahren versucht, aber ohne Erfolg. 1955 veröffentlichte ein Engländer, der damals mit mir in Griechenland war, ein Buch<sup>1</sup>, in dem er nicht allein genau die gleichen Zahlen wiedergibt, sondern sogar (wie er mir inzwischen sagte) die gleichen Worte, mit denen ich sie in meinen Bericht eingeführt hatte; und auch er machte keinen Versuch, sie zu überprüfen.

Es spielt vielleicht keine große Rolle, was in persönlichen Kriegserinnerungen geschrieben wird, vorausgesetzt, daß die Historiker die Tatsachen in der gebotenen Weise sorgfältig prüfen. Aber in dem Fall, von dem ich spreche, hat sogar die amtliche britische Darstellung des Zweiten Weltkrieges den nämlichen Irrtum ohne jede kritische Untersuchung übernommen. Im sechsten Band von „The Grand Strategy“, einem Teil der offiziellen britischen Kriegsgeschichte, hat der Bearbeiter nicht nur die Zahlen wiedergegeben (S. 45), die ich 1945 irrtümlicherweise meldete; er fügte vielmehr noch eine spezielle Übertreibung hinzu, deren ich mich nicht schuldig gemacht hatte, indem er feststellte, daß 1944 in Griechenland während des Rückzugs einige 5000 Deutsche verwundet und gefangenengenommen worden seien. Die tatsächliche Zahl dieser deutschen Verwundeten und Gefangenen kann höchstens ein paar Dutzend betragen haben. Wie sich die Ziffer 5000 ergab, weiß ich nicht; ich fürchte aber, daß sie ebenso durch einfache Addition zustande kam wie meine eigenen falschen Zahlen, als ob es unschicklich gewesen wäre, das Wort der Guerillaführer anzuzweifeln. Diese Erfahrung ist eine bedauerliche Illustration des Satzes: „Geschichte wiederholt sich selbst; Geschichtsschreiber wiederholen einander.“

Ich habe diese kleine Episode ausführlicher behandelt, um eine allgemeine Feststellung zu erhärten. Sie mag auch zugleich von dem Verdacht reinigen, ich suchte die Bedeutung von Unternehmungen zu übertreiben, an denen ich selbst während des Krieges beteiligt war; denn hier haben wir es mit einem Fall zu tun, wo gerade die amtlichen Historiker einer einzelnen Aktion einer speziellen Widerstandsorganisation übergroße Bedeutung beimaßen, und in dem eine sorgfältige Prüfung des Geschehenen die Verdienste der griechischen Guerillas wesentlich geschmälert hätte. Was ich mit meinem Beispiel zum Ausdruck bringen möchte, ist folgendes: entweder hatten die Widerstandsbewegungen einige historische Bedeutung, dann sollten sie ebenso sorgfältig wie jeder andere Aspekt des Krieges erforscht werden und einen angemessenen Platz in den kriegsgeschichtlichen Darstellungen erhalten; oder sie waren unwichtig, dann sollten sie aus solchen Arbeiten ein für alle Mal ausgeschlossen werden. Gegenwärtig geschieht, was die britische Kriegsgeschichte anlangt, weder das eine noch das andere; und diejenigen unter uns, die an der Organisation der Resistance beteiligt waren, geraten schließlich in die gleiche Lage wie Fabrice, der Held von Stendhals Roman „La Chartreuse de Parme“, der sich nie Gewißheit darüber verschaffen konnte, ob er nun an der Schlacht von Waterloo teilgenommen hatte oder nicht. Aber auch wenn man glaubt, die gestellte Frage

<sup>1</sup> Greek Entanglement, by Brigadier E. C. W. Myers, S. 270 f.

negativ beantworten, d.h. feststellen zu sollen, die Widerstandsbewegungen hätten keine Bedeutung gehabt, so setzt das einige historische Forschungsarbeit voraus, jedenfalls mehr, als bisher dafür aufgewandt wurde.

Ein Grund, warum die Resistance Engländer weniger interessiert als Franzosen, Norweger oder Jugoslawen, ist leicht zu begreifen. Für den Franzosen, Norweger oder Jugoslawen handelt es sich dabei um einen Ereigniskomplex, der der Geschichte seines eigenen Landes angehört. Viele seiner Landsleute waren in die Resistance verwickelt, und sie stellte einen großen, wenn nicht den Hauptteil der Kriegsanstrengungen seines Landes dar. Für einen Engländer aber trifft weder das eine noch das andere zu. Auf englischem Boden gab es keine Resistance; und nur eine kleine Zahl von Engländern nahm an den verschiedenen Widerstandsbewegungen teil, was wiederum lediglich einen Bruchteil der britischen Kriegsanstrengungen darstellte, verglichen mit all den bedeutenden Feldzügen und Kriegsschauplätzen, die von den amtlichen und nichtamtlichen Historikern so sorgfältig erforscht worden sind. Daß die Geschichtsschreibung auch heute noch nicht völlig frei von nationalen und patriotischen Neigungen oder Vorurteilen ist, bietet aber nicht die einzige Erklärung dafür, weshalb die Resistance von den britischen Historikern bisher nicht eigentlich wissenschaftlich behandelt wurde.

Ich möchte noch einige weitere Hindernisse erwähnen, die auch für das begrenzte Thema dieser Studie relevant sind. Sie liegen einmal in Erfordernissen der Sicherheit, geregelt durch den Official Secrets Act. Dieses Gesetz ist unanfechtbar, und es ist gut, daß dem so ist, wie verschiedene unverantwortliche Verstöße gezeigt haben. Zum anderen fällt ins Gewicht, daß die für die Verbindung zu den Widerstandsbewegungen verantwortliche Stelle der britischen Regierung nicht mehr existiert. Das Amt hieß Special Operations Executive (abgekürzt S.O.E.) und war dem Ministerium für wirtschaftliche Kriegführung unterstellt, das ebenfalls nicht mehr besteht. Auch wenn man keiner Geheimniskrämerei begegnet, ist es schwieriger, die Geschichte einer bereits aufgelösten Behörde zu schreiben, deren Beamte und Angehörige in alle Winde zerstreut sind, als die Geschichte eines Amtes, das noch existiert und eifrig mitarbeitet, wie es zum Beispiel bei der Marine die Admiralität tut. Damit hängt auch der dritte Grund zusammen. Während des Krieges kam es zu scharfen internen Auseinandersetzungen zwischen den beiden geheimen Abteilungen, dem S.O.E. und dem Intelligence Service, ebenso zwischen ihren übergeordneten Ministerien, dem Ministerium für wirtschaftliche Kriegführung und dem Außenministerium. Die Auseinandersetzungen wurden verschärft durch die so gegensätzlichen Naturen von Dr. Hugh Dalton, dem Sozialisten, der von 1940 bis 1942 Minister für wirtschaftliche Kriegführung war, und Mr. Anthony Eden, dem Konservativen, der von 1940—1945 Außenminister war. Nur ein Beispiel für diese gegenseitige Behinderung. Einer der Guerillaführer in den griechischen Bergen erzählte mir einmal, sein Vertreter in Athen sei von dem dortigen Beauftragten des Intelligence Service informiert worden, daß ich überhaupt nicht im Namen der britischen Regierung nach Griechenland geschickt worden sei, sondern im Auftrag „finanzieller Interessentengruppen der City“. Ihren Ursprung hat diese Behauptung

wahrscheinlich darin, daß, während der Intelligence Service ausschließlich mit dem Foreign Office verbunden war, das Ministerium für wirtschaftliche Kriegführung und S.O.E. sich als Kriegseinrichtungen größtenteils aus Interimsbeamten zusammensetzten, von denen tatsächlich eine beträchtliche Anzahl aus Banken und anderen Unternehmen der Londoner City kamen.

Indem das Foreign Office wie auch das Ministerium für wirtschaftliche Kriegführung bestimmenden Einfluß auf die Politik hatten, die dann von den britischen Verbindungsoffizieren den Widerstandsbewegungen gegenüber vertreten werden mußte, herrschte bei den Beamten aller Grade, die an der Festlegung dieser Politik mitwirkten, die leichte, jedoch unverkennbare Tendenz, die politischen Anschauungen ihrer Minister widerzuspiegeln. In einer etwas harten, aber gewiß nicht verzerrenden Vereinfachung gesagt: Beamte, deren Loyalität dem Ministerium für wirtschaftliche Kriegführung gehörte, neigten mehr dazu, den linken Flügel der Widerstandsbewegungen zu begünstigen, wohingegen Beamte, deren Loyalität dem Außenministerium gehörte, mehr den rechten Flügel förderten.

Im Falle Griechenlands begünstigte das Außenministerium, kräftig ermuntert durch Mr. Churchill und etwas weniger kräftig durch Mr. Eden, die Restauration König Georgs II., sobald Griechenland befreit sein würde. Dagegen förderten einflußreiche Beamte des Ministeriums für wirtschaftliche Kriegführung die eine oder andere republikanische Bewegung. Da die ersten Organisatoren der Widerstandsbewegung, die 1941 und 1942 auf dem Plan erschienen, fast sämtlich – nicht nur die Kommunisten – republikanisch und antimonarchisch gesinnt waren, war es außerordentlich schwierig, eine für sie annehmbare politische Linie zu finden. Wie dieses Problem zu Beginn des Jahres 1943 zu lösen versucht wurde, kann man aus der folgenden Direktive ersehen, die an den Leiter des britischen Verbindungsstabes in Griechenland geschickt wurde:

„Im Hinblick auf die militärische Bedeutung der Untergrundtätigkeit in Griechenland kann keine Rede davon sein, daß (Sie) Verbindungen zu einer bestimmten Gruppe allein deshalb ablehnen sollen, weil sich die politischen Neigungen dieser Gruppe gegen den König und die Regierung richten, aber unbeschadet der besonderen militärischen Notwendigkeiten sollen (Sie) sich stets in Richtung der Gruppen bewegen, die willens sind, den König und die Regierung zu unterstützen, und darüber hinaus anderen möglicherweise antimonarchischen Gruppen klarmachen, daß der König und die Regierung sich der vollsten Unterstützung durch die Regierung Seiner Majestät erfreuen.“

Angeichts der 1943 gegebenen Verhältnisse kam ein solcher Auftrag etwa einer Weisung an den britischen Botschafter in Moskau gleich, er solle Stalin, so oft er ihn treffe, an die Ergebenheit der britischen Regierung gegenüber der Familie Romanow erinnern. Dies beleuchtet einen weiteren Grund, weshalb die britischen Historiker die Resistance als Forschungsgegenstand gemieden haben: die Geschichte der Resistance ist ebenso sehr politischer wie militärischer Natur, und ihre Behandlung in der amtlichen Kriegsgeschichte hätte diese zu einem untragbaren Umfang aufgebläht.

Schließlich hatte der politische Meinungsstreit zwischen den mit der Resistance



befassten Behörden wahrscheinlich auch einige wichtige Nachkriegsfolgen. Wie ich schon sagte, hörte das Ministerium für wirtschaftliche Kriegführung, dessen Beamte dem linken Flügel der Widerstandsbewegungen gewisse Sympathien entgegenbrachten, nach dem Kriege auf zu existieren. Das Foreign Office, wo mehr konservative Neigungen vorherrschten, übernahm wieder die volle politische Verantwortung. Ferner diskreditierten die von dem linken Flügel vieler Widerstandsbewegungen unmittelbar nach der Befreiung ihrer Länder verübten Ausschreitungen (namentlich in Frankreich und Griechenland) nicht nur die linken Gruppen, sondern auch die Resistance als Ganzes. Überdies hatte seit dem Ende des Krieges insbesondere die britische Regierung in verschiedenen Teilen der Welt unter revolutionären Bewegungen zu leiden, die von genau der gleichen Art waren wie jene, die sie selbst einige Jahre früher gegen die deutsche und japanische Herrschaft mit aus der Taufe gehoben hatte: Malaya, Kenya und Cypern sind dafür die schmerzlichsten Beispiele. Viele nachdenkliche Engländer empfanden dabei ein gewisses Schuldbewußtsein hinsichtlich der Rolle, die sie während des Krieges als Betreuer der Resistance gespielt hatten; ein gutes Beispiel für dieses Schuldbewußtsein ist das hartnäckige Gerücht der letzten Jahre, Oberst Grivas, der Führer der griechischen Aufständischen in Cypern, sei während der deutschen Besetzung von britischen Offizieren zum Partisanenführer ausgebildet worden – eine Behauptung, für die mir niemals irgendein Beweis geliefert wurde, obwohl ich, so oft ich sie ausgesprochen hörte, öffentlich Beweise verlangt habe.

Daraus läßt sich ersehen, wie und warum „Resistance“ in den letzten Jahren zu einem ziemlich zweideutigen Ausdruck wurde; und der zu Beginn erwähnte Zustand, daß die Resistance von Schriftstellern, Journalisten und Filmproduzenten ausgeschlachtet wurde, hat vielleicht der Vernachlässigung des Themas durch die ernsthafte und amtliche Geschichtsschreibung noch Vorschub geleistet. Erkennt man an, daß diese Reaktionen natürlich und sogar berechtigt sind, so vermehren sie erst recht das Bedürfnis nach einer wahrheitsgetreuen, kritischen Untersuchung der historischen Bedeutung der Resistance. Es soll das jetzt am Beispiel Griechenlands etwas genauer und ausführlicher dargelegt werden.

Im Falle der griechischen Resistance geht meine Ansicht, kurz gesagt, dahin, daß ihre militärische Bedeutung übertrieben, die politische jedoch unterschätzt worden ist. Dies erklärt sich vielleicht schon daraus, daß der Gegenstand nicht die Aufmerksamkeit von Fachhistorikern oder anderen ernsthaften Betrachtern auf sich gezogen hat, sondern, wie gesagt, von Leuten, die mehr an Dramatik interessiert waren als an Tatsachen. Vielleicht ist das Beispiel Griechenlands in dieser Hinsicht nicht typisch, aber das festzustellen, wäre die Aufgabe einer vergleichenden Studie. Den nützlichsten Beitrag, den ich für eine derartige Arbeit leisten kann, sehe ich in einer so genauen und konzisen Darstellung der griechischen Vorgänge, wie sie mir möglich ist, und in einer vorläufigen Abschätzung sowohl ihrer militärischen wie ihrer politischen Bedeutung.

Die Resistance in Griechenland bestand einmal aus bewaffneten Aktionen im Bergland in einiger Entfernung von den wichtigsten Städten, die sich gegen die

Verbindungslinien zwischen diesen Städten und zwischen Griechenland und anderen Ländern richteten. In den Städten selbst, vor allem in Athen und Saloniki, bedeutete Resistance Nachrichtenbeschaffung, Hilfe für geflohene Kriegsgefangene, etwas Sabotage, etwas passiver Widerstand (vor allem gegen Zwangsarbeit) und politische Aktivität, einschließlich der Verbindung zu den eigentlichen Streitkräften in den Bergen. Bewaffnete Zusammenstöße gab es in den Städten kaum. Somit besteht zwischen dem Charakter der griechischen Resistance von 1941 bis 1944 und dem des griechischen nationalen Aufstands von 1955 bis 1957 in Cypern, wo sich die Zusammenstöße und das Blutvergießen zumeist in oder in der Nähe der Städte abspielten, ein scharfer Gegensatz.

Von 1941 bis 1944 gab es in den griechischen Bergen folgende Organisationen der Resistance, nach ihrer Größe geordnet:

1. Die ELAS, eine kommunistische Gründung, nominell von einer Koalition aller demokratischen Parteien kontrolliert und mit einer politischen Organisation namens EAM („Nationale Befreiungsfront“) verbunden;

2. die EDES, geführt von General Napoleon Zervas; und

3. eine große Zahl kleinerer patriotischer Gruppen, von denen fast keine bis zum Ende der deutschen Besetzung bestand. Von den letzteren verdienen nur zwei genannt zu werden: der „Nationale Bund“ des Generals Stephanos Saraphis; und das „Regiment 5/42“ des Obersten Dimitrios Psaros, das einer EKKA genannten politischen Organisation angeschlossen war, kontrolliert von einem Komitee, dessen hervorragendste Persönlichkeit Georg Kartalis war.

Diese Namen sollen nicht den Leser verwirren, sondern nur belegen, daß jeder einzelne der Erwähnten grundsätzlich republikanisch und antimonarchisch gesinnt war, ja daß die meisten von ihnen mit ihren politischen Ansichten sogar links von der Mitte standen. Saraphis und Psaros waren beide in die antimonarchistische Revolution von 1935 verwickelt gewesen, wofür sie aus der Armee ausgeschlossen worden waren; Zervas hatte sich an verschiedenen Revolutionen in den zwanziger Jahren beteiligt und seitdem keine aktive Stellung in der Armee bekleiden können; und Kartalis, obschon einmal Abgeordneter des rechten Flügels im griechischen Parlament, war später weit nach links abgewandert und zur Zeit seines Todes im September 1957 die hervorstechende Gestalt der Linken in der griechischen Opposition. Wenn auch daneben noch während der Besetzung zu verschiedenen Zeiten viele andere Organisationen und Personen in den Bergen tätig waren, gab es doch unter ihnen praktisch keine Monarchisten oder Anhänger der politischen Rechten; und keine von ihnen überlebte das Ende der deutschen Besetzung.

In Athen, dem einzigen anderen Schauplatz erwähnenswerter Aktionen, war die Situation etwas anders, das heißt, das Verhältnis der Kräfte zeigte kein so deutliches Übergewicht der Revolutionäre. Natürlich waren die Kommunisten durch die EAM und deren Gewerkschaftsorganisation stark und aktiv; auch verfügten sie über einen Geheimsender, mit dem sie direkte Verbindung zu der britischen Special Operations Executive (S.O.E.) unterhielten. Zu verschiedenen Zeiten waren mindestens drei weitere Geheimsender im Besitz von Sabotagegruppen, deren Führer mit

der Linken oder doch den Republikanern sympathisierten. Der Hauptgrund dafür, daß unter den britischen Vertrauensleuten diejenigen mit linken und republikanischen Neigungen überwogen, ist darin zu sehen, daß alle diese Personen unter der Vorkriegsregierung des Generals Metaxas aus dem politischen Leben oder den militärischen Stellen verdrängt worden waren, und so schneller zur Verfügung standen, als die Briten zu Beginn des Jahres 1941 ihre Geheimorganisation vorbereiteten.

Aber die Leute in Athen waren im ganzen weniger revolutionär als die in den Bergen; außerdem beteiligte sich in Athen eine große Zahl konservativ gesinnter Personen an weniger augenfälligen und weniger straff organisierten Unternehmungen, etwa an der Unterstützung der Flucht von Kriegsgefangenen. Auch existierte eine wichtige Organisation höherer Offiziere der Armee, die durch einen Geheimsender über den britischen Nachrichtendienst und das Foreign Office mit dem griechischen König und der Exilregierung in Verbindung stand. Eine andere Organisation, die Erwähnung verdient, weil sie später von sich reden machte, war die des Obersten Grivas, des nachmaligen Führers des nationalen Aufstands in Cypern. Seine Organisation während der Kriegszeit wurde mit dem griechischen Buchstaben X (Chi) bezeichnet. Soviel ich weiß, hatte sie an der Resistance keinen Anteil, sondern sparte ihre Kräfte für den Angriff auf die Kommunisten nach dem Kriege. Ferner gab es noch einige Persönlichkeiten, deren berühmteste der Polizeichef Oberst Evert war, die sich gleichermaßen das Vertrauen der deutschen Behörden wie der britischen Widerstandsorganisatoren zu gewinnen und zu erhalten verstanden. Endlich, und größtenteils dank der Doppelrolle solcher Personen, verkehrten über die Türkei ständig wichtige und weniger wichtige Persönlichkeiten zwischen Athen und Kairo oder London; die meisten von ihnen hatten keinerlei revolutionäre Gelüste, wenn auch die Meldungen, die sie mit sich brachten, unverkennbar anzeigten, daß im besetzten Griechenland eine revolutionäre Situation im Entstehen war.

Soviel zunächst über die führenden Gestalten in der Geschichte des griechischen Widerstandes. Es seien nun seine wichtigsten Abschnitte in chronologischer Reihenfolge kurz zusammengefaßt. Abgesehen von vereinzelten Vorfällen ohne große Bedeutung, begann die eigentliche Resistance im Spätsommer 1942. Ich hoffe keiner ungebührlichen Vorurteile verdächtigt zu werden, wenn ich sage, daß das erste wirklich wichtige Datum der 1. Oktober 1942 war, als eine Gruppe von acht britischen Fallschirmspringern, deren stellvertretender Führer ich selbst war, am frühen Morgen in den Bergen nahe Delphi landete; allerdings hatten sich schon mehr als ein Jahr vorher verschiedene britische Offiziere, darunter auch ich, längere Zeit auf griechischem Boden aufgehalten, um zu kundschaften und um die vorbereitende Organisation aufzubauen. Die Aufgabe dieser acht Fallschirmspringer, zu denen später noch weitere vier stießen, war, eine Guerilla-Gruppe zu sammeln, um eine der wichtigsten Eisenbahnbrücken der Linie Athen-Saloniki anzugreifen und zu zerstören; die Aktion stand im Zusammenhang mit der Offensive der Achten Armee in Nordafrika, da man schätzte, daß zu dieser Zeit etwa 80% des Nachschubs

für das Afrika-Korps auf der Eisenbahn durch Griechenland transportiert wurde. Die Guerilla-Gruppen waren damals schwach und schlecht ausgerüstet, aber nach vielen Schwierigkeiten war unter dem Kommando von General Zervas eine zum Teil aus EDES und zum Teil aus ELAS bestehende Truppe gebildet, und in der Nacht des 25. November 1942 wurde die Gorgopotamos-Eisenbahnbrücke erfolgreich angegriffen. Dieses Unternehmen ist als das erste größere Ereignis der griechischen Resistance anzusehen. Seine besondere Bedeutung ergibt sich aus zwei Feststellungen: erstens, es war die einzige Gelegenheit, bei der die EDES und ELAS ohne Einschränkungen und unter einem gemeinsamen Oberbefehl zusammenarbeiteten; und zweitens, die ELAS-Führer vermieden ganz offenkundig jede Art von Zusammenarbeit mit den Briten, bis wir uns die Mitwirkung von Zervas und seinen Leuten gesichert hatten, worauf sie sich eilig ebenfalls anschlossen. Ich habe keinen Zweifel, daß sie sich hauptsächlich deshalb beteiligten, um zu verhindern, daß Zervas allein die Früchte der Aktion erntete, nämlich die zu erwartenden Materiallieferungen durch die Engländer in Form von Waffen, Munition und Geld.

Nur noch bei zwei anderen Gelegenheiten wurden von den griechischen Guerillas während der Jahre deutscher Besetzung wirksame militärische Aktionen durchgeführt. Und zwar im Sommer 1943, als die Operationen in Griechenland einen Teil der Ablenkungs- und Täuschungsmanöver bildeten, die von den Alliierten als Verschleierung der Landungen auf Sizilien und in Italien gedacht waren; und dann im frühen Herbst 1944, als sich die deutschen Streitkräfte aus Griechenland zurückzogen. Ich bin nicht in der Lage, den Nutzen dieser Aktionen genau abzuschätzen, aber ich nehme an, daß er 1943 nicht unbeträchtlich war; 1944 war er jedenfalls unbedeutend. Im Sommer 1943, vor den anglo-amerikanischen Landungen, wurde von den griechischen Guerillas ein umfassender Angriff auf alle Hauptverbindungslinien ausgeführt, um den Eindruck zu erwecken, die Landungen der Alliierten seien eher in Griechenland als in Italien zu erwarten. Eine Folge davon war die Verlegung einer deutschen Division nach Südgriechenland, die wegen der Zerstörung einer weiteren großen Eisenbahnbrücke zwischen Athen und Saloniki später nicht mehr rechtzeitig nach Italien zurückkehren konnte. Das war 1943 m. W. der einzige wesentliche Erfolg der griechischen Resistance. 1944 hatten die Operationen keinen nennenswerten Umfang, und ich habe schon gesagt, daß ich den Bericht über sie in der amtlichen britischen Kriegsgeschichte für übertrieben halte. Wollen wir die wahre Bedeutung dessen erkennen, was während dieser zwei Jahre in der griechischen Resistance vor sich ging, müssen wir uns vom militärischen dem politischen Bereich zuwenden.

Die Führer der Resistance repräsentierten zwei große politische Gruppen, deren Anschauungen gewiß einander widersprachen, die beide aber vor allem die Politik der britischen Regierung wie des griechischen Königs und seiner Exilregierung ablehnten. Die eine Gruppe hatte sich die Ablösung der griechischen Monarchie durch eine republikanische Demokratie zum Ziel gesetzt: darin stimmten alle nicht-kommunistischen Führer der Resistance überein, wenn sich auch General Zervas



1943 verpflichtete, jedes System zu unterstützen, das von der britischen Regierung gutgeheißen würde, selbst die Monarchie, obwohl er in seinem Herzen Republikaner war. Damit rivalisierte die Politik der anderen Gruppe, der Kommunisten, die danach strebten, Griechenland in einen Sowjet-Satelliten zu verwandeln, eine Politik, die sie später bis zum bitteren Ende des Bürgerkrieges von 1947 bis 1949 fortsetzten. Diese zwei widerstreitenden Vorstellungen beherrschten während der Jahre 1941–1944 alle politischen und militärischen Aktionen in Griechenland, von denen im folgenden die wichtigsten genannt seien.

Zu Beginn des Jahres 1943 versuchten zahlreiche Führer, ermuntert durch den Erfolg des Angriffs auf die Gorgopotamos-Eisenbahnbrücke im November des Vorjahres, an die Spitze aller Guerilla-Gruppen zu treten – vor allem Oberst Saraphis und Oberst Psaros, beide ermutigt durch britische Verbindungsoffiziere, aber erbittert bekämpft von den kommunistischen Führern der ELAS. Saraphis' Truppe wurde im April 1943 von den ELAS angegriffen und zersprengt, Saraphis selbst gefangen genommen und der Collaboration mit den italienischen Besatzungsbehörden angeklagt. Psaros' Truppe wurde ebenfalls angegriffen und auseinandergetrieben, aber auf Grund nachdrücklicher Intervention britischer Verbindungsoffiziere wurde dem Obersten die Wiederaufstellung seines Verbandes gestattet. Saraphis dagegen ging nach einer kurzen Haftzeit plötzlich zu den Kommunisten über, woraufhin nicht allein die Anklagen gegen ihn fallengelassen wurden, sondern er sogar zum obersten Befehlshaber der ELAS ernannt wurde, eine Stellung, die allerdings nie mehr war als ein Titel. Versuche der ELAS, in gleicher Weise auch die Truppe von Zervas zu vernichten, schlugen fehl. Zervas erfreute sich starker britischer Unterstützung, und im Sommer 1943 wurde es den ELAS-Führern klar, daß sie ihren Frieden mit den britischen Verbindungsoffizieren machen mußten, die inzwischen eine sehr wichtige Quelle für Nachschub und Geld geworden waren. Die ELAS-Führer beendeten den Konflikt vorübergehend durch die Unterzeichnung eines Abkommens, das sie unter den Befehl des britischen Hauptquartiers in Kairo stellte; und sie verbürgten sich dafür, die Unabhängigkeit aller anderen „Nationalen Bünde der griechischen Guerillas“, wie die Guerillastreitkräfte nun genannt wurden, zu respektieren. Das Abkommen bestand lange genug, um die von mir beschriebenen Operationen des Jahres 1943 zu ermöglichen, welche die alliierten Landungen in Sizilien und Italien verschleiern sollten. Aber diese Operationen, dazu bestimmt, das deutsche Oberkommando so in die Irre zu führen, täuschten auch viele Griechen, die nun eine Landung in Griechenland erwarteten; und als im August 1943 Mussolini stürzte und einen Monat später Italien kapitulierte, machten die griechischen Kommunisten den Fehler, zu vermuten, die Befreiung Griechenlands und sogar das Ende des Krieges stünden unmittelbar bevor.

Der August 1943 war in der Geschichte des Balkans ein außerordentlich kritischer Monat, denn gerade zu dieser Zeit entschloß sich die britische Regierung auch, Tito in Jugoslawien in großem Maßstab zu unterstützen. Überdies erkannten die griechischen und britischen maßgebenden Stellen im Mittleren Osten plötzlich die Stärke der linksorientierten und der republikanischen Stimmung in Griechen-



land. Einige ELAS- und EAM-Führer kamen in jenem Monat nach Kairo, ebenso die Vertreter von anderen Resistance-Gruppen. Die Vertreter der griechischen Kommunisten nahmen die Gelegenheit wahr, eine ernste politische und Verfassungskrise unter den griechischen Exilbehörden hervorzurufen, indem sie forderten, daß die Regierung durch die Aufnahme von Resistance-Vertretern erweitert werde und der König sich verpflichte, nach dem Kriege nicht eher nach Griechenland zurückzukehren, bis eine Volksabstimmung über die Zukunft der Monarchie stattgefunden habe. Die maßgebenden britischen Stellen, insbesondere der Außenminister und der Premier, reagierten voller Zorn auf diese Démarche, und die Resistance-Führer wurden sehr gegen ihren Willen gezwungen, nach Griechenland zurückzukehren, ohne für den Augenblick etwas ausgerichtet zu haben. Die Folge war, daß im September 1943 die Kommunistenführer übereilt ihre wahren Absichten offenbarten, nämlich die Eroberung der politischen Macht; einerseits zweifellos, weil sie vor Zorn schäumten, andernteils, weil sie das Ende der deutschen Besetzung unmittelbar bevorstehend glaubten. Nachdem sie zuerst eine beträchtliche Menge wertvoller Waffen von den italienischen Truppen erhalten hatten, die nach dem Sturz Mussolinis kapituliert hatten, griffen sie gleichzeitig fast alle anderen griechischen Guerilla-Gruppen in den Bergen an, um sie zu vernichten und die vollständige Kontrolle über das Land zu gewinnen. Die einzige Truppe, die sie verschonten, war das erst vor kurzem wieder aufgestellte Regiment des Obersten Psaros, der ziemlich überraschend seine Sympathie für ELAS bekundete, im Kampf aber neutral blieb.

Alle von den ELAS angegriffenen Streitkräfte waren bald geschlagen, ausgenommen die EDES unter General Zervas. Mit kräftiger britischer Unterstützung überstand er den Kampf, und anfangs 1944 schlossen die ELAS erneut mit ihm Frieden. Der Haupteffekt dieses zweiten Bürgerkrieges war der, daß sich in der griechischen Bergbevölkerung jetzt ein heftiger Widerwille gegen alle Widerstandsbewegungen regte. Das erleichterte die Aufgabe der von den Deutschen gestützten Regierung in Athen wesentlich, da sie nun in der Lage war, zahlenmäßig starke griechische Truppen in den zur Partisanenbekämpfung bestimmten sogenannten „Sicherheits-Bataillonen“ aufzustellen. Die ELAS verschafften den Sicherheits-Bataillonen im Frühling 1944 noch eine weitere Verstärkung, als sie einen letzten Versuch machten, die Truppen von Zervas und Psaros zu vernichten. Gegen Zervas blieben sie auch diesmal ohne Erfolg; aber es gelang ihnen, Psaros zu töten und seine Truppen zu zerstreuen, von denen jetzt viele die Seite wechselten und in die Sicherheits-Bataillone eintraten. Dieser Vorfall zeigt in dramatischer Weise, daß viele patriotische Griechen die ELAS so sehr haßten, daß sie es vorzogen, mit den Deutschen gegen sie zusammenzuarbeiten. Danach scheinen die kommunistischen Führer erkannt zu haben, daß es ihnen nie gelingen würde, Zervas zu schlagen, und daß sie sich außerdem daranmachen müßten, ihr Ansehen wiederherzustellen. Sie begannen jetzt, sich in anderer und subtilerer Weise auf die Nachkriegssituation vorzubereiten.

Der erste Schritt dazu war, im April 1944, die Gründung eines sogenannten

„Politischen Komitees der nationalen Befreiung“ (PEEA) in den Bergen. In ihm waren viele geachtete Namen vertreten, die nicht der EAM zugerechnet werden konnten, besonders der des Professors Alexander Svolos, eines hervorragenden Verfassungsrechtlers der Universität Athen. Dieses „Politische Komitee“ nahm nicht für sich in Anspruch, die Regierung Griechenlands zu sein, aber in den von der EAM kontrollierten Gebieten, die mindestens das halbe Land umfaßten, benahm es sich wie eine Regierung. Fast gleichzeitig brach bei den unter britischem Befehl im Mittleren Osten stehenden griechischen Truppen eine Meuterei zur Unterstützung des Politischen Komitees aus. Die griechische Regierung in Kairo trat zurück; und schließlich gab König Georg eine unzweideutige öffentliche Erklärung ab, daß er die Zukunft des griechischen Thrones einer freien Volksabstimmung nach dem Ende des Krieges unterwerfen wolle. Es ist nicht sicher, ob die so folgenreiche Meuterei von EAM angestiftet worden war, aber jedenfalls waren die Kommunisten rasch zur Stelle, Vorteile aus ihr zu ziehen. Jetzt begann eine zweite, umfangreiche, geheime Wanderung von Resistance-Führern und anderen Politikern aus Athen in den Mittleren Osten, und im Juni 1944 trat unter britischer Leitung im Libanon eine Konferenz zusammen, um eine neue und mehr repräsentative Koalitionsregierung zu bilden. Kommunistische Vertreter nahmen an der Konferenz teil; als aber die Bedingungen, denen diese Vertreter bereits zugestimmt hatten, in Griechenland bekannt wurden, verwarf sie das Politische Komitee der nationalen Befreiung. Erst nach wochenlangen Verhandlungen kam schließlich eine neue Koalitionsregierung zustande, die sechs Vertreter der Kommunisten, der EAM, ELAS und des Politischen Komitees der nationalen Befreiung enthielt. (Das waren zu dieser Zeit lediglich verschiedene Namen für ein und dieselbe Sache.) Die beiden übriggebliebenen Guerilla-Armeen, ELAS und EDES, stellten sich unter den Befehl der neuen Koalitionsregierung. Sie war noch im Amt, als die deutsche Besatzung im September 1944 endete; und als die deutschen Truppen sich zurückzogen und die britischen Streitkräfte einrückten, kehrte die neue griechische Regierung unter allseitiger Freude nach Athen zurück.

Es war immer meine Ansicht, daß die griechischen Kommunisten dieser Koalitionsregierung nur beitraten, um die Regierung von innen her zu kontrollieren und auf diesem Wege die absolute Macht eventuell ohne Gewaltaktion zu gewinnen, so wie es den tschechischen Kommunisten später in Prag gelang. Falls sie so kalkulierten, verrechneten sie sich aber. Sowohl ihre nichtkommunistischen Kollegen als auch die britischen Besatzungsbehörden erwiesen sich als zäher und vorsichtiger, als sie erwartet hatten, und schließlich wurde durch den Versuch der griechischen und britischen Behörden, die Entwaffnung der beiden Guerilla-Armeen ELAS und EDES durchzuführen, die Krise beschleunigt. Die EDES willigten in die Demobilisierung, die ELAS lehnten sie ab. Darauf folgte ein bewaffneter Aufstand der ELAS in Athen im Dezember 1944, der nur unter großen Schwierigkeiten von britischen Truppen niedergeschlagen wurde. Die Notwendigkeit, britische Truppen in einer Stärke von vielen tausend Mann für diesen Zweck einzusetzen, schadete den militärischen Operationen in Italien 1944 ebenso wie den interalliierten Be-

ziehungen, besonders denen zwischen Engländern und Amerikanern. In diesem Fall hatte die Resistance eine nachteilige Wirkung auf die militärischen Anstrengungen.

Die verfassungsmäßige Regierung wurde 1945 wiederhergestellt, und 1946 kehrte der König von Griechenland nach einem überwältigenden Plebiszit-Erfolg zurück; aber die Drohung war noch nicht vorüber. 1947 stürzten die Kommunisten das Land in einen neuen Bürgerkrieg, der von der griechischen Regierung wieder nur mühsam und mit massiver amerikanischer Hilfe 1949 unterdrückt werden konnte. Selbst heute ist Griechenland weit entfernt von Sicherheit oder Stabilität, ebensowenig ist der Kommunismus ausgerottet. Wahrscheinlich verbindet die Griechen untereinander heute nur der Streit mit Großbritannien und der Türkei um Cypern, so wie die arabische Welt nur durch die Existenz Israels geeint wird. Unter der Oberfläche ist die politische Situation Griechenlands so unsicher wie je.

Abschließend möchte ich noch einen kurzen Kommentar zu den beiden wesentlichen Aspekten, dem militärischen und dem politischen, geben. Abgesehen von den drei Serien größerer Aktionen in den Jahren 1942, 1943 und 1944 glaube ich, daß die militärische Auswirkung der Widerstandsbewegung auf die deutsche Besetzung nicht größer gewesen sein kann als die einer „Eiterbeule“. Sie band zwar eine beträchtliche Zahl deutscher Truppen und verhinderte deren anderweitige Verwendung, jedoch waren das nicht immer Elitetruppen. Es war schwierig, die Bewegung zu unterdrücken, einmal weil die Verbindungswege in den griechischen Bergen außerordentlich primitiv sind, zum anderen, weil die Bergbevölkerung, wenn auch nicht immer, auf der Seite der Guerillas stand. Diese beiden Gründe hingen unmittelbar zusammen, denn die schlechten Verbindungen machten es den deutschen Truppen unmöglich, die Guerillas von den Bergdörfern fernzuhalten, es sei denn durch die Besetzung der Dörfer selbst, was aber einen solchen Aufwand erfordert hätte, daß es praktisch undurchführbar war. Wo auch immer die Sympathien der Dörfler in Wahrheit liegen mochten, sie waren gezwungen, sich auf die Seite der bewaffneten Macht zu schlagen, die sie am schnellsten und wirkungsvollsten erreichen konnte, und das waren normalerweise die Guerillas. Im Bürgerkrieg 1947–1949 wurde diese Lehre wohl beherzigt; er war von den griechischen Regierungstruppen in dem Augenblick gewonnen, in dem ein brauchbares Straßennetz angelegt war, das die Sicherungskräfte instand setzte, jeden Teil des Landes schnell zu erreichen. Die deutschen Besatzungstruppen waren nicht in der Lage, die Resistance auf diesem Wege zu unterdrücken, nicht so erfolglos jedoch in ihrem Versuch, Zwietracht zwischen den rivalisierenden Gruppen und Personen zu säen. Als die deutschen Truppen Griechenland räumten, bemerkten wir, daß sie, ob beabsichtigt oder nicht, unzerstörte Waffen- und Munitionslager nur in den Gebieten zurückließen, wo sie voraussichtlich in die Hände der ELAS fallen würden – der Organisation also, welche die Waffen vielleicht gegen die Briten gebrauchen würde. Es wäre interessant, aus deutschen Quellen zu erfahren, wie die wahre Natur der Verbindungen deutscher Stellen zu den verschiedenen Organisationen beschaffen war, und wie sie die einzelnen Resistance-Organisationen beurteilten.



Der politische Aspekt wäre sicherlich noch ausführlicher zu behandeln, aber in diesem Rahmen ist es nicht möglich, mehr darüber zu sagen. Immerhin wird deutlich geworden sein, daß die Frage von einigem historischen Interesse ist. Man wird annehmen dürfen, daß die griechische Geschichte der letzten 15 Jahre sehr anders verlaufen wäre, hätte es keine Resistance gegeben. Mehr noch: wenn es zwar die Resistance gegeben hätte, aber bei ihr keine britischen Verbindungsoffiziere, wäre nicht allein die griechische, sondern auch die europäische Geschichte anders verlaufen. Oft habe ich Griechen sagen hören: wenn es keinen britischen Verbindungsstab bei den Guerillas gegeben hätte, so würde es auch keinen kommunistischen Aufstand und keinen Bürgerkrieg gegeben haben. Sie gehen von der Annahme aus, daß nur die britische Unterstützung die ELAS in die Lage versetzte, so mächtig zu werden und so viele ihrer Rivalen auszuschalten. Ich glaube, daß die Schlußfolgerung zwar richtig, die Ursache aber falsch gesehen ist. Hätte es keinen britischen Verbindungsstab gegeben, wäre es in der Tat nicht zum kommunistischen Aufstand von 1944 und danach zum Bürgerkrieg gekommen, weil die Kommunisten beides gar nicht nötig gehabt hätten: sie würden nämlich schon 1943 gesiegt haben. Allein die Anwesenheit des britischen Verbindungsstabs hinderte die Kommunisten daran, während der Jahre 1943/44 die volle Kontrolle über Griechenland zu gewinnen; und wenn die Kommunisten im September 1944, als die deutschen Truppen Griechenland räumten und die britischen zurückkehrten, die Macht bereits in Händen gehabt hätten, wäre es bei dem damaligen Stand der öffentlichen Meinung in der Welt unmöglich gewesen, ihnen diese wieder abzunehmen. Es hätte in Wahrheit überhaupt keine Befreiung stattgefunden, und Griechenland befände sich heute hinter dem Eisernen Vorhang. Die Folgen, die das für die Verteidigung Europas und des Mittleren Ostens gehabt hätte, bedürfen keiner Erläuterung.

Zusammenfassend wird sich im Falle Griechenlands sagen lassen, daß die Resistance für die Geschichte der militärischen Operationen des Zweiten Weltkrieges keine besondere Bedeutung hatte; in die politische Geschichte der Kriegsjahre und der Nachkriegszeit aber gehört sie, oder sollte sie gehören, als ein nicht wegzudenkendes Element; und zwar nicht allein in die Geschichte Griechenlands, sondern auch in viel größere Zusammenhänge. Im Hinblick auf die von der Resistance erweckten Leidenschaften und die noch andauernden Kontroversen ist es vielleicht gut gewesen, daß der Versuch, ihr einen Platz in der allgemeinen Geschichte der Zeit zu geben, nicht zu früh unternommen wurde. Mehr oder weniger handelt es sich hier aber um Bedenken, die bei der Behandlung zeitgeschichtlicher Themen überhaupt gelten. Nach der eingangs berührten Erfahrung mit meinem ersten so unzulänglichen Bericht kann ich nur hoffen, daß der Historiker mit aller gebotenen Kritik an das herangeht, was mit dem Anspruch auftritt, bereits Zeitgeschichte zu sein, während es häufig erst Bausteine dafür abgibt. Eben deshalb scheint mir eine kritische Behandlung der Resistance unumgänglich, ohne welche die britische Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkrieges jedenfalls verzerrt oder mindestens unvollständig sein würde.

DONALD F. LACH

## DIE AMERIKANISCHE FORMOSAPOLITIK SEIT 1950

Wie in Europa, so ist es auch in Ostasien eines der Vermächtnisse des Zweiten Weltkrieges, daß mehrere frühere nationale Einheiten in getrennte Staaten aufgeteilt worden sind, von denen jeder Rechtsstaat über das Ganze beansprucht und entweder kommunistisch oder anti-kommunistisch orientiert ist. Korea, Indochina und China gehören zu dieser zwielichtigen östlichen Zone. China muß zu den geteilten Nationen gerechnet werden, weil sowohl Peking wie Taipeh hartnäckig am Anspruch legitimer Rechtsstaatlichkeit über ganz China festhalten. Jede der beiden chinesischen Regierungen erstrebt auch die internationale Anerkennung dieses Anspruchs. Während Nationalchina weiterhin Chinas Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen innehat, ist die Regierung in Peking von 28 Staaten offiziell anerkannt worden, von denen fünfzehn nicht zum kommunistischen Block gehören und acht europäisch sind, darunter Großbritannien. Obwohl die Möglichkeit einer Anerkennung Pekings seitens der Vereinigten Staaten in den ersten Monaten des Jahres 1950 ernsthaft erwogen wurde, sind sie seit dem Ausbruch des Korea-Krieges in ihrem Entschluß, diese Anerkennung zu versagen, nicht wankend geworden; sie benutzen ihre große Macht dazu, Peking am Eintritt in die Vereinten Nationen zu hindern und Nationalchina mit diplomatischen, militärischen und wirtschaftlichen Mitteln zu unterstützen.

Um zu verstehen, wie die Amerikaner zu dieser Haltung gekommen sind<sup>1</sup>, muß man bis in die Zeit zurückgehen, als die Nationalchinesen noch nicht auf Taiwan (Formosa) beschränkt waren. In dem Dreieckskampf um China, in den Nationale, Kommunisten und Japaner verwickelt waren, verfolgten die Vereinigten Staaten von 1931 bis 1947 konsequent eine Politik der Unterstützung des nationalen Regimes. Während des zweiten Weltkrieges bemühten sie sich, China im Krieg zu halten und damit große Mengen japanischer Truppen auf dem asiatischen Kontinent festzulegen. Mittlerweile versuchte Präsident Roosevelt durch diplomatische Mittel und politischen Druck sicherzustellen, daß das nationale Regime nach Beendigung des Krieges in der Lage sein würde, Japan in der asiatischen Vorherrschaft abzulösen.

Obwohl die Regierung Tschiangkaischek 1945 intakt aus dem Weltbrand hervorging, war sie nicht fähig, die Kontrolle über China wiederzuerlangen, und konnte so nicht in die Führerstellung in Ostasien und in den Vereinten Nationen eintreten, die Roosevelt für sie vorgesehen hatte. In den beiden ersten Jahren nach dem Kriege gewährten die Amerikaner den Nationalen Hilfe in ihrem Kampf um die Wiederherstellung der Vorherrschaft in Nordchina und der Mandschurei. Der zähe Widerstand der chinesischen Kommunisten, die von Rußland unterstützt wurden, gab

<sup>1</sup> Für Einzelheiten des Hintergrundes vgl. H.F. MacNair und D.F. Lach, *Modern Far Eastern International Relations*, 2. Aufl., New York 1955, Kap. XV und XVI; außerdem H. Feis, *The China Tangle*, Princeton 1953.



jedoch weder vor Tschiangs Warnungen noch vor seinen Waffen nach. Als die Truman-Regierung General George C. Marshall 1946 als Vermittler nach China entsandte, wurde bald der ganzen Welt offenbar, daß ein Kompromiß in China und die Bildung einer Koalitionsregierung für keine der Bürgerkriegsparteien annehmbar sein würde. Entmutigt durch den Fehlschlag beim Versuch, einen dauerhaften Ausgleich herbeizuführen, beschloß Washington 1947, seine Bemühungen auf Europa und Westasien zu konzentrieren und währenddessen abzuwarten, bis sich in China „der Staub gelegt haben würde“. Obwohl innerhalb wie außerhalb des Kongresses sich heftige Kritik dagegen erhob, daß man den Nationalen die amerikanische Unterstützung entzog, kam die Truman-Regierung zu dem Schluß, die amerikanische Hilfe, auch wenn sie hart bis an die Grenze des Eintritts in den Krieg (short of war) ginge, würde niemals genügen können, die Kuomintang vor dem Untergang und China vor dem Kommunismus zu bewahren.

Die Frage nach der Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch der Kuomintang auf dem Festland kommt hier nur insoweit in Betracht, als sie mit der Entwicklung der amerikanischen Politik und Meinung in der folgenden Zeit zusammenhängt. Es war nämlich gerade die Frage der Zurückziehung der Hilfe für Tschiangkaischek, an der sich Regierung und private Kreise in den Vereinigten Staaten in ihren Auffassungen über die China-Politik scharf entzweiten<sup>2</sup>. Anzeichen für diese Trennung machten sich auch schon während des Zweiten Weltkriegs bemerkbar in dem heftigen Streit über die Frage, ob Europa oder Asien der Vorrang gegeben werden sollte. Trotz Churchills Widerspruch hatte Roosevelt auf dem Versuch bestanden, sicherzustellen, daß das nach der japanischen Niederlage in Ostasien zu erwartende Machtvakuum von einem national geführten China ausgefüllt wurde. Während und nach dem Kriege zweifelten viele amerikanische und europäische Beobachter ernsthaft an der Fähigkeit der Kuomintang, China tatsächlich zu beherrschen und die Rolle eines Schiedsrichters in Ostasien zu übernehmen<sup>3</sup>. Andere fragten, genauso ernsthaft, welche Alternative zu Tschiang es außer dem Kommunismus in Ostasien denn überhaupt gebe<sup>4</sup>. Viele solcher allgemeinen Fragen werden auch noch mit Bezug auf die jüngere amerikanische Politik gestellt, und die Antworten bleiben gleichermaßen unbefriedigend für die eine wie für die andere Gruppe.

# I

Die Anfänge der gegenwärtigen amerikanischen Politik gegenüber Taiwan liegen in den Jahren 1949/50<sup>5</sup>. Etwa im Herbst 1949 war es mit dem Widerstand der Kuomintang auf dem Festland zu Ende, und die nationale Regierung zog sich

<sup>2</sup> Ein, wenngleich sehr emotional bestimmter Versuch, diese Trennung zu beschreiben, liegt vor in: Geraldine Fitch, *Formosa Beachhead*, Chicago 1953, Kap. VII.

<sup>3</sup> Vgl. John K. Fairbank, *The United States and China*, Cambridge, Mass. 1948, und Derk Bodde, *Peking Diary, A Year of Revolution*, New York 1950.

<sup>4</sup> Vgl. George Creel, *Russia's Race for Asia*, New York 1950, and Freda Uteley, *The China Story*, Chicago 1951.

<sup>5</sup> Seit Tschiangs Rückzug nach Taiwan ist eine reiche Literatur über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Insel erschienen. Zum nationalen Standpunkt vgl. Han.

nach Taiwan zurück. Ungefähr zwei Millionen Soldaten und Zivilisten vom Festland fanden Zuflucht auf dieser tropischen Insel, die der Provinz Fukien gegenüberliegt. Hier bereiteten sie sich für einen Widerstand im „letzten Graben“ vor, zu einer Zeit, als die meisten Regierungen der Welt, auch die der Vereinigten Staaten, die Eroberung Taiwans durch die Kommunisten, das Ende der Kuomintang und die Aufnahme des kommunistischen China in die UN für unvermeidbar hielten. Truman stellte am 5. Januar 1950 fest: „Die Vereinigten Staaten werden keinen Kurs verfolgen, der dazu führen muß, daß sie in den chinesischen Bürgerkrieg hineingezogen werden“.<sup>6</sup>

Ein plötzlicher Wechsel in der amerikanischen Haltung folgte auf den Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 und den Entschluß Pekings im November desselben Jahres, „Freiwillige“ nach Korea zu entsenden, die gegen die Interventionsarmee der Vereinten Nationen kämpfen sollten. Die Truman-Regierung übernahm die Führung in Korea und gab am 27. Juni der 7. amerikanischen Flotte den Befehl, Taiwan gegen einen etwaigen Angriff der chinesischen Kommunisten abzuriegeln. Gleichzeitig betonte General Douglas MacArthur von Tokio aus durch offizielle und inoffizielle Erklärungen die Bedeutung einer Neutralisierung Taiwans für die Sicherheit des amerikanischen Verteidigungsgürtels (defense perimeter) im Pazifik. Washington versicherte der Welt kurzerhand, daß die USA sich nicht länger in den chinesischen Bürgerkrieg einmischen würden, sobald in Korea eine Befriedung herbeigeführt sei. Daher unterhalten und erweitern die Vereinigten Staaten weiterhin ihre Beziehungen zur nationalchinesischen Regierung auf Taiwan als Teil ihrer allgemeinen Politik des „containment“ gegenüber kommunistischer Aggression.

Die amerikanische Haltung gegenüber Taiwan ist ein Komplex von militärischen, politischen, moralischen und psychologischen Ingredienzien. In der Zeit des Korea-Krieges (1950–1953) überwogen militärische Interessen. Aus eigener bitterer Erfahrung wußte man nur allzu gut, wie die Japaner vor 1939 und während des Zweiten Weltkriegs Taiwan als Ausgangspunkt und Versorgungsbasis für ihr Vordringen nach Süden benutzt hatten. In der Hand eines von der Sowjetunion nachdrücklich unterstützten Rotchina könnte Taiwan so glaubte man, wieder zum Zentrum feindlichen Vorgehens gegen die Philippinen und Südostasien werden. Die Gefahr, die diesen Gebieten vom Kommunismus her drohte, wurde ins grelle Licht gerückt durch den damaligen Angriff auf Südkorea und die gleichzeitig auf den Philippinen, in Malaya und Indochina von den Kommunisten unterstützten Aufstände. Dem

Li-wu, Taiwan Today, Taipeh 1950; ein sehr kritischer Bericht über die nationale Regierung und die amerikanische Politik findet sich bei Fred W. Riggs, Formosa under Chinese Nationalist Rule, New York 1952; zu den lobenden Beschreibungen der nationalen Regierung gehören: G. Fitch, a. a. O., und John C. Caldwell, Still the Rice Grows Green, Chicago 1955. Eine ausgewogene Darstellung der Taiwan-Frage und der Rolle Amerikas im westlichen Pazifik enthält J. W. Ballantine, Formosa: A Problem for United States Foreign Policy, Washington 1952; eine neuere und gleichfalls ausgewogene Übersicht des Problems findet sich bei Allen Whiting, „The United States and Taiwan“, in: The United States and the Far East, New York 1956, S. 173–202.

<sup>6</sup>) New York Times, 6. Januar 1950.

Hauptquartier MacArthurs in Tokio erschien auch die mögliche Gefahr für die amerikanischen Installationen auf dem 350 Meilen entfernten Okinawa wie eine drohende Wolke am Horizont. Auch die Möglichkeiten künftiger Gefahren für Japan konnte MacArthur nicht übersehen, nachdem das Land unter seinem Befehl systematisch entwaffnet und entmilitarisiert worden war und man ihm gerade wieder zu unabhängiger Entwicklung verhelfen wollte. Soweit die Überlegungen, die bei der Entscheidung von 1950, Taiwan abzuschirmen und die direkte Unterstützung des Freien Chinas wieder aufzunehmen, eine Rolle spielten und die vielfach heute noch Bedeutung haben.

Taiwan, das 50 Jahre lang in japanischer Hand gewesen war, ist heute eine schwer bewaffnete Festung, die von Rotchina nur mit großem Risiko angegriffen werden könnte. Wenn die Kommunisten auch auf dem westlichen Ufer der Straße von Formosa ihre Luftwaffe aufbauen, so sind ihre Mittel für einen amphibischen Krieg doch sicher noch nicht ausreichend, um einen erfolgreichen Angriff gegen die Insel auszuführen. Taiwan seinerseits wird heute geschützt von der 7. amerikanischen Flotte und ihren Hilfseinheiten, von einem Netz von Düsenjägerbasen, das sich von Japan über Okinawa bis zu den Philippinen erstreckt, sowie von einer nationalchinesischen Armee, die 300 000 Aktive und weitere 300 000 Reservisten umfaßt. Die Grundlage der amerikanischen Politik bildet der gegenseitige Beistandspakt (Mutual Defense Pact)<sup>7</sup> mit der Republik China aus dem Jahre 1954. Darin sichern die Vereinigten Staaten ihre Hilfe zu beim Schutz Taiwans und der Pescadores vor „bewaffnetem Angriff und revolutionärer kommunistischer Tätigkeit, die von außen gegen den territorialen Bestand und die politische Stabilität gerichtet werden“ (Art. II). Dies darf wohl so gedeutet werden, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines Angriffs oder offenkundig revolutionärer Aktionen ihre ganze Stärke einsetzen würden, um die Inseln zu verteidigen. Damit wird deutlich, daß Taiwan eine der potentiellen Gefahrenzonen auf der Welt war und geblieben ist, obwohl die Vereinigten Staaten durch zusätzliche Vereinbarungen (siehe unten S. 158) versucht haben, die Nationalchinesen daran zu hindern, Amerika in einen Angriffskrieg gegen die Kommunisten hineinzuziehen.

Von Amerika her gesehen, ist Taiwan jedoch auch ein lebenswichtiger Bundesgenosse für den umfassenden Verteidigungsapparat, der seit dem Ausbruch des Korea-Krieges im westlichen Pazifik aufgebaut wurde. Die Mächte des Anzus-Pakts von 1951 (Australien, Neuseeland und USA) und die der SEATO (South East Asia Treaty Organisation), die 1954 gebildet wurde, wären sehr viel weniger vor einer kommunistischen Aggression geschützt, wenn Taiwan in die Hände Rotchinas geriete. So wenig das freie China an diesen Bündnissen beteiligt ist, so sehr hält die ständige Bedrohung, die Tschiangs Armee und seine Luftwaffe darstellen, doch zahlreiche kommunistische Einheiten und einen großen Teil Kriegsmaterial in der

<sup>7</sup> Text in United States Treaties and Other International Agreements (Hg. U.S. Department of State), Bd. VI (1955), Teil 1, S. 453—454. Als Kommentar vgl. Arthur Dean, „United States Foreign Policy and Formosa“, in: Foreign Affairs, XXXIII (1954—1955), S. 360—375.

Provinz Fukien fest, wodurch sämtliche etwaige neuen Vorhaben Pekings hinsichtlich Südkoreas oder Südvietnams erschwert sind. Da die Abschirmung Taiwans die ständige Anwesenheit amerikanischer Land-, See- und Luftstreitkräfte im westlichen Pazifik mit sich bringt, enthebt sie zugleich Japan und die Philippinen der Notwendigkeit, große Armeen zur eigenen Verteidigung gegen einen kommunistischen Angriff oder Umsturz zu unterhalten.

Für die Unterstützung Taiwans haben die Vereinigten Staaten seit 1950 beträchtliche finanzielle Kosten für militärische und wirtschaftliche Hilfeleistungen aufwenden müssen. Genaue Zahlen lassen sich für die militärische Hilfe nicht feststellen, man schätzt aber, daß die Lieferungen an Nationalchina Amerika jährlich zwischen 200 und 300 Millionen Dollar kosten<sup>8</sup>. Zusätzlich zum Verteidigungsprogramm beliefen sich die Beträge für wirtschaftliche und technische Hilfe seit 1950 auf über 700 Millionen Dollar, was einen Jahresdurchschnitt von etwa 100 Millionen Dollar ergibt. Solange die gegenwärtigen Richtlinien in Kraft bleiben, hat man allen Grund anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten für Taiwan jährlich mindestens 300 Millionen Dollar für militärische und wirtschaftliche Hilfeleistungen werden ausgeben müssen. Wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung Taiwans sich im Jahr um etwa 3 $\frac{1}{2}$ % vermehrt, so bietet sich keine Möglichkeit, daß die Landwirtschaft einmal in der Lage sein könnte, einen größeren Anteil als bisher an den finanziellen Lasten zu übernehmen, die durch die Unterhaltung von 600 000 Soldaten und deren Ausrüstung entstehen.

Die politisch-psychologischen Gründe, die Amerika weiterhin dazu bestimmen, Taiwan mit einer Prämie von jährlich über einer Viertelmillion Dollar zu versichern, liegen in dem allgemeineren Bestreben der Vereinigten Staaten, im Gebiet des westlichen Pazifik „Schaufenster der Demokratie“ zu errichten und zu unterhalten. Dadurch, daß die Wirtschaft der Philippinen, Taiwans, Südkoreas und Südvietnams mit Dollars angekurbelt wird, können diese Staaten vor Asien und der ganzen Welt lebendige Beispiele für die Vitalität und Leistungsfähigkeit einer freien Gesellschaft sein, und es ist in der Tat schwer zu leugnen, daß die Dollarhilfe wenigstens zeitweilig diese relativ unentwickelten Länder bereichert hat. Wie lange die Vereinigten Staaten noch fähig und willens sind, diese Länder mit Dollars zu überschütten, wird von künftigen Entwicklungen sowohl in Amerika wie im westlichen Pazifik abhängen. Im Augenblick scheint es, als machten militärische Sicherheit, wirtschaftliche Stabilität im Verteidigungsgürtel und psychologische Kriegführung es nötig, dieses kostspielige Programm für unabsehbare Zeit beizubehalten.

Die Amerikaner unterstützen Taiwan auch, um den Chinesen auf dem Festland und anderswo eine Alternative zum Kommunismus zu bieten. Ohne Taiwan und Tschiang würde die bloße Möglichkeit einer Widerstandsbewegung auf dem Festland verschwinden. Im übrigen ist gegenwärtig ein heftiger Wettstreit zwischen Kommunisten und Nationalen im Gange um die Unterstützung der 10 Millionen Überseechinesen, die weit über Südostasien verstreut sind und in vielen großen

<sup>8</sup> Vgl. Whiting, a. a. O., S. 182.

Hafenstädten der ganzen Welt leben. Ließe Amerika zu, daß Taiwan dem Kommunismus anheimfällt, so stünde zu befürchten, daß die Übersee-Chinesen willige Werkzeuge des Kommunismus würden, in Singapur, Kalkutta, Havanna, Kapstadt und San Francisco und in vielen weit auseinanderliegenden Hafenstädten. Wie die Dinge im Augenblick liegen, sind die Überseechinesen unter sich uneinig. Die Nationalen gewinnen jedoch nach und nach etwas von dem gleich nach 1949/50 an die Kommunisten verlorenen Terrain zurück.

Was Amerika für die Zukunft Taiwans erhofft, ist ziemlich klar. Die Eisenhower-Regierung möchte gern die Gefahr eines Kriegeausbruchs wegen Taiwan so weit wie möglich zurückdrängen. Sie würde es deshalb vermutlich auch gerne sehen, daß die nationalchinesischen Streitkräfte von den Inseln Matsu und Quemoy zurückgezogen würden, die noch im Bereich der rotchinesischen Küstenbatterien liegen. Sie würde außerdem gern die beiden Bürgerkriegsparteien dazu bewegen, einem Waffenstillstand ähnlich dem in Korea geschlossenen zuzustimmen. Washington würde sogar möglicherweise in Zukunft bereit sein, den britischen Vorschlag der „zwei Chinas“ – die Insel Taiwan unter den Nationalen und das Festland unter den Kommunisten – ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Doch sind dies zur Zeit nur Hoffnungen. Im allgemeinen wünscht man in Washington möglichst wenig mit diesem Problem behelligt zu werden.

## II

Wie sieht dieses Taiwan nun aus, das so lange schon Gegenstand internationaler Diskussion ist, und was tut es, um seine internationale Stellung zu bessern? Schon die Antworten auf solche relativ einfachen Fragen führen eher zur Erhitzung als zur Klärung der Meinungen. Denn sie sind im Grunde eng verknüpft mit der Frage nach Amerikas globaler Strategie. In der Tat erregen sich die Gemüter bei jeglicher Diskussion über die Taiwan-Frage in den Vereinigten Staaten seit 1949 so sehr, daß auf eine einsichtige Klärung der strittigen Punkte und eine ruhige Abschätzung der Alternativen kaum noch zu hoffen ist. Dies emotionale Beteiligtsein spiegelt sich auch in den Verhandlungen Amerikas mit seinen Alliierten wider, von denen einige, besonders Großbritannien, Washingtons China-Politik kritisch gegenüberstehen. Nicht einmal über Taiwans Stellung im internationalen Recht ist bis jetzt Klarheit geschaffen. Wie an den meisten Fragen, die sich auf die Insel beziehen, so wird auch an diesem juristischen Streitpunkt der große Unterschied innerhalb der chinesischen und der Weltmeinung über Taiwans Zukunft deutlich.

Beide chinesische Regierungen erheben Rechtsanspruch auf Taiwan, und es ist in der Tat nicht einzusehen, wer noch außer diesen beiden einen rechtlich begründeten Anspruch auf die Insel haben könnte. Sowohl Nationale wie Kommunisten gründen ihren Anspruch auf die Erklärung von Kairo aus dem Jahre 1943, die anerkannte, „daß alle Gebiete, die Japan den Chinesen weggenommen hat, wie die Mandschurei, Taiwan und die Pescadores, der Republik China zurückgegeben werden sollen“. 1945 übernahmen die Nationalen die Verwaltung Taiwans und sind bis heute de facto die Beherrscher der Insel. Die Kommunisten, die de facto das



Festland beherrschen, beanspruchen Taiwan als rechtmäßiges Erbe für die Volksrepublik. Im japanischen Friedensvertrag von 1951 mußten die Japaner auf die Beherrschung Taiwans verzichten, doch traf man keine endgültige Verfügung über die Souveränität<sup>9</sup>.

Schon 1945, als die Nationalen die japanische Übergabe annahmen und Taiwan besetzten, hatte die Insel mit den höchsten Lebensstandard in Ostasien. In den ersten Jahren der Kuomintang-Herrschaft änderte sich dies, und die Verhältnisse auf der Insel wurden ungesund. Eine Reihe von Militärgouverneuren beuteten Taiwan vom Festland her wie erobertes Territorium aus, statt daß sie es als wiedergewonnenes ehemals chinesisches Gebiet behandelten. Ein Aufstand gegen die Kuomintang im Jahre 1947 zog die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf Taiwans mißliche Lage und hatte eine Kettenreaktion internationaler Kritik an Tschiangs Regierungsweise zur Folge. Dann verbesserte der Rückzug der nationalen Regierung nach Taiwan im Jahre 1949 die Verwaltung in Taipeh. Neben der natürlichen Produktivität der an Reis reichen Insel hat amerikanische Hilfe seit 1950 eine stabile Regierung und einen Grad von wirtschaftlichem Wohlstand mit sich gebracht, der in Ostasien nicht seinesgleichen hat.

Dies bedeutet nicht, daß Taiwans Schwierigkeiten der Vergangenheit angehören. Weit entfernt davon. Das ruhige Leben, dessen man sich früher, selbst unter japanischer Herrschaft, auf der Insel erfreute, ist seit 1949 verschwunden. Taiwan ist jetzt direkt in den chinesischen Bürgerkrieg verwickelt und genießt als eines der Pfänder im Kalten Krieg die Aufmerksamkeit der ganzen Welt. Sein Leben ist in jeder seiner Phasen schneller und beunruhigender Veränderung unterworfen gewesen. Das zeigt sich sogar in den sprachlichen Verhältnissen innerhalb der meisten Familien. Jeder spricht den einen oder anderen einheimischen Dialekt, aber Vater, Mutter und ältere Kinder sprechen besser Japanisch als Chinesisch (kuo-yü); die jüngeren Kinder hingegen sprechen jetzt besser kuo-yü als ihre älteren Geschwister und vielleicht auch noch ein bißchen Englisch, aber sie können kein Japanisch. Sogar die Ureinwohner des östlichen Hochlandes sind durch starken Druck von außen gezwungen worden, ihre althergebrachte Lebensweise zu ändern. Bei einem Besuch in einem ihrer entlegenen Dörfer im Jahre 1956 war der erste vertraute Ton, der mein Ohr traf, amerikanische Jazzmusik aus einem Radioapparat, die vom Militärsender in Taipeh ausgestrahlt wurde.

Die Wiedereinsetzung der nationalen Regierung auf Taiwan brachte jedoch nicht nur ordentliche Verwaltung, wirtschaftlichen Wohlstand und die Hilfe wie den Einfluß Amerikas mit sich, sondern führte auch militärische Organisation und Reglementierung in ihrem Tornister. Das Leben steht unter den Bedingungen des Kriegszustandes, und das Militär genießt alle nur möglichen Vorteile. Die Insel ist wie gesprenkelt mit sieben Flugplätzen, Kriegsschiffe liegen in den Häfen Kilung

<sup>9</sup> Zur Frage des Rechtsstatus von Taiwan vgl. Quincy Wright, „The Chinese Recognition Problem“, in: *American Journal of International Law*, XLIX, 1955, S. 520—538, und D. P. O'Connell, „The Status of Formosa and the Chinese Recognition Problem“, in: *American Journal of International Law*, L (1956), S. 405—416.

und Kaohsiung, lange Strecken der Küste und manches andere Gelände sind als militärische Sperrgebiete abgeriegelt; öffentliche Arbeiten, wie der Straßenbau, müssen Kriegszwecken dienen. In den Schulen verlangt man von der Jugend, daß sie zur San-min-chu-i Jugendorganisation gehört, an militärischen Übungen teilnimmt und Uniform trägt.

Unterdessen warnt die Regierung mit allen nur möglichen Publikations- und Propagandamitteln vor kommunistischen Umtrieben und ermahnt die Öffentlichkeit, mehr zu sparen und mehr zu arbeiten. Bei jeder bedeutenden Gelegenheit spricht der Generalissimus oder einer seiner Adjutanten in der Öffentlichkeit in bewegender Weise von dem Tag, an dem die Truppen des Freien China das Festland angreifen und zurückerobert werden. Der übrigen Welt mag das Programm des „Festlandrückgewinns“ (Mainland Recovery Program) lächerlich erscheinen, auf Taiwan durchdringt es das Leben in fast allen seinen Bereichen und beeinflusst das Denken, Handeln und Planen des einzelnen Bürgers genauso wie das der Regierung. Daß die Regierung nicht entscheiden kann, ob bestimmte Maßnahmen den Bedürfnissen ganz Chinas oder nur denen Taiwans entsprechen sollen, ist in der Tat das größte Hindernis für eine schnelle Entwicklung der Insel. Diese Unentschiedenheit (ambivalence) ruft naturgemäß Meinungsverschiedenheiten hervor und neigt dazu, jede Aktion zu vereiteln.

Vom chinesischen Standpunkt aus ist der „Festlandrückgewinn“ der Glaube, der die Gegenwart erträglich macht und auf die Zukunft hoffen läßt. Trotz wiederholter Versprechen, in naher Zukunft zu handeln, haben die Nationalen bis jetzt noch nicht gewagt, mit Waffengewalt gegen das Festland vorzugehen. Im Bürgerkrieg hat sich die Aktivität seit 1950 auf Luft- und Seeaufklärung beschränkt, weiter auf Spionage sowie gelegentlichen Feuerwechsel zwischen den Nationalen auf den der Küste vorgelagerten Inseln Quemoy und Matsu und den kommunistischen Streitkräften in der Provinz Fukien. Das Versprechen künftiger Aktionen findet sich inzwischen immer wieder in den von Peking sowohl wie von Taipeh über den Äther verbreiteten Propagandareden. Obwohl die Möglichkeit besteht, daß die Nationalen, etwa aus Enttäuschung und Verzweiflung, eines Tages einen Angriff gegen das Festland unternehmen, ist ein solcher Angriff nicht erfolgt, als Eisenhower Tschiang 1953 „von der Leine ließ“. Die Chinesen wußten sehr wohl, daß Eisenhowers Proklamation als politische Geste gemeint war, durch die er die Unterstützung des rechten Flügels der Republikanischen Partei für die Dauer gewinnen wollte. Als der gegenseitige Beistandspakt 1954 abgeschlossen wurde, brachte man Tschiang in einem Notenwechsel vom 10. Dezember 1954 dazu, sich einverstanden zu erklären, daß er nicht „mit Gewalt“ gegen das Festland vorgehen würde „ohne Einwilligung der Vereinigten Staaten“. In den wesentlichen Zügen ist die von Truman 1950 begonnene China-Politik von Eisenhower also weitergeführt worden, und zwar ohne große Rücksicht auf die Wünsche Knowlands, Judds und anderer Republikaner vom rechten Flügel<sup>10</sup>.

<sup>10</sup> Diese Gruppe ist im allgemeinen für aktive Unterstützung Tschiangs und hat diejenigen heftig bekämpft, die noch einmal Nationalchina im Stich lassen oder die Komintern anerken-

Was auch immer gegen das Verhalten der Kuomintang auf dem Festland gesagt werden mag, auf Taiwan hat sie ihr Haus einigermaßen in Ordnung gebracht. Der Generalissimus und seine nächsten Ratgeber stehen außerhalb jeder Kritik, und das eine Thema, dessen Erörterung sich die Chinesen versagen, ist die Frage, was geschieht, wenn Tschiang stirbt. Seit der Abdankung des Generals Sun Li-jen im Jahre 1955 ist diese Frage für Amerikaner wie für Chinesen in hohem Maße beunruhigend geworden. Viele der gemäßigten führenden Chinesen und Amerikaner hatten gehofft, daß Sun, der in Amerika erzogen worden ist, einen reibungslosen Regierungswechsel und die Fortführung der gegenwärtigen Politik gewährleisten würde. Jetzt aber sind die Möglichkeiten, denen Chinesen und Ausländer gleichermaßen sich gegenübersehen, nicht allzu ermutigend. Rechtmäßiger Nachfolger Tschiangs wäre Vizepräsident Chen Cheng, der jedoch kein junger Mann mehr ist und ständig mit gesundheitlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die einzige mögliche Alternative zu Chen scheint Tschiang Tsching-kuo, der älteste Sohn des Generalissimus.

Während Chens Stärke in der Armee liegt, beruht Tsching-kuos Macht auf seiner Persönlichkeit, seiner Jugend und seiner Kontrolle über die Geheimpolizei. Als dynamische, gewinnende Persönlichkeit hat Tsching-kuo die San-min-chu-i Jugendorganisation hinter sich, und in dem Maße, wie die alten Festlandssoldaten in der Armee durch junge Rekruten ersetzt werden, wächst sein Einfluß auf das Militär. Die Zeit arbeitet so für ihn. Die Skala der Vermutungen hinsichtlich der von ihm zu erwartenden Politik, wenn er eines Tages die Führung übernehmen sollte, reicht von der Annahme, er habe diktatorische Ambitionen, bis zum Glauben, daß er die von seinem Vater begonnene politische Linie beibehalten müsse. Wie immer das Nachfolgeproblem zu beurteilen sein mag, es wirft jedenfalls einen Schatten auf Taiwans Zukunft und beunruhigt Amerikaner und Chinesen gleichermaßen. In der Einschätzung Washingtons wäre Tsching-kuo, der begeistert für den „Festlandsrückgewinn“ eintritt, vielleicht nicht so bereit zum Nachgeben und zur Mitarbeit, wie es sein Vater ist.

Am beunruhigendsten für die amerikanische Politik aber ist die unterschiedliche Reaktion, die sie in anderen Ländern hervorgerufen hat. Die unmittelbar von kommunistischer Aggression bedrohten asiatischen Länder wie Südkorea und Südvietnam begrüßen die amerikanische Verteidigung Taiwans genauso wie Washingtons kompromißlose Haltung in der Frage der Anerkennung Rotchinas. Indem die Vereinigten Staaten wirtschaftlichen und kulturellen Austausch unter ihren Verbündeten anregten, haben sie inzwischen versucht, das schwache politische Gebäude der SEATO und der Beistandspakte auf eine festere Grundlage zu stellen. Taiwan liefert z.B. Kohle an Südkorea, die aus einem für dieses bestimmten Teil der „Mutual Security Funds“ bezahlt wird. Japan ist nach wie vor, trotz des ausdrück-

nen wollten. Die These, daß Eisenhowers Politik sich nicht irgendwie wesentlich von der Trumans unterscheidet, wird vor allem vertreten von Harold Lavine, „Mr. Eisenhower's Far East Policy“, in: *Commentary* XIX (1955), S. 415–420.

men". Eine Nation, die so viel Unheil stiftet, behauptet er, sollte keinen Sitz in den Vereinten Nationen haben, wo sie ihre Angriffspläne voraussichtlich ins Werk setzen könnte. Seine These ist, daß die amerikanische Politik nicht nur dem Interesse der Vereinigten Staaten und der freien Welt, sondern auch „dem Interesse des chinesischen Volkes selbst“ entspreche.

### III

Wie viele Europäer und Asiaten haben auch zahlreiche Amerikaner die Empfindung ausgesprochen, daß die unbeugsame amerikanische Haltung in der China-Frage, besonders soweit sie Taiwan betrifft, die Befriedung des Fernen Ostens verzögert und einen zusätzlichen Gefahrenherd für die internationalen Beziehungen in einer Welt erzeugt habe, die deren schon allzu viele besitzt<sup>16</sup>. Besonders in Großbritannien und Japan scheinen einige Beobachter das Gefühl zu haben, daß größere Nachgiebigkeit im Hinblick auf Taiwan sie in die Lage brächte, den Handel mit China wiederaufzunehmen, und der Regierung in Peking eine andere Möglichkeit eröffnen würde als die enge Anlehnung an Rußland. Selbst offizielle Kreise in Washington erkennen von Zeit zu Zeit an, daß es vielleicht wünschenswert sei, sich über eine Alternative zur gegenwärtigen amerikanischen Politik Gedanken zu machen.

Welche Möglichkeiten aber gibt es außer der gegenwärtigen Politik? Im Grunde sind es zwei. Einmal die Rückkehr zum Grundsatz der Nicht-Einmischung aus den Jahren 1947 bis 1949. Damit würde vermutlich die Gefahr eines Kriegsausbruchs wegen Taiwan beseitigt, die Kosten für das Hilfsprogramm würden wegfallen, und vielleicht wären Kommunisten und Neutralisten dann so weit zufrieden gestellt, daß im Fernen Osten eine allgemeine Beruhigung eintreten könnte. Zur Zeit sind jedoch private Kreise sowohl wie die Regierung der USA der Meinung, daß diese Lösung kaum annehmbar sei, da sie möglicherweise den amerikanischen Verteidigungsgürtel zerstören könnte. Die Vereinigten Staaten würden sich zudem damit als „paper tiger“ erweisen, der nicht zögert, seine einstigen Freunde dem Untergang preiszugeben, wenn es zweckmäßig scheint. Schließlich würden die Kommunisten eine solche Kapitulation auch als politischen Propagandatrick für ihre Zwecke mißbrauchen. Und endlich würde die amerikanische öffentliche Meinung über die China-Politik möglicherweise wieder so in Gegensätze zerfallen, daß dadurch die Bemühungen der Vereinigten Staaten in anderen Gebieten, z. B. im Mittleren Osten, geschwächt oder doch stark modifiziert würden. Die zweite Möglichkeit, die oft vorgeschlagen worden ist, besteht darin, auf Taiwan eine Volksabstimmung

<sup>16</sup> Vgl. z. B. Edwin O. Reischauer, *Wanted: An Asian Policy*, New York 1955; Nathaniel Peffer meint andererseits, Rußland, nicht China sei der wirkliche Feind, und China erhalte die Kraft, Amerikas Sicherheit zu bedrohen, nur durch die andauernde russische Unterstützung seiner Politik. Vgl. seinen Artikel „China in Reappraisal: Menace to American Security“, in: *Political Science Quarterly* LXXXI (1956), S. 481—515.



unter Aufsicht der Vereinten Nationen durchzuführen. Die 10 Millionen Einwohner der Insel, die vom Festland stammenden ebenso wie die Einheimischen, könnten sich für eine der folgenden drei Vorschläge entscheiden:

1. Bestätigung der Kuomintang als der rechtmäßigen Regierung;
2. Einverleibung in Rotchina;
3. Unabhängigkeit unter einheimischer Regierung.

Alle interessierten Parteien müßten einwilligen, sich an den Volksentscheid zu halten, und die Vereinten Nationen würden die künftige Sicherheit der Insel garantieren.

Dieser Vorschlag mag für die westliche Welt und nicht-chinesischen Asiaten viel Anziehendes haben. Aber er scheint für den Augenblick völlig undurchführbar. Die beiden chinesischen Bürgerkriegsparteien sind noch unnachgiebig in ihrer Ablehnung eines solchen Plebiszits und seiner allgemeinen Folgerungen. Der Außenminister Nationalchinas, George Yeh, der dem Vorschlag eines UN-Plebiszits deutlich abgeneigt ist, hat angedeutet, daß „das freie China bereit sei, eine Volksbefragung auf Taiwan durchzuführen, wenn Mao Tse-tung dies gleichzeitig auf dem Festland tue“<sup>17</sup>. Die Kommunisten haben ihrerseits den Vorschlag wiederholt als absurd und als einen Teil der amerikanischen Verschwörung zur Aufteilung Chinas gebrandmarkt. Es wäre denkbar, daß beide, Taipeh und Peking, am Ende durch Druck dazu bewogen werden könnten, die internationale „Neutralisierung“ Taiwans und eine „Treuhandverwaltung“ unter den UN zu akzeptieren. Bis jetzt haben solche Vorstellungen aber bei den beiden chinesischen Parteien sichtlich noch keinen Eindruck hinterlassen, da beide an dem Entschluß festzuhalten scheinen, den Bürgerkrieg bis zum Ende durchzuführen.

Sogar auf Taiwan selbst ist einige Unzufriedenheit mit der Politik und den Programmen der Amerikaner klar zum Ausdruck gekommen. Als am 24. Mai 1957 amerikanische Diplomaten und amerikanisches Eigentum von einer großen Volksmenge in Taipeh angegriffen wurden, war dieser Vorfall Anlaß zu Überlegungen über die Echtheit der zwischen Nationalchina und den Vereinigten Staaten bestehenden Freundschaft. Daß diese Beziehung manchmal durch gegenseitiges Mißtrauen und reizbare Feindseligkeit getrübt worden ist, kann nicht geleugnet werden. Zu Zeiten sind in Amerika sogar wilde Vermutungen in Umlauf gewesen, Nationale und Kommunisten könnten, indem sie ihre Todfeindschaft vergäßen, einen Kompromiß schließen. Die Chinesen ihrerseits sind höchst empfindlich hinsichtlich ihrer nationalen Unabhängigkeit und des Unterschieds in Größe, Stärke und Reichtum zwischen den beiden Verbündeten. Bis zu einem gewissen Grade haben die amerikanische Hilfe und die Anwesenheit von etwa 8000 Amerikanern auf Taiwan Ressentiments gegen Amerika und die Amerikaner erzeugt. Auch daß die Vereinigten Staaten nicht bereit sind, bei dem „Festlandsrückgewinn“ mitzuhelfen, hat bei den radikalen Nationalen, vielfach noch jüngeren Leuten, Verstimmung hervorgerufen. Geringfügige Verdrießlichkeiten zusammen mit einer stets vor-

<sup>17</sup> Unterhaltung mit dem Autor in Taipeh am 2. Januar 1956.

handenen Reizbarkeit haben zu der Aufwallung geführt, die sich in dem Zwischenfall vom 24. Mai Luft machte. Die Nationalchinesen wissen jedoch genau so gut wie die Amerikaner es wissen, daß sie keine andere vernünftige Möglichkeit haben als die Zusammenarbeit mit Washington.

Das Taiwan-Problem in der amerikanischen Politik fügt sich nicht leicht in irgendeinen der bis jetzt gemachten Lösungsvorschläge ein. So hat denn der amerikanische Gesandte auf Taiwan am 26. Oktober 1955 in einer Unterhaltung mit dem Autor geäußert, er glaube, daß „wir in Asien keine Lösungen finden können, sondern uns mit Aushilfsmitteln zufrieden geben müssen“. So sehr das eine berechtigte Feststellung ist, so empfindet die Mehrzahl der Menschen über die Welt hin in der amerikanischen Haltung ein Moment der Starrheit, das es fast unmöglich macht, durch Verhandlungen einen Kompromiß zu erreichen. Natürlich ist die Haltung der Kommunisten nicht weniger unbeweglich. Im Augenblick erscheint jedoch keine der Alternativen zum herrschenden amerikanischen Kurs praktisch so durchführbar wie dieser selbst. Nicht nur würden die in China sich entgegenstehenden Lager auf einen Kompromiß nicht eingehen, auch was die amerikanische öffentliche Meinung über die China-Politik betrifft, ist die Lage so, daß im Augenblick schwerlich irgendeine der Alternativen zum gegenwärtigen Kurs hinreichende Unterstützung in USA gewinnen würde. Es gibt eine Reihe stichhaltiger geographischer und historischer Gründe für die amerikanische Engagierteit in asiatischen Fragen. Im Unterschied zu ihren europäischen Verbündeten sind die Vereinigten Staaten als ein Land, das vom Pazifischen Ozean begrenzt wird, in größerem Maße geneigt, Gefahren zu fürchten, die der freien Welt von dieser Seite drohen könnten. Für die Amerikaner kam der erste Angriff auf amerikanische Besitzungen im Zweiten Weltkrieg von Ostasien her. Im Krieg selbst trugen die Vereinigten Staaten die Hauptverantwortung für den Kampf gegen Japan und bei Kriegsende übernahmen sie in erster Linie die Besetzung Japans. Sie sind lange auf eine Politik eingeschworen gewesen, die für alle gleiche wirtschaftliche Möglichkeiten in China offen hielt und damit gleichzeitig dem Land bei der Bewahrung seiner territorialen und verwaltungsmäßigen Einheit half. Um so tiefer traf die Vereinigten Staaten die Niederlage dieser Politik in den Nachkriegsjahren. Teilen doch viele Amerikaner, bewußt oder unbewußt, die Meinung Tschiangkaischeks<sup>18</sup>, daß China 1949 einem erfolgreichen Umsturzversuch des russischen Kommunismus zum Opfer fiel. 1950 traten in Korea amerikanische Streitkräfte als erste dem kommunistischen Angriff entgegen, und sie trugen weiter die Hauptlast des Krieges. Sogar die koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen wurden von amerikanischen Beauftragten geführt. Wegen dieser bitteren historischen Erfahrungen halten die Vereinigten Staaten daran fest, der Unnachgiebigkeit der Kommunisten in Ostasien auch ihrerseits mit einem starren Kurs zu begegnen.

<sup>18</sup> In Einzelheiten erläutert in seinem neuesten Buch *The Soviet Union in China*, New York 1957.

Miszelle

GERHARD LEIBHOLZ

„AGGRESSION“ IM VÖLKERRECHT  
UND IM BEREICH  
IDEOLOGISCHER AUSEINANDERSETZUNG

*Vorbemerkung des Herausgebers:* Der hier folgende Artikel gibt — leicht verkürzt und der Redeform entkleidet — einen Rundfunk-Vortrag wieder, der die Probleme naturgemäß nur skizziert. Für die zeitgeschichtliche Erörterung ist ein solcher auf das Begriffliche gestellter Beitrag von einer Nachbardisziplin her, wie immer wieder betont sein mag, jederzeit willkommen. Es sei im speziellen — ganz abgesehen von der aktuellen Bedeutung der letzten Seiten — auf den Ertrag hingewiesen, den die im folgenden angestellten Überlegungen für so konkrete geschichtliche Vorgänge der Zwischenkriegszeit wie den Streit um die im Genfer Protokoll enthaltene Definition oder die Moskauer Debatte des Juli 1939 zum Begriff des „indirekten Angriffs“ haben können.

H. R.

Der Begriff der Aggression ist zu einem Zentralbegriff des politischen wie völkerrechtlichen Denkens erst im Laufe der letzten Jahrzehnte geworden. Erst nach dem ersten Weltkrieg fing man überhaupt an, sich mit der Analyse dessen, was unter einer Aggression zu verstehen sei, zu beschäftigen. Gewiß ist die Frage, wie unter moralischen und rechtlichen Gesichtspunkten ein Krieg zu beurteilen sei, seit vielen Jahrhunderten literarisch abgehandelt worden. Schon im Mittelalter und auch noch in der Frühzeit des Nationalstaates hat man unter dem Einfluß säkularisierter naturrechtlicher Vorstellungen — es braucht in diesem Zusammenhang nur an die Schriften von Grotius erinnert zu werden — zwischen gerechten und ungerechten Kriegen unterschieden. Je mehr sich aber in den folgenden Jahrhunderten das durch Christentum und Antike geprägte humanistische Weltbild auflöste und relativierte, um so mehr suchte man die ursprünglich inhaltlichen Unterscheidungen durch formale zu ersetzen, d. h. statt von ungerechten und gerechten Kriegen von Angriffs- und Verteidigungskriegen zu sprechen. Der fortschreitenden inhaltlichen Entleerung unseres Denkens, aber auch anderen tiefgreifenden Veränderungen entspricht es, daß man heute den Begriff des Krieges selbst aus dem Bereich der Diskussion nach Möglichkeit auszuschalten trachtet und sich darauf beschränkt, den Begriff der Aggression und des Aggressors als solchen zu bestimmen. In der Zwischenkriegszeit war es zuletzt der Briand-Kellog-Pakt von 1928, der noch von dem Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten sprach. In der Charter der Vereinten Nationen ist charakteristischerweise — sieht man von einem Passus der Präambel ab — nicht mehr von verbotenen Kriegen die Rede, sondern nur noch von verbotenen Aggressionsakten.

Was aber ist unter einem Aggressionsakt zu verstehen? Wer ist ein Aggressor? Was ist eine Aggression? Dies zu wissen, ist heute schon allein deshalb von Belang,

weil alle den Vereinten Nationen angehörenden Staaten rechtlich verpflichtet sind, sich jeder Aggressionshandlung zu enthalten. Im 19. Jahrhundert waren Angriffskriege rechtlich noch durchaus erlaubt. Selbst zur Zeit des Genfer Völkerbundes war unter bestimmten Voraussetzungen, selbst unter Völkerbundsmitgliedern, ein Krieg als rechtlich erlaubter denkbar, z. B. wenn in strittigen Fragen der Erledigungsvorschlag des Völkerbundsrates nicht einstimmig gefaßt oder von beiden Streitparteien abgelehnt war. Doch hat sich dies Kriegsventil heute infolge des generellen Verbotes aggressiver Handlungen für alle den Vereinten Nationen angehörenden Staaten grundsätzlich geschlossen.

Umgekehrt ist von jeher im Völkerrecht das Notwehrrecht der Staaten, d. h. das Recht jedes Staates, sich gegenüber einem Angriff zu verteidigen und seine guten, wohlerworbenen Rechte zu schützen, anerkannt worden. Auch die Charter der Vereinten Nationen hat das individuelle und kollektive Notwehrrecht der einzelnen Staaten gegenüber einer Aggressionshandlung ausdrücklich sanktioniert.

Damit ist eine der großen Schwierigkeiten angedeutet, die einer Begriffsbestimmung der Aggression entgegenstehen. Wo liegt die Grenze zwischen verbotenem Angriff und erlaubter Selbstverteidigung? Dazu gesellen sich andere delikate Fragen und Probleme. Stellen z. B. die indirekte Aggression, die wirtschaftliche Unterwanderung, die ideologische Aggression verbotene Aggressionshandlungen dar? Erfüllt die Drohung mit einer Aggression schon den Tatbestand derselben? Können nur Staaten oder auch in Banden zusammengefaßte Gruppen von Individuen möglicherweise als Aggressoren bezeichnet werden? Diese und andere Fragen sind seit den 20er Jahren ausführlich in den zuständigen Gremien des Völkerbundes – vor allem anlässlich der seiner Beurteilung unterstellten bewaffneten Konflikte – und auf den verschiedenen internationalen Konferenzen, z. B. auf der Abrüstungskonferenz von 1932, wie schließlich vor dem Forum der Vereinten Nationen erörtert worden.

Soweit man versucht hat, völkerrechtlich den Tatbestand der Aggression von der inhaltlichen Seite her näher zu bestimmen, geht man gemeinhin davon aus, daß eine Aggression stets die Anwendung von Waffengewalt seitens eines Staates gegenüber einem anderen voraussetzt. Der typische, aber nicht einzige Fall einer Aggression ist die aus dem nationalsozialistischen Regime sattem bekannte Invasion, d. h. der Einmarsch von Truppen eines Staates in einen anderen Staat. Andererseits ist nicht jede mit Waffengewalt durchgeführte Aktion ein verbotener Angriff. Ein solcher liegt vielmehr nicht vor

a) wenn – das ist von jeher im Völkerrecht bis zum heutigen Tage unbestritten geblieben – ein Staat in berechtigter Notwehr sich einem Angriff gegenüber verteidigt,

b) wenn die Vereinten Nationen, um den gefährdeten Frieden zu sichern, und um die internationale Ordnung wieder herzustellen, eine militärische Aktion autorisieren,

c) wenn die militärische Aktion im Gebiet eines dritten Staates mit dessen Zustimmung oder gar auf dessen Verlangen erfolgt.



Eine Intervention mit Zustimmung des Staates, bei dem interveniert wird, ist somit keine Aggression. Hierauf hat sich z.B. die Sowjetunion bei ihrem Vorgehen in Ungarn berufen – wenn auch zu Unrecht, da wir wissen, daß nicht die damalige legitime ungarische Regierung Nagy das Ersuchen um Intervention der sowjet-russischen Truppen gestellt hatte.

Es ist offenbar, daß, wenn man die Fälle b und c außer Betracht läßt, die große, schon angedeutete Schwierigkeit darin besteht, durch ein sicheres Kriterium die Aggression von der legitimen Verteidigung zu unterscheiden. Vor allem erhebt sich hier die Frage, ob die Drohung, militärische Gewalt anzuwenden, „the potential threat of aggression“, besonders wenn sie durch bestimmte äußerlich sichtbare Handlungen, etwa die Mobilisierung der Armee, unterstützt wird, eine Angriffshandlung darstellt, gegen die eine legitime Verteidigung zulässig ist. Dies wird überwiegend in der Literatur bejaht. In diesem Zusammenhang darf an den jüngsten Nahost-Konflikt erinnert werden, bei dem sich Israel und die Westmächte bei der Invasion Ägyptens auf die massiven, auf die Vernichtung Israels abzielenden Äußerungen und militärischen Vorbereitungen des ägyptischen Regierungschefs Nasser berufen und Ägypten als den wahren Angreifer in diesem Konflikt bezeichnet haben.

Auch die besonderen Bedingungen unseres heutigen Atomzeitalters müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Wird nicht das durch die Charter der Vereinten Nationen den einzelnen Staaten ausdrücklich garantierte Notwehrrecht illusorisch, wenn man ihnen erst dann erlaubt, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, nachdem der andere Staat tatsächlich seine Atomwaffen in Anwendung gebracht hat?

Hierzu hat die Charter der Vereinten Nationen (für die dies Problem noch nicht in seiner heutigen Schärfe bestand) ausdrücklich bestimmt, daß ein Staat nur dann berechtigt ist, von seinem Notwehrrecht Gebrauch zu machen, wenn ein Angriff mit Waffengewalt vorliegt. Erreichen ihn alarmierende Nachrichten über militärische Vorbereitungen eines anderen Staates, die den Frieden gefährden, so darf er zwar nach der Charter der Vereinten Nationen an den Sicherheitsrat appellieren. Aber nach ihr ist er auch bei einer noch so massiven militärischen Drohung, solange diese nicht zu einem wirklichen Angriff geführt hat, legitimerweise nicht in der Lage, etwa durch einen Präventivkrieg sich dem Makel, als Aggressor gebrandmarkt zu werden, zu entziehen.

Wenn man über den Wortlaut dieses Artikels (51) der Charter hinausgeht und die Auffassung vertritt – wie dies gelegentlich geschieht –, daß eine unmittelbar bevorstehende militärische Aktion zum Verteidigungskrieg berechtigt, so muß man daher, wenn man nicht völkerrechtlich den Präventivkrieg sanktionieren will, zwischen denjenigen Vorbereitungshandlungen zu differenzieren suchen, die eine so evidente unmittelbare Gefahr darstellen, daß sie den Tatbestand einer Angriffshandlung erfüllen und solchen, bei denen dies nicht der Fall ist. Diese Unterscheidung ist deshalb notwendig, weil man sonst sozusagen ins Schwimmen gerät, d.h. die Kriege, die unternommen werden, um, wie man dann wohl behauptet, die vitalen Interessen von Volk, Nation und Staat zu schützen und deren Existenz zu

sichern, nicht von den wirklichen echten Verteidigungskriegen auf plausible Weise unterscheiden kann. Diese Unterscheidung ist um so notwendiger, als die Völker die natürliche Tendenz haben, nach außen nicht als Angreifer in Erscheinung zu treten, sondern sich als die Angegriffenen hinzustellen und den Krieg als Verteidigungskrieg zu führen. Es ist kein Zufall, daß es bei allen Völkern nur Verteidigungs- und keine Angriffsministerien gibt.

Für den Wunsch, das onus abzuschieben, gibt es zahllose Beispiele. So hielt 1812 auf der Heide von Lexington der die amerikanischen Truppen befehlige Offizier, um die Engländer als Angreifer erscheinen zu lassen, den Feuerbefehl mit den Worten zurück: „Wenn sie den Krieg haben wollen, so soll er hier beginnen!“ Aus dem gleichen Grunde warteten an der Brücke von Concord die amerikanischen Truppen den Angriff der britischen Grenadiere ab. Ebenso brach der amerikanische Bürgerkrieg erst aus, als beide Parteien fest davon überzeugt waren, daß der andere der Angreifer war. Dabei ist die Tatsache, daß der jeweils bestehende territoriale status quo – man braucht nur an die heutige Landkarte zu denken – den Anforderungen der Gerechtigkeit nur selten zu entsprechen pflegt, geeignet, den Staaten einen bequemen Vorwand zu liefern, Angriffskriege als Verteidigungskriege zu führen. Besonders die Diktatoren haben sich bekanntlich einer solchen Tarnung gern bedient. Als Japan und Italien in den 30er Jahren von dem Völkerbund als Aggressoren verurteilt wurden, traten sie mit der Begründung aus dem Völkerbund aus, daß dieser den wahrhaft defensiven Charakter des von ihnen geführten „Angriffskrieges“ nicht erkannt habe, und Hitler hat schließlich seine Kriege vor dem Volke auch mit dem Hinweis auf den beengten und bedrohten nationalen Lebensraum zu rechtfertigen gesucht.

Diese Andeutungen dürften zur Genüge die Schwierigkeiten erhellen, die einer wirklich befriedigenden Definition des Begriffs Aggression entgegenstehen. Sie zeigen sich auch, wenn etwa ein Staat unter Mißachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit einen vielleicht von vornherein begrenzten Angriff zum willkommenen Anlaß nimmt, den Verteidigungskrieg seinerseits zu einem Angriffskrieg zu erweitern.

Diese Schwierigkeiten haben Männer wie z. B. Kellog und Sir Austen Chamberlain zu der Auffassung geführt, daß es besser sei, von einer inhaltlichen Bestimmung des Begriffs Aggression überhaupt Abstand zu nehmen, weil eine solche nur dazu führe, dem Skrupellosen, der sich der Definition zu entziehen vermag, zu nützen und dem unschuldigen Opfer eines Angriffs zu schaden. Andere, die bereit sind, den Versuch zu unternehmen, die Aggression inhaltlich zu bestimmen, suchen aus dem gleichen Grund die Definition jedenfalls möglichst allgemein und abstrakt zu fassen, um den zur Feststellung einer Aggression berufenen Instanzen einen gewissen freien Spielraum des Ermessens bei der Beurteilung unterstellten Tatbeständen einzuräumen. Diese Tatbestände sind in der Regel zu komplex, um durch eine formale Definition auf einen objektiven Nenner gebracht zu werden. Sie können miteinander nicht verglichen werden. Jeder hat sein einmaliges, besonderes Gepräge. Es ist letzten Endes der animus aggressionis, der einer Gewalthandlung den Charakter der

Aggression gibt, und das Fehlen dieses *animus aggressionis*, der die Gewaltanwendung zu einer Defensivmaßnahme macht.

Die Schwierigkeiten, die sich einer objektiv-inhaltlichen Festlegung des Begriffes der Aggression unter völkerrechtlichen Aspekten entgegenstellen, haben daher in der Praxis des Völkerbundes und der Vereinten Nationen – man kann fast sagen zwangsläufig – dazu geführt, bei Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen zwei Staaten die Feststellung des Angreifers davon abhängig zu machen, ob die kriegführenden Staaten bereit sind, der Aufforderung des völkerrechtlichen Kollektivorganes nachzukommen, die Feindseligkeiten einzustellen. Ist man bereit, um die Bedrohung des Friedens abzuwenden, die von den völkerrechtlichen Kollektivorganen angeordneten Maßnahmen zu befolgen, wie dies z. B. bei dem griechisch-bulgarischen Konflikt von 1925, dem Mossul-Konflikt vom gleichen Jahr, dem Konflikt von Shanghai 1932 und beim jüngsten Nahost-Konflikt der Fall war, hat man das Nichtvorhandensein des *animus aggressionis* sozusagen unter Beweis gestellt. Eine solche Macht kann nicht zum Aggressor erklärt werden.

Ebenso machen die erwähnten Schwierigkeiten verständlich, warum den seit 1933 vielfach von der Sowjetunion beim Völkerbund und den Vereinten Nationen unternommenen Versuchen, den Begriff der Aggression durch Aufzählung bestimmter fest umschriebener Handlungen, wie etwa Kriegserklärung, Invasion, Blockade, Bombardement, zwar inhaltlich, aber in einem möglichst formalen Sinne zu umschreiben, bisher ein wirklicher Erfolg nicht beschieden war und nicht beschieden sein konnte. Der Defekt der mangelnden Elastizität einer streng formalisierten Definition des Angreifers ist nach dem Gesagten nur zu offenkundig. Er wird im Grunde genommen nach dem jüngsten Entwurf der Sowjetunion von 1953 auch nicht mehr von dieser selbst bestritten, da sie das Recht des Sicherheitsrates, von sich aus den Angreifer zu bestimmen, trotz der zäh festgehaltenen Versuche, den Angreifer zu formalisieren, heute nicht mehr in Frage stellt.

Dabei sei im übrigen nicht bestritten, daß in einer ideologisch so zerrissenen Welt wie der unseren die Versuche, gewisse formale Kriterien in die Definition der Aggression einzuführen, einem bestimmten praktischen Bedürfnis entsprechen können. Es mag durchaus zweckmäßig und daher sinnvoll sein, daß die Staaten die Kriterien kennen, an denen sie sich orientieren können, um zu wissen, ob ihre Handlungen möglicherweise als Aggressionsakte bezeichnet werden können mit allen Folgen, die sich heute völkerrechtlich aus einer solchen Qualifikation ergeben. Darüber hinaus mögen leicht interpretierbare formale Maßstäbe auch eine Hilfe für die sein, die im Einzelfall zur Entscheidung aufgerufen sind, ob eine bestimmte Macht als Aggressor anzusprechen ist oder nicht.

In diesem Zusammenhang muß indessen weiter auf einen Gesichtspunkt aufmerksam gemacht werden, der in den juristischen Erörterungen, und zwar in der Literatur wie in den Beratungen der zuständigen Gremien des Völkerbundes sowie der Vereinten Nationen bisher so gut wie gar nicht beachtet worden ist. Wenn man die bisherigen Diskussionen unbefangen auf sich wirken läßt, insbesondere was ihre Terminologie und Nomenklatur, aber auch ihre Beweisführung betrifft, möchte man

fast glauben, in die klassischen Zeiten des Nationalstaates der früheren Jahrhunderte zurückversetzt zu sein. Es sind die Grundkategorien des Nationalstaates, das Dogma von der Souveränität und der Gleichheit der Staaten sowie das Prinzip der Nicht-intervention, an denen sich die Erörterungen im Grundsätzlichen orientieren.

Nun haben sich gewiß nicht, wie gelegentlich behauptet wird, die Zeiten bereits so gewandelt, daß von der Souveränität als einer lebendig wirkenden politischen Kraft heute nicht mehr gesprochen werden kann. Auf das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten ist – einer während des Krieges immer wieder erhobenen Forderung der Alliierten folgend – die Charter der Vereinten Nationen mitgegründet worden. Die meisten nach dem Weltkrieg abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen halten an dem Dogma der Souveränität mit Zähigkeit fest. Die Existenz supra-nationaler Gemeinschaften, an die die einzelnen Staaten Teile ihrer Souveränität abgetreten haben, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Souveränität der an diesen Gemeinschaften partizipierenden Staaten auch heute noch nicht durch den Verlust der abgetretenen Rechte maßgeblich affiziert worden ist. Auch für die angeblich progressive sowjetrussische Völkerrechtslehre sind noch die Prinzipien der Souveränität und der Gleichheit der Staaten, wie das der Nicht-intervention, tabu. Sie erscheinen geradezu als die Fundamente des neuen fortschrittlichen Völkerrechts, wie die sozialistischen Staaten es im Auge haben.

Andererseits kommt man aber an der Tatsache nicht vorbei, daß wir heute in einer revolutionären Zeitenwende leben, in der das nationalstaatliche Prinzip in der Sphäre des Politischen durch weltanschauliche ideologische Gegensätze überlagert wird, und zwar so maßgeblich, daß das Festhalten am traditionellen nationalstaatlichen Souveränitätsdogma im Bereich des Völkerrechts den revolutionären Forderungen des 20. Jahrhunderts nicht mehr gerecht und immer mehr zu einem unzeitgerechten Anachronismus wird.

Das bedeutet, daß auch der ganze hier erörterte Fragenkomplex der Aggression aus der juristischen Sphäre zugleich in die politisch-ideologische Sphäre transponiert werden muß. Bleibt man sich dabei bewußt, daß heute unter globalen Blickpunkten das politisch-ideologische Denken das nationalstaatliche transzendiert und die politisch-ideologischen Bindungen den Vorrang haben vor den nationalstaatlichen Loyalitäten, so kann man nicht umhin zu sagen, daß die Erörterung der Juristen über das, was unter einer Aggression zu verstehen ist, den Kern des Problems insofern nicht trifft, als dieser noch im Technischen und irgendwie Unwirklichen verhaftet bleibt und den entscheidenden Wandel der politischen Realitäten vom Nationalstaatlichen zum Ideologischen unberücksichtigt läßt. In einem primär ideologischen Zeitalter, in dem schlechthin unvereinbare, politisch-weltanschauliche Prinzipien miteinander kollidieren, ist im Grunde genommen der politisch-ideologisch grundsätzlich Dissentierende der Feind und der geborene latente Angreifer. Es ist kein Zufall, daß so nach sowjetrussischer Auffassung die westliche kapitalistische Welt im Gegensatz zur sozialistischen – in der es keine Aggression mehr soll geben können, weil die sozialistischen Staaten zueinander immer grundsätzlich „freundlich“ eingestellt seien – zwangsläufig aggressive imperialistische Absichten



hegt. Daß ähnliche Befürchtungen auf westlicher Seite im Hinblick auf die aggressiven Expansionsabsichten der kommunistisch ausgerichteten totalitären Staaten bestehen, ist allgemein bekannt. Daraus ergibt sich, daß eine Begriffsbestimmung der Aggression, die maßgeblich sich nur an dem Prinzip der Souveränität und Nichtintervention orientiert, wie dies heute im Völkerrecht noch der Fall ist, sozusagen im Vordergründigen stecken bleibt und nicht der Tatsache Rechnung trägt, daß man sich heute dieser vordergründigen Prinzipien nur als technische Mittel bedient, um mit ihrer Hilfe vom Nationalstaatlichen aus gesehen sachfremde, nämlich politisch-ideologische Ziele zu erreichen.

Der Vorrang des Ideologischen innerhalb des ganzen Fragenkomplexes zeigt sich höchst eindrücklich in der Bereitschaft, die traditionellen nationalstaatlichen Begriffe der Souveränität und Nichtintervention in der Praxis zu opfern, und die nationalstaatlich ausgerichtete Begriffsbestimmung der Aggression preiszugeben, wenn politisch-ideologische Veränderungen grundsätzlicher Art eintreten. In der heutigen Situation würde etwa ein Staat kommunistisch-totalitärer Prägung im Nahen Osten oder in Südamerika, geschweige denn in Westeuropa, als eine Aggression und Bedrohung des Friedens ebenso erscheinen, wie innerhalb des kommunistischen Machtbereichs ein Staat, der versuchen würde, sich eine freiheitlich-demokratische politische Ordnung zu geben. In diesem Zusammenhang sei noch einmal auf die Ereignisse in Ungarn hingewiesen, wo die Sowjetunion um der gemeinsamen politisch-ideologischen Ausrichtung willen nicht nur bereit war, das Prinzip der nationalstaatlichen Souveränität, als dessen Vorkämpfer sie sich betrachtet, nicht zu respektieren, sondern darüber hinaus Ungarn, das als ein souverän sein wollender Staat unter Berufung auf das Prinzip der Nichtintervention eine auf Freiheit gegründete politische Ordnung sich geben wollte, und die mit Ungarn sympathisierenden Westmächte als Aggressoren bezeichnete. In der Sprache der Satzung der Vereinten Nationen ausgedrückt würde dies heißen: Zu den der Substanz nach eigenen Angelegenheiten der Staaten, in die man sich nach der Charter nicht soll einmischen dürfen, ohne daß der Intervenant als Aggressor bezeichnet wird, gehören heute nicht mehr die Angelegenheiten, die im Politisch-Ideologischen Heimatrecht haben, wenn diese ideologischen Veränderungen so grundsätzlicher Art sind, daß diese zugleich wichtige Verschiebungen im machtpolitischen Bereich zur Folge haben. Damit dürfte klargestellt sein, daß nur, wenn die politisch-ideologischen Hintergründe in den Bereich der Betrachtung mit einbezogen werden, der Begriff der Aggression auch in seiner völkerrechtlichen Relevanz letztthin umfassend und damit zutreffend geklärt werden kann.

Dokumentation

## EIN BRIEF THOMAS MANNS VOR DER MACHTERGREIFUNG

*Vorbemerkung*

Im Zusammenhang mit dem Artikel „Thomas Mann als politischer Schriftsteller“ von Kurt Sontheimer in Heft 1 dieser Zeitschrift ist der folgende Brief Thomas Manns uns zu Händen gekommen. Inhaltlich wohl nur eine Bestätigung der entsprechenden Ausführungen des Artikels, ist er doch durch seine Form und das Datum – unmittelbar vor Hitlers Machtübernahme – sehr bemerkenswert. Für die Überlassung einer Fotokopie des Originals sind wir dem Adressaten, damaligem preußischen Kultusminister, Herrn Dr. h. c. Adolf Grimme, zu Dank verpflichtet. Der Brief ist zwar bereits veröffentlicht worden, nämlich im Jahre 1947 in der damals in Hannover herausgegebenen Zeitschrift „Die Schule“, Monatsschrift für geistige Ordnung, 2. Jg., Mai 1947, in diesem Rahmen aber und zu jener Zeit nur einem kleinen Leserkreis zugänglich gewesen.

H. Kr.

DR. THOMAS MANN

München, 12. I. 33  
Poschinger Str. 1

Sehr verehrter Herr Minister:

Es drängt mich, Ihnen noch einmal auszusprechen, wie leid es mir tut, daß mein augenblicklicher Gesundheitszustand mich zwingt, auf die Teilnahme an der für Sonntag Vormittag angesetzten Kundgebung des Sozialistischen Kulturbundes zu verzichten. Sie wollten mir Gelegenheit geben, zu der Versammlung zu sprechen, und ich hatte mich darauf gefreut, das Bekenntnis zu erneuern, das ich schon vor zwei Jahren in einem schwierigen und kritischen Augenblick öffentlich und seitdem noch das eine und andere Mal abgelegt habe; das Bekenntnis zur sozialen Republik und zu der Überzeugung, daß der geistige Mensch bürgerlicher Herkunft heute auf die Seite des Arbeiters und der sozialen Demokratie gehört. Als Mensch dieser Art empfinde ich tief das Falsche und Lebenswidrige einer Haltung, die auf die soziale, die politische und gesellschaftliche Sphäre hochmütig herabblickt und sie als zweiten Ranges bezeichnet im Verhältnis zu der Welt der Innerlichkeit, der Metaphysik, des Religiösen und sofort. Diese wertvergleichende Gegeneinanderstellung der persönlich-innerlichen Welt und der gesellschaftlichen, die Kontrastierung also von Metaphysik und Sozialismus, wobei dieser als unförmig, unheilig, materialistisch, als ein Wille zum Terminglück hingestellt wird, ist heute nicht erlaubt. Es ist nicht erlaubt, in einer Welt, so widergöttlich und vernunftverlassen wie die unsere, dem Willen zum Besseren das Metaphysische, Innerliche und Religiöse als das Überlegene entgegenzustellen. Das Politische und Soziale ist ein Bereich des Humanen. Das humane Interesse, die humane Leidenschaft, das Gebundensein an das Problem des Menschen, die Sympathie mit seinem Los, dies Interesse und diese Leidenschaft umfassen beide Bereiche, das des Persönlich-Innerlichen sowohl wie die äußerliche Ordnung menschlichen Zusammenlebens. Ich spreche als Künstler, und auch diese Form der Ver-

tiefung ins Menschliche, die man Kunst nennt, ist eine Sache des humanen Interesses, der leidenschaftlichen Anteilnahme am Menschen. Die Kunst war ja immer und wird jeder Zeit sein das vollendete „Dritte Reich“, von dem große humane Geister geträumt haben und dessen Name heute so mißbräuchlich geführt wird, die Einheit nämlich von Leiblichkeit und Geistigkeit, des Natürlichen und des Menschlichen. Was hat schöpferische Kunst je anders getan, als die Natur mit Menschlichem zu durchdringen und aus ihr zu nehmen, was sie zu ihrer schöpferischen Steigerung des Lebens braucht? Kunst bestand immer in dieser Durchdringung und Vermenschlichung, das heißt Vergeistigung. Sie ist das Zünden des Geistes in der Materie, der natürliche Trieb zur Gestaltung und Vergeistigung des Lebens – denn auch solche Naturtriebe gibt es, man soll uns nicht einreden, es gebe nur finstere und zerstörende. Wo wäre der Künstler, der sich nicht in aller Naturverbundenheit, die zu seinem Wesen gehört, den geistigen Prinzipien der Ordnung, der Form, der Sinngebung verbunden fühlte und nicht den Trieb zur Durchgeistigung der Natur als seinen stärksten empfand!

Noch einmal, das Humane umschließt beide Welten, die innere und die äußere, und das Politisch-Soziale ist einer seiner Bereiche. Wir werden uns den Willen zu seiner Vermenschlichung und Vergeistigung, seiner Durchdringung mit Form und Vernunft, mit Freiheit und Gerechtigkeit nicht verleiden lassen durch den Vorwurf, eine solche Angelegenheit sei untergeordnet, irreligiös und ermangele des metaphysischen Sinnes, sie sei mit einem Wort bloßer Materialismus, Materialismus ein kindisches Schreckwort und perfid obendrein! Auf eine scheinbar idealistische Weise soll das menschlich Anständige damit hintangehalten werden, im Namen der Innerlichkeit! Materialismus kann viel geistiger, viel idealistischer und religiöser sein als die innerlichkeitsvollste Vornehmtheit gegen das Materielle; denn er bedeutet ja gar nicht, wie der Kulturbürger will, das Versunkensein im Materiellen, sondern eben den Willen, es mit Menschlichem zu durchdringen. „An der Erde zu freveln, ist jetzt das Furchtbarste“, hat Nietzsche gerufen. „Ich beschwöre euch, meine Brüder, bleibt der Erde treu. Nicht mehr den Kopf in den Sand der himmlischen Dinge stecken, sondern frei ihn tragen, einen Erdenkopf, der der Erde Sinn schafft... Eure schenkende Liebe und eure Erkenntnis diene dem Sinn der Erde! Führt, gleich mir, die verflogene Tugend zur Erde zurück – ja zurück zu Leib und Leben: daß sie der Erde einen Sinn gebe, einen Menschensinn!“ Das ist der Materialismus des Geistes, die Wendung eines religiösen Menschen zur Erde hin. Und Sozialismus ist nichts anderes, als der pflichtmäßige Entschluß, den Kopf nicht mehr vor den dringendsten Anforderungen der Materie, des gesellschaftlichen kollektiven Lebens in den Sand der himmlischen Dinge zu stecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Sinn geben wollen, einen Menschensinn.

In diesem Sinn bin ich Sozialist. Und ich bin Demokrat in dem einfachen und allgemeinen Sinn, daß ich an die Unvergänglichkeit von Ideen glaube, die mir mit der Idee des Menschen selbst, mit jedem Gefühl für die Tatsache Mensch unverbrüchlich verbunden scheinen, der Idee der Freiheit zum Beispiel, die man heute für überwunden erklären und historisch zum alten Eisen werfen möchte. Sie sehen, ich spreche von einer Bewegung, die heute in fast allen Ländern Europas spürbar ist und einen gewissen, geistesgeschichtlich durchaus erklärlichen Rückschlag gegen die „liberalen“ Ideen des neunzehnten Jahrhunderts bedeutet. Es ist der Sinn dieser Bewegung, den Menschengest, der sich zu sehr ins Abstrakte und Intellektuelle verloren hatte, wieder näher an die Quellen des Lebens, an die natürliche Realität der Dinge heranzuführen und dem Pathos natürlicher Bindung und Verfestigung das Übergewicht über das der Freiheit zu geben. Das Menschliche erscheint und verwirklicht sich ja in den Lichtbrechungen des Nationalen und Volkhaften, und mit einer gewissen Geringschätzung des Abstrakten und Allgemeinen schöpft die Bewegung, an die ich denke, ihr Pathos

aus diesen bekenntnishaften Gegebenheiten. Sie macht sich bemerkbar in Wissenschaft und Kunst, sie spielt eine große Rolle in den Bemühungen der heutigen Jugend um eine Weltanschauung, und niemand weigert sich, ihr geistesgeschichtliche Berechtigung, ja Notwendigkeit zuzugestehen. Sie ist auf ihre Art, um ein freilich gerade von ihr verpöntes Wort zu gebrauchen, ein „Fortschritt“. Aber sie wird von Mächten, denen es um nichts weniger als Fortschritt zu tun ist, von den Mächten der Vergangenheit aufs gefährlichste mißbraucht und in den Dienst des Falschen und Lebenswidrigen eingespant.

Dies geschieht, wie wir alle wissen, auf politisch-sozialem Gebiet. Wenn hier die philosophisch-modischen Begriffe des Blutes, des Instinktes, des Triebes und der Gewalt eingesetzt werden gegen die angeblich abgetanen und abgestorbenen Gedanken der Freiheit und der Demokratie, so stellt jene verabscheuungswürdige Mischung aus Revolution und Reaktion sich her, die wir heute so vielfach am Werke sehen, der romantisierende Dienst am Vergangenen, der sich die Miene des Jugendlich-Zukünftigen gibt und dadurch verführerisch zu wirken versteht. Das ist es, wogegen mein Demokratismus sich empört, weil ich heruntergekommene und mißbrauchte Geistigkeit darin sehe. Diese Naturrevolution tut so, als ob die im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert aufgestellten Forderungen der Humanität längst verwirklicht wären und als ob deshalb das Leben, um lebendig zu bleiben, darüber hinwegschreiten und in jeder Beziehung zu ausgleichenden und wiederherstellenden Gegenforderungen übergehen müsse. Als ob, zum Beispiel, gegen die liberale und soziale Forderung der Völkervereinigung und der wirtschaftlich-politischen Zusammenfassung unseres Erdteils nun durchaus und allein der Begriff der völkischen Bindung und des Nationalismus zu stehen habe. Große Teile der Jungen zeigen sich stimmungsmäßig bereit, solche Gedankengänge anzunehmen. Aber sie sind ja falsch. Die humanen Forderungen der sogenannten bürgerlichen Epoche sind keineswegs verwirklicht, es hat leider nur noch allzu gute Weile mit solcher Verwirklichung, und über sie zu einem sogenannten Neuen hinwegzugehen, ist eine praktisch durchaus verantwortungslose und menschenfeindliche Haltung. Die antidemokratisch-nationalistische Bewegung beurteilt das Jahrhundert vollkommen falsch, wenn sie es allein durch ihre eigenen Tendenzen bestimmt glaubt. Denn sie übersieht, daß die jetzt von ihr verachteten und verpönten Strebungen für dies Jahrhundert mindestens so lebenswichtig bleiben wie sie, und daß ohne die seelisch-sittlichen Inhalte, die das Wort Freiheit birgt, der Mensch nicht Mensch ist und nicht auf menschliche Art zu leben vermag.

Die Bindung an Heimat, Scholle, Vaterland und Volkskultur ist eine natürliche Gegebenheit, die in diesem Sinne heilig und unzerstörbar bleibt. Das hindert nicht, daß für das politische und soziale Leben die nationale Idee heute die Führung, die Zukunft nicht mehr für sich in Anspruch nehmen kann. Sie hatte ihre heroische Zeit, und diese Zeit ihrer historischen Sendung war das neunzehnte Jahrhundert. Sie ist aus diesem Jahrhundert geboren worden und hat sich während seines Verlaufes in schweren Kämpfen durchgesetzt. Sie war eine revolutionäre Idee, für die man in Deutschland zeitweise ins Gefängnis kam. Kämpfend und siegend hat sich die nationale Idee nach allen Seiten hin und in allen Beziehungen, in politischer, sozialer, geistiger Beziehung, vollkommen verwirklicht und ausgelebt. Es ist eine Idee der Vergangenheit und nicht der Zukunft; in aller Welt ist heute nichts mehr mit ihr anzufangen, und nur noch hinausgehen kann man über sie, um zu größeren Zusammenfassungen, die das Leben fordert, zu gelangen. Jeder Mensch von Gefühl und Verstand, auch jeder besondere Politiker, weiß, daß die Völker Europas heute nicht mehr einzeln und abgeschlossen für sich zu leben und zu gedeihen vermögen, sondern, daß sie aufeinander angewiesen sind und eine Schicksalsgemeinschaft bilden, die es anzuerkennen und zu verwirklichen gilt. Solcher Lebensnotwendigkeit irgendwelche völkische Natur-Romantik als Argument entgegenzustellen, ist nichts als Quertreiberei.



Auf dieser Überzeugung beruht mein Widerstand gegen das, was sich heute in der Welt für neu und zukünftig ausgibt, und ich glaube zu wissen, daß dieser Widerstand in Deutschland viel weiter verbreitet, viel tiefer verankert und stärker ist, als es im Augenblick den Anschein hat. Was heute in Deutschland wieder sein Haupt erhebt, die Mächte der Vergangenheit und der Gegenrevolution, wäre längst nicht mehr vorhanden, es wäre ausgelöscht worden, wenn nicht die deutsche Revolution von einer Gutmütigkeit gewesen wäre, die echt deutsch war, und die wir nicht tadeln, sondern bewundern wollen. Aber die deutsche Republik muß den Glauben an ihre Kraft und ihr Recht lernen, sie soll wissen, wie stark sie im Grunde ist, und welche unerschütterten moralischen und geistigen Kräfte ihr auch heute zur Seite stehen, wo scheinbar das ihr Feindliche triumphiert. Das ist Episode. Das soziale und demokratische Deutschland, ich bin tief überzeugt davon, darf vertrauen, daß die gegenwärtige Konstellation vorübergehend ist und daß die Zukunft, trotz allem, ihm gehört. Das Rasen der nationalistischen Leidenschaften ist nichts weiter als ein spätes und letztes Aufflackern eines schon niedergebrannten Feuers, ein sterbendes Wiederaufflammen, das sich selbst als neue Lebensglut mißversteht. Und alle Tatsachen des Lebens und der Entwicklung, die wirtschaftlichen, technischen und geistigen, zeugen dafür, daß die Zukunft auf dem Wege liegt, den einzuschlagen die Völker längst gewillt sind, dem Wege in die soziale Welt der Einheit, der Freiheit und des Friedens.

Das ist es im Wesentlichen, sehr verehrter Herr Minister, was ich für mein Teil der Versammlung zu sagen beabsichtigte. Vielleicht haben Sie die Güte, es ihr, sei es auch wiederum nur im Auszug, mitzuteilen und ihr den Ausdruck meiner Zugehörigkeit durch Gesinnung und Glauben zu übermitteln.

Indem ich Ihrer Kundgebung einen eindrucksvollen und wirkungsvollen Verlauf wünsche, bin ich, sehr verehrter Herr Minister,

Ihr ergebener

(gez.) Thomas Mann

## REDE HITLERS VOR DER DEUTSCHEN PRESSE

(10. November 1938)

### *Vorbemerkung*

Am 11. November 1938 veröffentlichte der „Völkische Beobachter“ die folgende Mitteilung: „München, 10. November. Der Führer gab am Donnerstag im Führerbau zu München einen Abendempfang für die deutsche Presse, zu dem über 400 namhafte deutsche Journalisten und Verleger geladen waren. An der Spitze der Erschienenen sah man den Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, den Präsidenten der Reichspressekammer, Reichsleiter Amann, sowie Reichsleiter Rosenberg und Staatssekretär Hanke.

Reichspressechef Reichsleiter Dr. Dietrich, der die Männer der Presse im Auftrag des Führers zu diesem Abend geladen hatte, begrüßte in ihrem Namen den

Auf dieser Überzeugung beruht mein Widerstand gegen das, was sich heute in der Welt für neu und zukünftig ausgibt, und ich glaube zu wissen, daß dieser Widerstand in Deutschland viel weiter verbreitet, viel tiefer verankert und stärker ist, als es im Augenblick den Anschein hat. Was heute in Deutschland wieder sein Haupt erhebt, die Mächte der Vergangenheit und der Gegenrevolution, wäre längst nicht mehr vorhanden, es wäre ausgelöscht worden, wenn nicht die deutsche Revolution von einer Gutmütigkeit gewesen wäre, die echt deutsch war, und die wir nicht tadeln, sondern bewundern wollen. Aber die deutsche Republik muß den Glauben an ihre Kraft und ihr Recht lernen, sie soll wissen, wie stark sie im Grunde ist, und welche unerschütterten moralischen und geistigen Kräfte ihr auch heute zur Seite stehen, wo scheinbar das ihr Feindliche triumphiert. Das ist Episode. Das soziale und demokratische Deutschland, ich bin tief überzeugt davon, darf vertrauen, daß die gegenwärtige Konstellation vorübergehend ist und daß die Zukunft, trotz allem, ihm gehört. Das Rasen der nationalistischen Leidenschaften ist nichts weiter als ein spätes und letztes Aufflackern eines schon niedergebrannten Feuers, ein sterbendes Wiederaufflammen, das sich selbst als neue Lebensglut mißversteht. Und alle Tatsachen des Lebens und der Entwicklung, die wirtschaftlichen, technischen und geistigen, zeugen dafür, daß die Zukunft auf dem Wege liegt, den einzuschlagen die Völker längst gewillt sind, dem Wege in die soziale Welt der Einheit, der Freiheit und des Friedens.

Das ist es im Wesentlichen, sehr verehrter Herr Minister, was ich für mein Teil der Versammlung zu sagen beabsichtigte. Vielleicht haben Sie die Güte, es ihr, sei es auch wiederum nur im Auszug, mitzuteilen und ihr den Ausdruck meiner Zugehörigkeit durch Gesinnung und Glauben zu übermitteln.

Indem ich Ihrer Kundgebung einen eindrucksvollen und wirkungsvollen Verlauf wünsche, bin ich, sehr verehrter Herr Minister,

Ihr ergebener

(gez.) Thomas Mann

## REDE HITLERS VOR DER DEUTSCHEN PRESSE

(10. November 1938)

### Vorbemerkung

Am 11. November 1938 veröffentlichte der „Völkische Beobachter“ die folgende Mitteilung: „München, 10. November. Der Führer gab am Donnerstag im Führerbau zu München einen Abendempfang für die deutsche Presse, zu dem über 400 namhafte deutsche Journalisten und Verleger geladen waren. An der Spitze der Erschienenen sah man den Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, den Präsidenten der Reichspressekammer, Reichsleiter Amann, sowie Reichsleiter Rosenberg und Staatssekretär Hanke.“

Reichspressechef Reichsleiter Dr. Dietrich, der die Männer der Presse im Auftrag des Führers zu diesem Abend geladen hatte, begrüßte in ihrem Namen den

Führer und legte für die deutsche Presse ein Bekenntnis zum neuen Ethos der journalistischen Arbeit im nationalsozialistischen Deutschland ab.

In fast einstündiger Rede sprach dann der Führer zu den Männern der großdeutschen Presse. Er gab einen Überblick über den Sinn des politischen Geschehens des Jahres und umriß die Erkenntnisse, die sich aus dem Ablauf der Ereignisse ergeben. Er würdigte die Bedeutung dieses Einsatzes für die innere Geschlossenheit der deutschen Nation und sprach eingehend von dem gerade im nationalsozialistischen Deutschland vervielfachten politischen Gewicht des journalistischen Schaffens. Er kennzeichnete am Schlusse seiner Rede die großen innen- und außenpolitischen Aufgaben, die der deutschen Presse auch fernerhin für Gegenwart und Zukunft gestellt sind.

Namens der ganzen deutschen Presse dankte Reichspressechef Dr. Dietrich dem Führer für seine richtungweisenden Ausführungen und seine wundervollen Worte, die er für die deutsche Presse gefunden habe. Er sprach im Namen aller das Gelöbnis aus, daß die deutsche Presse von dem festen Willen beseelt sei, sich in ihrer Arbeit für den Führer von niemandem übertreffen zu lassen<sup>1</sup>.

Die Rede, über die hier in, wie sich zeigen wird, überaus verharmlosenden und ihren eigentlichen Gehalt verschweigenden Worten berichtet wurde, ist im folgenden wiedergegeben. Wenngleich sie gewissermaßen „für sich selbst spricht“, indem sie mehr als eine Katze aus dem Sack läßt, und inhaltlich daher keiner Erläuterungen bedarf, so ist es doch nötig, einiges über Entstehung und Überlieferung dieser Quelle zu sagen, und es ist vielleicht nützlich, außerdem ein paar Sätze über das Milieu, die Wirkung der Rede in der damaligen Zeit und ihre Erwähnung in der Literatur nach 1945 vorzuschicken.

Hitlers Rede ist im Katalog „Schallaufnahmen der Reichsrundfunk-Gesellschaft m.b.H. von Anfang 1936 bis Anfang 1939“ unter der Nummer 5245 registriert<sup>2</sup>, sie wurde im Führerbau zu München (Braunes Haus) gehalten und mitgeschnitten. Die Mitschnitte erfolgten in jener Zeit auf Wachsmatrizen, die die Grundlage für die Herstellung von Schallplatten waren. Ein Schallplattensatz dieser Aufnahme ist während des Krieges in die Saline Grasleben bei Helmstedt ausgelagert und 1945

<sup>1</sup> Der Wortlaut der VB-Meldung mit den gleichen Sperrungen auch in: *Zeitungswissenschaften*, hrsg. v. K. d'Estier u. W. Heide, 13, Nr. 12 (v. 1. 12. 1938) S. 804 – ob der Wortlaut von Dietrich stammt oder von ihm redigiert ist, kann nicht entschieden werden; es ist jedoch nicht unwahrscheinlich. Auch die „Deutsche Presse“ (Verbandszeitschr. d. RVerbands d. dt. Presse) 28, 1938, H. 23, S. 445 f. berichtete über Hitlers Presseempfang in München, mit Abb. (vgl. *Zeitungswissenschaft* 14, 1939, S. 47). In der ersten „zeitgeschichtlichen“ Verarbeitung bei: Schultheß, *Europäischer Geschichtskalender*, 10. November 1938 (S. 188) erhielt die Meldung dann die folgende Form: „Der Führer veranstaltet im Führerbau zu München einen Abendempfang für die deutsche Presse. In einer längeren Rede dankt er der Presse für ihren Einsatz im Kampf um das Lebensrecht des deutschen Volkes und erörtert eingehend das gerade im nationalsozialistischen Deutschland vervielfachte politische Gewicht des journalistischen Schaffens.“

<sup>2</sup> Der genaue Wortlaut des Katalogtextes ist: „5245 RRG 50228/40 Rede des Führers vor den Vertretern der deutschen Presse im Führerbau zu München (45'05'') 10. 11. 38. (Anfang fehlt) Schlußwort: Reichspressechef Dr. Otto Dietrich (1'09'').“

von den Engländern, die für dieses Gebiet Besatzungsmacht waren, zusammen mit anderen nach England gebracht und dort dem Foreign Office übergeben worden. Von diesem wurde der gesamte beschlagnahmte Schallplattenbestand dem Dokumentararchiv der BBC übergeben. Derzeitiger Besitzer der Schallplatten ist also die BBC, der Eigentümer das Foreign Office. Material aus dieser Sammlung ist für die deutschsprachigen Sendungen der BBC im Jahre 1945 verwendet worden. Um einen Überblick über den gesamten Bestand zu erhalten, ließ die BBC auf Anregung des Political Investigation Department die Schallplatten von deutschen Kriegsgefangenen in Listen aufnehmen, die nicht nach sachlichen Komplexen – also etwa Reichstagsitzungen, Reichsparteitage oder ähnliches – zusammengestellt wurden, sondern, wahrscheinlich weil diese Art der Arbeit für die damit Beschäftigten leichter war, nur alphabetisch nach Rednern. Nach einer Fotokopie dieser Liste hat der Leiter der Abteilung „Wort“ im Lautarchiv des Deutschen Rundfunks, Dr. M. Kunath, im Jahre 1953 eine Aufstellung der Komplexe angefertigt. Im Jahre 1956 wurden von ihm aus dem Gesamtbestand von 8000 bis 9000 Platten 5000 Platten für das Lautarchiv des Deutschen Rundfunks in Frankfurt ausgewählt und von einem technischen Team des NWDR in London auf Band kopiert. Die Aufnahme der Hitler-Rede ist wesentlich schlechter als die der meisten anderen, und zwar bereits in der Schallplatte. Die Ursache dafür ist nicht mit Sicherheit festzustellen. „Wahrscheinlich sind die akustischen Verhältnisse des Raumes, in dem die Rede gehalten wurde, vielleicht aber ist auch die Stellung der Mikrophone bei dieser Rede dafür verantwortlich zu machen.“ (Kunath). Die in London hergestellte Tonbandkopie liegt unter der Nummer C 1136 beim Lautarchiv des Deutschen Rundfunks; die genaue Laufzeit ist 45'30"³.

Im Bezug auf die Echtheit der Rede besteht also kein Zweifel, wenngleich zugegeben ist, daß wir heute noch nicht über einwandfreie Methoden der Echtheitsbestimmungen von Tonbändern verfügen. Für ihre Entwicklung wäre die Zusammenarbeit des Historikers u.a. auch mit dem Physiker unerlässlich. Einen bemerkenswerten Beweis für die Echtheit der Rede bietet uns die Sprache. Hitler benutzte in seiner Rede den Ausdruck „Schichte“ für das übliche Wort „Schicht“. Hassell schrieb einige Wochen vor der hier abgedruckten Rede am 29. 9. 1938 in sein Tagebuch: „Popitz sehr bitter, meinte, es ginge mit wachsender Wut gegen die obere ‚Schichte‘ (wie Hitler das nennt)⁴.“

Da die Rede vom 10. November 1938 sich an die Presse wandte und die Meldungen über sie die Aufgaben und Leistungen der Presse hervorhoben, sei kurz auf die prinzipielle Einstellung des Nationalsozialismus zur Presse verwiesen. Auf dem

³ Das Vorstehende nach den Angaben von Dr. Kunath.

⁴ U. v. Hassell, *Vom ändern Deutschland*, 1946, S. 21. Ich bin für diesen Hinweis Herrn Dr. Joachim Leuschner, Göttingen, zu Dank verpflichtet, der im Begriff ist, eine ausführliche Studie über die nationalsozialistische Politik im Jahre 1938 abzuschließen. Er hat mir uneigennützig aus seinen Studien wesentliches Material für die folgenden Ausführungen zur Verfügung gestellt. Hingewiesen sei auch auf J. Leuschner: *Zur Methode der nationalsozialistischen Außenpolitik*, *Deutsche Universitätszeitung* 13. Jg., 1958, S. 14 ff.



Empfang des Berliner Verbandes der Auswärtigen Presse im Propagandaministerium am Abend des 6. 4. 1933 billigte Goebbels der Presse das Recht auf Kritik, Ratsschläge, Warnungen und Prognosen zu, fuhr dann aber fort:

„Allerdings muß dabei betont werden, daß das im Rahmen einer allgemein gültigen nationalen Disziplin vor sich zu gehen hat, und daß diese nationale Disziplin um so verpflichtender ist, je aufwühlender und gespannter die Zeitläufte sind.“

Goebbels betonte ferner, „daß die neue Regierung das Wort ‚Tendenz‘ keineswegs scheut, noch davor zurückschreckt“. Aber: „So uniform wir sein wollen in den Grundsätzen, so polyform wollen wir in den Nuancen sein“. (Schultheß, Europ. Geschichtskal. 1933, S. 85ff.).

Anschließend sprach Hitler nach Ausführungen über die „deutsche Revolution“ von der „Mission“ der Presse, die „nicht Zweck an sich“ sei. Ihre Aufgaben seien u. a.: „Wiederherstellung einer einheitlichen Geistes- und Willensbildung der Nation“. Weitere Kernsätze seiner Rede waren: „Das Recht zur Kritik muß eine Pflicht zur Wahrheit sein, und die Wahrheit wird nur gefunden werden können im Rahmen der Aufgabe der Lebenserhaltung eines Volkes.“ ... „In einer Zeit wie der heutigen kann ... nicht Kritik die höchste Pflicht sein, sondern die Schaffung von Geistes- und Willenseinheit.“ ... „Sie werden im Laufe der kommenden Jahre die Gewalt unseres Appells an das deutsche Volk erkennen und dann verstehen, weshalb gerade wir innerlich am meisten entschlossen sind, die Mittel zu verwenden, die Volk und Regierung geistig aneinander fesseln können.“ (ebda. S. 87f.)

Das Schriftleitergesetz vom 4. 10. 1933 (RGBl. 1933, I, Nr. 111 v. 7. 10. 1933, S. 713ff.) bestimmte in § 1: „Die ... Mitwirkung an der Gestaltung des geistigen Inhalts der im Reichsgebiet herausgegebenen Zeitungen ... ist eine in ihren beruflichen Pflichten und Rechten vom Staat durch dieses Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe...“. § 5 bestimmte, wer Schriftleiter sein durfte, – u. a. wer „die Eigenschaften hat, die die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erfordert“. § 14 legte fest, daß aus den Zeitungen fernzuhalten sei u. a., „was geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Innern, den Gemeinschaftswillen des deutschen Volkes, die deutsche Wehrhaftigkeit, Kultur oder Wirtschaft zu schwächen oder [!] die religiösen Empfindungen anderer zu verletzen“; – ebenso, „was gegen die Ehre und Würde eines Deutschen verstößt“.

Am 19. 12. 1933 (RGBl., a. a. O., S. 1085ff.) wurde die „Verordnung über das Inkrafttreten und die Durchführung des Schriftleitergesetzes“ erlassen. Sie bestimmte u. a. „... Verantwortungsbewußtsein gegenüber Staat und Volk und persönliche Lauterkeit sollen über die Eignung zum Schriftleiterberuf entscheiden... Eine darin einheitliche, sonst aber vielgestaltige [!] deutsche Presse zu schaffen, ist der Wille des Schriftleitergesetzes<sup>5</sup>.“

Wie der Nationalsozialismus die deutsche Presse vom Diplomatischen Korps und

<sup>5</sup> Das Handbuch der Reichskulturkammer, hrsg. v. H. Hinkel, bearb. v. G. Gentz, Berlin 1937, brachte (S. 137, 247 u. ö.) Ausführungen über die unscheinbare Methode der Zensur usw. Friedhelm Kaiser, Die deutsche Zeitung. Presse im Dienst der Volksgemeinschaft, Münster 1939, ist mir nicht zugänglich gewesen.

von der Auslandspresse im Jahre 1938 gesehen wissen wollte, geht wohl am deutlichsten aus einer Ansprache des Reichspressechefs O. Dietrich vor diesen beiden Gremien vom 7. März 1938 hervor, die in englischer Sprache verbreitet wurde. Es wurde hier versucht, die nationalsozialistische Pressepolitik und -praxis Ausländern verständlich zu machen. Dietrich betonte allerdings, dazu müsse man freilich das „thinking along liberalistic lines“ aufgeben (p. 5), denn nach nationalsozialistischer Konzeption sei eine Zeitung „the daily admonisher of the nation“ (p. 5). Schließlich findet sich der fast komische Satz: „The German Press, too, makes so free as to criticize, but it criticizes not what is of service to the nation, but that which is harmful...“ (p. 6). (O. Dietrich, National-Socialist Press Policy. Address delivered before the Diplomatic Corps and Foreign Correspondents, 7 March 1938, Berlin 1938.)

Hitlers im folgenden wiedergegebene Rede gipfelte in der triumphierenden Anerkennung der „Leistung“ der NS-Presse und in dem Auftrag zu weiterer intensiverer „Erziehungsarbeit“ am deutschen Volke. Dieser Auftrag wurde wie üblich auf kleineren Tagungen und in milderer Form überall befolgt. So geben u. a. die „Zeitungswissenschaften“, hrsg. v. K. d'Ester und W. Heide, 14, H. 1 (Januar 1939), S. 29 einen Bericht über die Rede des Stabsleiters und RHauptamtsleiters Rienhardt auf dem Nordwestdeutschen Pressetag, in der Hitlers primitive Klarheit zu den krausen Sätzen umgemünzt war: „Richtung für das Schaffen der Presse könne niemals eine unfassbare öffentliche Meinung, sondern immer nur das öffentliche Interesse sein. Ziel der Pressearbeit sei die allgemeine Einsicht des öffentlichen Interesses als die öffentliche Meinung“.

Die deutsche Presse wurde auch noch nach Monaten daran erinnert, daß ihre Leistung im Herbst 1938 von Hitler gelobt worden war, und ermahnt, ihre Arbeit auf dieser Linie fortzusetzen: „Der Führer selbst hat der Presse nach den Krisentagen des vergangenen Jahres anerkennend bestätigt, daß sie in dieser Zeit ihre deutsche Aufgabe richtig verstanden und erfüllt hatte... Das war nur möglich, weil die Presse die vom Führer gewollte Umgestaltung erfolgreich durchgeführt hatte...“

\* Ein ähnliches Beispiel ist der Bericht über den Gaupressetag in Hannover am 7./8. 1. 1939 ebda. H. 2, Februar 1939, S. 136 f. Als weiteres Beispiel für die Ausführung des Auftrags vom 10. 11. 1938 vgl. ferner H(einrich W(alter), Die Pflicht zur Wiederholung. Die politische und die journalistische Aufgabe des Presse Mannes, Leitartikel in Zeitungs-Verlag, hrsg. v. Reichsverband d. dt. Zeitungsverleger e. V., Fachverband der Reichspressekammer, Jg. 40, Nr. 28 (v. 15. Juli 1939) S. 431. Ebda. 433 ff. Bericht über den vom 3.-6. Juli 1939 in Wien veranstalteten 2. Reichslehrgang für pressefachliche Fortbildung (unter dem Titel: „Das Gebot der Stunde: Politischer Journalismus!“), z. B. S. 433 aus dem Referat des Leiters des Reichsverbands der deutschen Presse, Hauptschriftleiter Weiß, die Presse habe sich „längst zu einem bewährten Instrument der politischen Führung entwickelt, wie es sich bei allen großen Aktionen der letzten Zeit eindeutig und anerkanntermaßen [womit wohl Hitlers Rede am 10. 11. 1938 gemeint sein dürfte] gezeigt habe“. Vgl. ferner ebda. aus dem Referat des RHauptamtsleiters Sündermann über „Die pressepolitische Arbeit der Partei“: „Warum machen wir Zeitungen? ... Vor allem, um politische Ziele zu erreichen.“ Allein entscheidend sei die politische Zweckmäßigkeit. Hinter ihr hätten alle anderen Argumente [!] zurückzutreten.

Die Aufgabe für die Zukunft sei die „... uneingeschränkt sichere Lenkung des Volkes durch die Presse im Rahmen der von ihr übernommenen Verpflichtung...“<sup>7</sup>

Schließlich noch einige Worte über die Behandlung der biographisch wie presse- und allgemeingeschichtlich für den Historiker so wichtigen Rede in der Nachkriegsliteratur.

E. Kordt, der Hitlers Unzufriedenheit mit dem Aufatmen des deutschen Volkes anlässlich der Erhaltung des Friedens in München hervorhebt, gibt, wenn auch ungenau, etwas vom „Geist“ der Rede wieder, wenn er schreibt, Hitler habe bei dieser Gelegenheit der Presse die Pflicht auferlegt, „innerhalb von zwei Jahren im Volke den Willen zum Kriege . . . zu erwecken“<sup>8</sup>. Andererseits hat Meißner in der auch an vielen anderen Stellen seiner Erinnerungen bemerkbaren Neigung zur Beschönigung den Inhalt der Rede — denn diese dürfte er trotz seiner Zeitangabe „im Oktober 1938“ meinen — entschieden verharmlost<sup>9</sup>.

Völlig unzutreffend ist die Darstellung von F. Hesse, der in seinem von der wissenschaftlichen Kritik auch sonst abgelehnten Buch<sup>10</sup> (Das Spiel um Deutschland, München 1953, S. 151) behauptet, „zu einer allgemeinen Pressekonferenz in München“ eingeladen worden zu sein, „auf der Hitler persönlich sprechen sollte“. Das sei die „berühmte Pressekonferenz vor dem ‚Reichsscherbensonntag‘ am 8. November abends“ (!) gewesen, auf der Hesse „bei einem Bankett Hitler gegenüber“ gesessen habe und nun „Ohrenzeuge“ eines Gesprächs zwischen Hitler und dem neben ihm sitzenden Goebbels geworden sei.

Und endlich Dietrich selbst, der nächst Hitler der Prominenteste der Anwesenden war: er erwähnt in seinen „12 Jahren mit Hitler“ wohl die „Kristallnacht“, nur ganz am Rande aber den Empfang der Presse und Hitlers Rede<sup>11</sup>.

<sup>7</sup> Zeitungs-Verlag, hrsg. v. Reichsverband d. dt. Zeitungsverleger, Jg. 40, Nr. 15 (v. 15. 4. 1939) S. 227 f. — So erweisen sich die Ausführungen von W. Hagemann, Publizistik im Dritten Reich, Hamburg 1948, S. 320 also als unrichtig. Dort heißt es: „Hitler verachtete die Presse, selbst die der eigenen Partei; er hat im Laufe von 12 Jahren nur ein einziges Mal, am 6. April 1933, vor einem weiteren Kreise von Presseleuten gesprochen, und es kostete den Reichspressechef große Mühe, ihm von Zeit zu Zeit nach großen publizistischen Aktionen einmal ein freundliches Wort zu entlocken, das dann der Presse als spärlicher Dank für ihre Leistungen mitgeteilt wurde.“ Auch in der „Zeittafel der politischen und publizistisch wichtigen Ereignisse“ (S. 497) ist die Rede vom 10. 11. 1938 nicht erwähnt; ebenso ist bei Hagemanns Schüler Karlheinz Schmeier, Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich, München 1956, eine Erwähnung der Pressereden vom 10. 11. 1938 nicht zu finden.

<sup>8</sup> Erich Kordt, Wahn und Wirklichkeit, 2. Aufl. 1948, S. 135 und Anm.

<sup>9</sup> O. Meißner, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler, Hamburg 1950, S. 470. „Im Oktober 1938 wies er (Hitler) in einer Besprechung mit den Leitern der Parteipresse im Führerbau in München seine Journalisten an, im deutschen Volke den Geist der Wehrhaftigkeit und der Kriegsbereitschaft, den es in der gerade abgelaufenen Krise habe vermissen lassen, zu wecken und zu pflegen.“

<sup>10</sup> Zur Kritik vgl. u. a. Leuschner, Deutsche Universitäts-Zeitung, 9, H. 2 (25. Jan. 1954) S. 15 f. und H. Krausnick, in dieser Zeitschrift, 2, H. 3 (Juli 1954) S. 217 ff.

<sup>11</sup> Otto Dietrich, 12 Jahre mit Hitler, München 1955, S. 250 f.: „Er (Hitler) hat es für unter seiner Würde gehalten, die Motive seines Tuns und Handelns vor den Journalisten zu erläutern, sie vor der Öffentlichkeit zu vertreten oder gar zu diskutieren. Er war trotz vieler

So erweisen sich die Bemerkungen derer, die zur Sache die nächste Beziehung hatten, als am unergiebigsten: die des Staatssekretärs als ungenau im Datum und falsch in der Wiedergabe der Tendenz; die des Journalisten als ebenso ungenau und das Wesentliche, nämlich die Rede, überhaupt nicht erwähnend; die des „Reichspressechefs“ als am armseligsten – was unseren sonstigen Erfahrungen mit der Literatur dieser Art durchaus entspricht.

Demjenigen, der die offenbar ganz frei gehaltene Rede gelesen oder vom Tonband gehört hat, stellen sich mehrere Fragen prinzipieller Natur, die nicht befriedigend beantwortet werden können: wie war es möglich, daß Dietrich den Hauptgehalt dieser Rede vergessen, wie, daß Hitler so vollkommen offen die Verachtung des Diktators für die Presse und für das deutsche Volk, für jedes Volk letzten Endes, vor Hunderten von Journalisten und Verlegern aussprach? Vielleicht hat Dietrich sich noch nach mehr als einem Jahrzehnt der Behandlung geschämt, die ihm und allen anderen an jenem Abend zuteil wurde. Und Hitler andererseits, der wissen mußte, daß von einer Geheimhaltung in so großem Rahmen keine Rede sein konnte, mochte der Stolz über den Erfolg den letzten Rest von Selbstkritik, das primitivste Schweigen über seine Methoden der Beherrschung Deutschlands und des Umgangs mit dem Ausland genommen haben. Oder ließen ihn vielleicht gerade die Nachrichten über das Ausmaß der Judenverfolgungen in den jüngst vergangenen Stunden, die er mit keinem Wort erwähnte, triumphierend und berauscht jede Vorsicht und Rücksicht aufgeben? Denn daß der Antisemitismus seine stärkste Empfindung war, dürfte außer Frage stehen. Und während die Bremse von „München“ ihn trotz aller Erfolge mit einer Empörung erfüllte, die in der Rede noch nachzittert, griff in der „Kristallnacht“ niemand hemmend in die Durchführung dieses anderen großen Unternehmens ein. Auf jeden Fall wird man die außenpolitisch angelegte Rede doch wie von der außen- so zugleich auch von der innenpolitischen Situation her beurteilen müssen, wenn man sie überhaupt verstehen will. Sie nimmt für 1938 einen Zynismus vorweg, der so ausdrücklich sonst erst für die letzten Monate von Hitlers Leben bezeugt ist.

*Wilhelm Treue*

#### Dokument<sup>1</sup>

Dieses Jahr 1938 hatte seine Erfolge zu verdanken: erstens selbstverständlich der ungeheueren Erziehungsarbeit, die der Nationalsozialismus am deutschen Volk vorgenommen hat. Langsam beginnen jetzt die Früchte dieser Erziehungsarbeit zu reifen: Das deutsche Volk hat die Bewährungsprobe in den zurückliegenden Monaten glänzend bestanden, wir können wohl sagen, besser als irgendein anderes Volk in Europa. Diese Erfolge sind selbstverständlich weiter zuzuschreiben der Entschlußkraft der Führung. Sie können mir glauben, meine Herren, daß es auch nicht immer leicht war,

Bitten niemals dazu zu bewegen“ und hat nur „später die deutschen Journalisten einmal auf dringliche Vorstellungen hin nach München in den Führerbau eingeladen. Er hat den Journalismus für seine Interessen rücksichtslos in Anspruch genommen unter dem Motto der Aufforderung zu höchster nationaler Pflichterfüllung, aber ihm nie sein Innerstes geöffnet oder ihm eine geistige Aufgabe zuerkannt.“

<sup>1</sup> Die Anrede und möglicherweise einige einleitende Sätze sind in der Tonbandaufnahme nicht enthalten.



erstens diese Entschlüsse zu fassen und zweitens diese Entschlüsse durchzuhalten. Denn ist es natürlich nicht so, daß nun die ganze Nation, insonderheit in ihren intellektuellen Schichten, etwa hinter diese Entschlüsse getreten wäre; sondern es gab naturgemäß sehr viele geistreiche Menschen – sie bildeten sich wenigstens ein, daß sie geistreich sind –, die mehr Bedenken als Zustimmung zu diesen Entschlüssen aufbringen konnten. Um so wichtiger war es, erst recht mit eiserner Entschlußkraft die einmal gefaßten, schon in den Mai zurückdatierenden Entschlüsse durchzuhalten und durchzusetzen gegen alle Widerstände. Weiter war eine Ursache für das Gelingen dieser Entschlüsse und damit ein Anlaß für den Erfolg: die Vorbereitung, die wir getroffen haben auf vielen Gebieten, in erster Linie selbstverständlich auf den Gebieten der militärischen Rüstung. Es sind eine ganze Anzahl von Maßnahmen getroffen worden in diesem Frühjahr, die alle zu einem bestimmten Zeitpunkt wirksam werden mußten und wirksam werden sollten und wirksam geworden sind. An der Spitze stand das gewaltige Befestigungswerk im Westen. Endlich war eine Ursache für diese Erfolge die Ausnutzung der Umstände, vielleicht überhaupt die allerwichtigste. Die allgemeine Weltlage schien mir günstiger als je zu sein für das Durchsetzen unserer Forderungen. Bei alledem darf aber etwas nicht vergessen werden, was auch entscheidend war: nämlich die Propaganda<sup>2</sup>, und zwar die Propaganda nicht nur nach innen hin, sondern auch die Propaganda nach außen hin. Wenn das deutsche Volk dieses Mal – wie ich schon betonte – eine andere Haltung einnahm, wie viele andere Völker es taten und wie es auch unser Volk noch vor kurzem getan haben würde, dann ist dies der fortgesetzten Aufklärungsarbeit zuzuschreiben, also jener Propaganda, mit der wir das deutsche Volk erfaßt haben, und hier hat die Presse nun ihren großen Anteil.

Wir haben uns dabei einige Aufgaben gestellt in diesem Jahr, die wir durch unsere Propaganda – und hier darf ich die gegenwärtige Presse mit an die Spitze der Instrumente stellen – erreichen wollen. Erstens die langsame Vorbereitung des deutschen Volkes selbst. Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen, daß sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen, sondern es würde vor allem auch dahin führen, daß die deutsche Nation, statt den Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein, mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defaitismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes nehmen würde und nehmen müßte. Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann. Das heißt also, bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: wenn man das eben nicht im Guten abstellen

<sup>2</sup> Die in der Wiedergabe gesperrt gedruckten Worte und Satzteile sind von Hitler überdurchschnittlich laut gesprochen worden.

kann, dann muß man es mit Gewalt abstellen; so kann es aber auf keinen Fall weitergehen. Diese Arbeit hat Monate erfordert, sie wurde planmäßig begonnen, planmäßig fortgeführt, verstärkt. Viele haben sie nicht begriffen, meine Herren; viele waren der Meinung, das sei doch alles etwas übertrieben. Das sind jene überzüchteten Intellektuellen<sup>3</sup>, die keine Ahnung haben, wie man ein Volk letzten Endes zu der Bereitschaft bringt, geradezustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt.

Zweitens war es auch notwendig, die Propaganda gegenüber der Welt zu machen, und zwar nach einer ganzen Reihe von Gesichtspunkten hin. Erstens: es war notwendig, der übrigen Welt die Probleme, die uns selbst bewegen, naturgemäß auch als dringliche und schwere aufzuzeigen. Zweitens: war es notwendig, der anderen Welt klarzumachen, daß die deutsche Nation allmählich in den Zustand kommt, daß mit ihr nicht mehr gespaßt werden kann. Das mußte man aus der Art der Behandlung dieser Probleme langsam herausfühlen. Und endlich mußte man die Überzeugung erhalten von der Geschlossenheit der deutschen Nation. Auch dafür mußte die Presse wesentlich mit eingesetzt werden. Weiter aber war es notwendig, mit dieser Presse und sonstiger Propaganda auf den Feind einzuwirken, der uns ja zunächst gegenüberstand, nämlich auf die Tschechoslowakei selber. Es hat vielleicht manche gegeben, die viele der Maßnahmen, die in diesen Jahren getroffen worden sind, nicht begriffen haben. Meine Herren! Nach dem 21. Mai war es ganz klar, daß dieses Problem gelöst werden mußte, so oder so! Jedes weitere Aufschieben konnte nur die Frage erschweren und die Lösung damit blutiger gestalten. Heute wissen wir auch, daß es, ich möchte sagen, schon der letzte Augenblick war, um dieses Problem so zu lösen, wie es jetzt gelöst werden konnte. Eines ist sicher, meine Herren: eine Verzögerung auch nur von ein oder zwei Jahren hätte uns militärisch in eine außerordentlich schwere Lage gebracht. Die Feinde in der übrigen Welt wären geblieben. Das Flugzeug-Mutterschiff im Herzen Deutschlands<sup>4</sup> hätte sich immer mehr ausgebaut und ausgepanzert, und alle zusätzlichen Waffen unserer Aufrüstung wären allmählich verschlungen worden von der Aufgabe, bei jedem Kampf zunächst dieses Problem militärisch zu lösen.

Es mußte also heuer unter allen Umständen die Lösung dieses Problems erfolgen. Es war nun nicht mehr möglich, hier etwas zu vertagen. Die Vorbereitungen, die hier zum ersten Mal auch auf die letzte Konsequenz hin durchgeführt und getroffen werden mußten, waren so gewaltiger Art, daß ein Tarnen nicht mehr gut denkbar schien. Vor allem aber, es war auch nicht mehr anzunehmen, daß unter den Umständen die Umwelt überhaupt noch daran geglaubt haben würde. Irgendwie glaube ich, hat sich diese Platte, die pazifistische Platte, bei uns abgespielt. Man hätte wahrscheinlich diese Melodie nicht mehr gehört oder ihrem Inhalt nicht mehr geglaubt<sup>5</sup>. Ich war der Überzeugung, daß es jetzt nur noch den anderen Weg gibt, nämlich den, ganz brutal und rücksichtslos die Wahrheit zu sagen, nicht mehr und nicht weniger. Das mußte meiner Überzeugung nach auf die Dauer vor allem lähmend einwirken auf den Staat, der am meisten betroffen war. Man hat mir oft die Frage vorgelegt: „Halten Sie das für richtig? Seit Monaten wird jetzt im Umkreis der Tschechoslowakei auf

<sup>3</sup> Zu dem hier und im folgenden mehrfach geführten Angriff auf die „Intellektuellen“ vgl. die oben zitierte Bemerkung im Gespräch Popitz-Hassell. Er entsprach im übrigen Hitlers Grundeinstellung; vgl. dazu Hitler, *Mein Kampf* (Jubiläumsausg. 1956), S. 288, S. 369 ff., 371, 374 f., 376 f., 480. Ferner H. G. Seraphim: *Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/40* (Quellensammlung zur Kulturgeschichte Bd. 8), Göttingen 1956, S. 111, Eintragung vom 30. 4. 1940.

<sup>4</sup> Seit der Gründung der Tschechoslowakei ist diese wegen ihrer geographischen Lage in Deutschland vielfach als potentielles „Flugzeugmutterschiff“ bezeichnet worden.

<sup>5</sup> Diese richtige Vermutung mag für die Pläne und Maßnahmen Bedeutung gehabt haben, die 1939 zum Kriege führten.

jeden Schießplatz fortgesetzt Tag und Nacht geschossen, ununterbrochen wird hier auf tschechische Bunker geschossen, ununterbrochen wird mit scharfer Munition geschossen, ja, Sie machen ja alles aufmerksam!“ Ich war der Überzeugung, daß ich durch diese monatelange Tätigkeit langsam aber sicher die Nerven dieser Herren in Prag zerstören werde. Und dazu mußte auch die Presse mithelfen. Sie mußte mithelfen, langsam die Nerven dieser Leute zugrunde zu richten, und sie haben auch tatsächlich nicht standgehalten. In dem Augenblick der letzten und entscheidenden Belastung sind die Nerven der anderen zusammengebrochen, ohne daß es am Ende notwendig war, daß wir wirklich zur Waffe griffen. Das war mit einer der wesentlichsten Aufgaben unserer Pressekampagne, auch von vielen natürlich nicht verstanden. Sie sagten: „Das ist doch alles übertrieben; außerdem ist doch das nicht fair; es ist doch letzten Endes ein Kleinstaat.“ Nur die Intellektuellen redeten so, das Volk natürlich sowieso nicht. Das Volk liebt hier eine deutliche und klare und vor allem eine scharfe Kost. Aber gewisse Intellektuelle, die ja immer sich in Deutschland als Wächter einer anderen Moral fühlen und vor allem verantwortlich fühlen für die sogenannte Gerechtigkeit usw., für das Maßhalten in allem und jedem. Viele solche Menschen haben das nicht verstanden. Glauben Sie, es war aber notwendig. Und letzten Endes, der Erfolg ist ja entscheidend.

Ich möchte nun feststellen, daß tatsächlich diese Propaganda in diesem Jahre hervorragend gearbeitet hat, ganz hervorragend, und daß auch die Presse tatsächlich sich ganz hineingelegt hat in diese Arbeit und daß ich persönlich mit einer großen Freude jeden Tag so diese zahlreichen deutschen Zeitungen durchsah und mir wirklich sagen mußte, daß das erstens auf das deutsche Volk auf die Dauer die Wirkung ausüben muß, zweitens daß die Wirkung auch nicht ausbleiben kann auf das Ausland und drittens, daß vor allem aber die Nerven der verantwortlichen Herren und besonders der Herren in Prag dem nicht standhalten können. Gott sei Lob und Dank, sie können alle deutsch und lesen alle unsere Zeitungen. Ich war der Überzeugung, das halten die auf die Dauer nicht aus. Ich habe auch die Beweise bekommen dafür. Nachdem ja die Tschechoslowakei ihre ganzen Telefonverbindungen nur über deutsches Gebiet, z. B. nach Paris und nach London, haben konnte und wir, sagen wir, so frei oder so unanständig, oder wie man das bezeichnen will, waren, diese Telefone natürlich abzuhören, so konnten wir jeden Tag feststellen, wie das nun wirkte. Und man konnte nun jeden Tag feststellen, wenn z. B. Herr Masaryk mit der Presse spricht und sagt: „Es ist nichts mehr zu machen – die Deutschen natürlich mit ihrer wahnsinnigen Propaganda – man glaubt uns nichts mehr – es ist überhaupt alles verloren – wir können erklären, was wir erklären wollen – wir können sagen, was wir sagen wollen, es ist alles ganz für die Katz – das ist umsonst usw.; sie decken alles zu usw.“ Ich habe ja fast jeden Tag feststellen können, wie nun tatsächlich die Wirkung unserer Propaganda, besonders aber unserer Pressepropaganda ist. Der Erfolg, wie gesagt, aber ist entscheidend, und er ist, meine Herren, ist ein ungeheurer! Es ist ein traumhafter Erfolg, so groß, daß die Gegenwart ihn eigentlich heute überhaupt noch kaum ermessen kann. Die Größe dieses Erfolges wurde mir selber in dem Augenblick am meisten bewußt, als ich zum ersten Mal inmitten der tschechischen Bunkerlinien stand. Da wurde mir bewußt, was es heißt, eine Front von fast 2000 Kilometern Befestigungen zu bekommen, ohne einen scharfen Schuß abgefeuert zu haben. Meine Herren, wir haben tatsächlich dieses Mal mit der Propaganda im Dienste einer Idee 10 Millionen Menschen mit über 100 000 Quadratkilometern Land bekommen. Das ist etwas Gewaltiges.

Das eröffnet uns auch das Verständnis für die Siege Napoleons, der ja auch nicht nur als Strategie oder genialer Feldherr siegte, sondern dem vorauselte die Marseillaise, die Ideen der französischen Revolution, der eigentlich auch zum Teil das erntete, was diese Revolution vorher gesät hatte. Aus all dem muß sich für uns aber eine grundsätzliche Erkenntnis ergeben: Die Presse, meine Herren, kann Ungeheueres er-

reichen und eine ungeheuerere Wirkung ausüben, dann, wenn sie selber ein Mittel zum Zweck ist. Wir leben in einer Zeit, in der das Gegenteil absolut demonstriert wird. Wenn es in einem Staat 2400 Zeitungen gibt, und jede dieser Zeitungen macht auf Grund dieser journalistischen Gedankengänge ihre eigene Politik, so müssen diese 2400 Blätter sich selbst gegenseitig widerlegen. Das Ergebnis kann nur sein jenes Tohuwabohu, das wir z. B. augenblicklich in der französischen Presse erleben. Eine Zeitung desavouiert die andere, und in kurzer Zeit werden alle Zeitungen sich selber immer wieder desavouieren. Wenn wir die französische Pressepolitik der letzten, sagen wir, 6 Jahre verfolgen, so können wir doch nicht bestreiten, daß diese Pressepolitik mitverantwortlich ist für den Zusammenbruch Frankreichs. Und zwar durch die gänzliche, disziplinlose Zerfahrenheit dieser Presse. Jede Zeitung schrieb, so wie sie sich das eben momentan vorstellte. Die eine Zeitung war der Überzeugung, daß das Verhandeln auf der Basis des 200 000 Mann-Heeres mit Deutschland ein Verbrechen war, die andere war der Überzeugung, daß auch das Verhandeln auf der Basis des 300 000 Mann-Heeres ein Verbrechen war. Dieselben Blätter mußten dann drei Jahre später erklären: „Warum habt ihr damals nicht das 300 000 Mann-Gebot angenommen?“ Es ist eine fortgesetzte Selbstwiderlegung, die dort stattfindet: ein Beweis dafür, daß man in dieser modernen Zeit, in der die größten Kämpfe ausgefochten werden, einen Erfolg nicht erringen kann, wenn die wesentlichsten Schwächer, die man einsetzen kann, ich möchte sagen, selbstherrlich geführt werden, statt nach einem Kommando und nach einer Richtung hin zu schlagen. Die Presse ist, wenn sie ein Mittel zum Zweck ist, ein ungeheueres Instrument. Sie wird dann auch gewertet, weil sie sich nicht zu widerlegen braucht, weil auch nicht die Zeitung B die Zeitung A und nicht die Zeitung C B und A widerlegen können. Sie wird in dem Moment, in dem sie davon abweicht, in dieser heutigen Zeit, in der so gewaltige Probleme zur Diskussion stehen, zur vollkommenen, ich möchte sagen, Bedeutungslosigkeit herabsinken, was wir auch in den anderen Ländern sehen. Ich habe das schon in meiner Jugend erlebt, meine Herren. Als ich als ganz junger Mensch zum ersten Mal die praktische Gestaltung der Geschichte eines Landes erlebte, in Wien, da waren in dieser Stadt die Zeitungen ausschließlich liberal-demokratisch oder marxistisch orientiert, also alle die großen Blätter, die Neue Freie Presse, Wiener Journal, damals noch Die Zeit, Wiener Tagblatt, Extrablatt usw. Das waren die großen Zeitungen und die Arbeiterzeitungen. Denen standen gegenüber an antisemitischen Organen eigentlich nur eine einzige, das Deutsche Volksblatt... \* auf der Tagesordnung – eine Zeitung mit vielleicht 20 000 oder 25 000 Auflage. Und im Wiener Stadtrat waren von 148 Mandaten 136 Antisemiten, die Christlich-Sozialen. So gering war der Einfluß der Presse geworden. Sie wurde überhaupt nicht mehr beachtet. Sie schrieb, man las sie, aber sie hatte gar keinen Einfluß mehr. Es ist ähnlich heute auch in anderen Ländern, wo auch die, ich möchte sagen, die Volksmeinung, sich bestimmt zu kristallisieren beginnt und ganz andere Wege läuft, als die Presse es wahrhaben will oder etwa zum Ausdruck bringt. Ja, unser eigener Weg ist ja doch derselbe. Als ich die Macht in Deutschland errang, hatten wir vielleicht 5% der deutschen Presse in unseren Händen – wenn es 5% waren. Noch nicht 5%, – 95% gegen uns. Aber die Macht habe ich bekommen, das Volk habe ich hinter mir! Daraus kann man ersehen, wie ungeheuer die Macht einer Presse sein kann, die als ein Instrument einer Führung dient, und wie belanglos eine Presse sein wird, die für sich selbst, ich möchte sagen, versucht, Geschichte und damit zuletzt Politik zu machen.

Wir selber haben versucht, in Deutschland die Presse zu einer solchen wirksamen Waffe auszugestalten. Und ich darf wohl am Abschluß dieses Jahres Ihnen allen aussprechen, daß ich mit diesem Versuch mehr als zufrieden bin. Die Wirksamkeit hat

\* Einige Worte unverständlich.



sich in glanzvoller Weise bewährt und erwiesen. Wir haben nun vor uns wieder ganz große Aufgaben. Über allem steht eine Aufgabe, meine Herren: Wir müssen jetzt mit allen Mitteln Schritt für Schritt das Selbstbewußtsein des deutschen Volkes stärken! Das ist eine Aufgabe, die nicht, das weiß ich, in einem oder in zwei Jahren erfüllt werden kann. Was wir benötigen, ist eine in sich gefestigte starke öffentliche Meinung, wenn möglich sogar noch hineinreichend in unsere intellektuellen Kreise. (Bewegung und Gelächter.) Nur so, wissen Sie, wird auf die Dauer eine erfolgreiche Politik gemacht werden können. Wenn ich hier auch so sage: auf die Dauer, so meine ich ja nicht das Frühjahr 1939 oder den Sommer, sondern ich meine nun die kommenden Jahrzehnte, vor allem aber naturgemäß schon die vor uns liegenden Jahre. Unser Volk muß mit jenem tiefen Selbstbewußtsein erfüllt werden, das in einer glückhaften Zeit einmal vielleicht den deutschen Soldaten erfüllte, etwa am Ausgang des deutsch-französischen Krieges 1871 und in der Zeit von damals bis Mitte des Weltkrieges hinein. Jene selbstsichere Überzeugung, daß erstens in Deutschland das Volk selbst einen Wertfaktor darstellt und daß zweitens die Führung dieses Volkes richtig ist. Es ist dabei notwendig, daß wir bei dieser Erziehung zum Selbstbewußtsein besonders gegen alle Erscheinungen kämpfen, die ich selbst als auch den größten Feind der Wiederauferstehung genügend kennenzulernen Gelegenheit hatte: die Hysterie der Masse und hier besonders die Hysterie unserer intellektuellen Schichten. Man muß sich geradezu hier auf das breite Volk stützen, um gegenüber dieser überzüchteten, intellektuellen und hysterischen Schichte<sup>7</sup> (Gelächter) ein Gegengewicht zu halten. Nämlich, ich will Ihnen ein Beispiel sagen: Am ...<sup>8</sup> Februar dieses Jahres, die Überzeugung in diesen intellektuellen Schichten: „Es geht nicht gut außenpolitisch, es geht gar nicht gut außenpolitisch!“ Ende Februar dieses Jahres: „Wir stehen vor Katastrophen! Katastrophenpolitik außenpolitisch, reine Katastrophenpolitik!“ Mitte März: „Ungeheurer Sieg! Alles gewonnen, dank unserer Tapferkeit und unserem Einstehen! Alles in Ordnung! Deutschland unbesiegbar, eine Weltmacht usw.! Kolonien – das nächste, was wir jetzt sofort geschenkt bekommen werden, selbstverständlich! Bedauerlich, daß die Führung nicht gleich weiterging, die Führung war dieses Mal nicht ganz auf der Höhe! (Gelächter und stürmischer Beifall.) Sie hätte linksrum machen sollen und dann gleich weiteres aufrollen, das wäre doch alles möglich gewesen.“

Zwei Monate später: es beginnt das Problem der Tschechoslowakei. „Für heuer ist das doch genug, man kann doch nicht schon wieder mit einem neuen Problem beginnen!“ Noch einen Monat später: „Das führt zu einer Katastrophe! Deutschland wird wirtschaftlich zugrunde gehen, wir gehen finanziell zugrunde! Man kann das weder bezahlen, noch kann man das menschenmäßig durchhalten.“ Noch eine Woche später: „Die ganze Welt gegen uns, wir stehen vor einem Weltkrieg!“ Wieder eine Woche später: „Wir stehen jetzt vor der Katastrophe, jetzt ist der Zusammenbruch da!“ Wieder eine Woche später: „Triumph! Warum hat die Führung nicht sofort sich die ganze Tschechoslowakei genommen? (Der Anfang des folgenden Satzes geht in Gelächter unter) ... warum jetzt noch zu verhandeln?“ Glauben Sie mir, ich habe Zuschriften bekommen! ... (Heiterkeit und lebhafter Beifall<sup>9</sup>.)

Ich habe einmal erlebt, daß ein Mann, der in einem Amt saß in Berlin, anlässlich einer Flottenverhandlung, wo er erklärte: „Diese Forderung von 35% ist ein heller Wahnsinn. Zu denken, daß die Engländer das jemals bewilligen, heißt nun die Engländer gänzlich verkennen. Das können sie gar nicht tun, das tun sie niemals. Das führt

<sup>7</sup> Zum Sprachgebrauch Hitlers vgl. die zitierte Bemerkung von Hassell-Popitz.

<sup>8</sup> Pause, ohne daß Hitler ein Tagesdatum nennt.

<sup>9</sup> Auf dem Tonband erscheint diese Szene als ein nahezu kabarettistisches Schwelgen in politischem Erfolg und in Verachtung für die „Intellektuellen“.

zum Zusammenbruch der deutsch-englischen Beziehungen, zur Isolierung Deutschlands. Die mühsam gewonnene – im Auswärtigen Amt war das (Bewegung) –, mühsam gewonnene deutsch-englische Verständigung wird damit auf das schwerste belastet.“ Dann finden die Verhandlungen statt; 35% werden bewilligt, 45% sogar für die U-Boot-Flotte; wenn wir es ankündigen, sogar 100%. Etwa drei oder vier Monate später mußte ich denselben Herrn dann endgültig aus dem Auswärtigen Amt hinauswerfen. Denn derselbe Mann hat dann plötzlich erklärt: „Ich weiß gar nicht, wieso Herr von Ribbentrop dazu kommt, sich so aufzublähen. Ja, wenn er 50% erreicht hätte, könnte man darüber reden, aber 35%, was ist das schon?“ Ich habe dann auch den Herrn hinausgefeuert (Beifall), weil mir das zufälligerweise zu Bewußtsein kam. Es war ein Legationsrat<sup>10</sup>.

Das habe ich aber auch jetzt erlebt. Ich habe Denkschriften bekommen, in denen mir schwarz auf weiß nachgewiesen wurde, daß das ja alles unmöglich sei, daß das zu Katastrophen führen müsse usw.<sup>11</sup> usw. Und ich habe dann wieder Denkschriften bekommen, in denen nachgewiesen wurde, daß zwischen unserer südlichsten Stelle in ...<sup>12</sup> und zwischen der nördlichsten in Niederösterreich bloß 60 Kilometer wären, warum ich nicht diese Kilometer noch nehmen würde (Gelächter). Dann wären sogar die Sprachinseln darin, und ich wurde aufmerksam gemacht, daß es da alles Deutsche geben soll, falls ich es nicht wissen sollte (Gelächter). Ja, meine Herren, wissen Sie: das ist die Hysterie unserer oberen Zehntausend! Und wir müssen besonders uns bemühen, daß diese Hysterie nicht in das Volk hineinkommt, so daß unser Volk und, wie gesagt, wenn möglich, sogar noch gewisse intellektuelle Schichten zu einer wirklichen selbstsicheren Zuversicht erzogen werden. Das ist mit eine Aufgabe der Presse, daß sie planmäßig das deutsche Selbstvertrauen stärkt und alles unterläßt, was irgendwie an diesem Selbstvertrauen, sagen wir vielleicht, nagen könnte, es zerstören könnte oder schwächen könnte.

Ich weiß ganz genau, daß mir nun von der einen oder anderen Seite gesagt wird, ja aber es gibt doch auch Probleme, die man kritisieren muß. Meine Herren, es gibt zwei Zielsetzungen. Zielsetzung A: Ich suche in ganz Deutschland herum, ob ich nicht etwas finde, was ich kritisieren kann. Wenn ich erst damit anfangen, meine Herren, dann werde ich in kurzer Zeit ein förmliches Rüsselschwein sein (Gelächter). Es wird nämlich fortgesetzt Dinge geben, und ich werde mich immer tiefer hineinwühlen. Das ist auch eine Tätigkeit. Sie ist in meinen Augen nicht befriedigend. Es gibt noch eine andere Tätigkeit, die besteht darin, im Erkennen der uns gestellten großen Aufgaben. Ich überwinde die Kleinigkeiten nicht, indem ich allen diesen Kleinigkeiten nachlaufe, sondern indem ich die ganze Kraft der Nation für die großen Aufgaben zusammenraffe und diese großen Aufgaben löse. Denn in eben dem Maße, in dem ich diese gewaltigen Aufgaben löse, sinkt das Kleine zu einer unbedeutenden Lächerlichkeit zusammen. Kein Mensch redet mehr davon. Damit überwinde ich das auch. Man beachtet es eben gar nicht mehr, man sieht das nicht. Und endlich die menschliche Unzulänglichkeit: die hat man früher nicht aus der Welt geschafft; die Presse der liberalen Staaten hat es nicht fertiggebracht, wir werden es auch nicht fertigbringen. Menschen mit unzulänglichen Kräften und Veranlagungen, Charakterzügen usw. wird es immer geben, hat es gegeben, wir werden sie nicht aus der Welt schaffen. Viel wichtiger ist es aber, nicht das Auge der Öffentlichkeit auf diese Schwäche-

<sup>10</sup> Aus der ganzen Sprechweise und den gewissermaßen angehängten vier letzten Worten geht deutlich hervor, daß es sich um eine triumphierend-schwelgerisch erfundene Geschichte handelt.

<sup>11</sup> Die Stelle könnte sich auf Warnungen Becks beziehen, dessen „Denkschriften“ Hitler später in Führer-Lagebesprechungen erwähnt hat.

<sup>12</sup> Wort unverständlich.

momente zu lenken, sondern sie auf den großen Kraftstrom der Nation hinzuweisen, der sich durch die Jahrhunderte und durch die Jahrtausende aufzeigt. Mir hat einmal ein Mann gesagt: „Hören Sie, wenn Sie das machen, dann geht Deutschland in sechs Wochen zugrunde.“ Ich sage: „Was verstehen Sie darunter?“ „Dann bricht Deutschland zusammen.“ Ich sage: „Was verstehen Sie darunter?“ „Dann hört Deutschland eben auf.“ . . .<sup>13</sup> Das deutsche Volk hat einst die Kriege mit den Römern überstanden. Das deutsche Volk hat die Völkerwanderung überstanden. Das deutsche Volk hat dann die späteren großen Kämpfe des frühen und späten Mittelalters überstanden. Das deutsche Volk hat dann die Glaubenskämpfe der neueren Zeit überstanden. Das deutsche Volk hat dann einen Dreißigjährigen Krieg überstanden. Das deutsche Volk hat dann später die Napoleonischen Kriege, die Freiheitskriege, es hat sogar einen Weltkrieg überstanden, sogar die Revolution, – es wird auch mich überstehen! (Gelächter und stürmischer Beifall.)

Wir müssen es fertigbringen, unser Volk aus unserer eigenen Geschichte heraus und aus unserem Glauben heraus mit der Zuversicht zu erfüllen, die notwendig ist, um die späteren großen politischen Aufgaben durchführen zu können. Denn, meine Herren, ein Führer der Nation kann nicht mehr machen, als die Nation ihm selber gibt. Das ist ein Gesetz von unumstößlicher Richtigkeit und Bedeutung. Wenn ich hinter mir ein Volk habe, das selbst glaubensschwach ist, wie will ich denn dann überhaupt auf die großen uns in der Zukunft nun bevorstehenden Aufgaben eingehen? Es genügt nicht, daß ich daran glaube, sondern es ist notwendig, daß ich hinter mir ein glaubensstarkes, geschlossenes, selbstsicheres, zuversichtliches deutsches Volk habe. Das zu erzielen ist unsere gemeinsame gewaltige Arbeit und Aufgabe, und es ist eine wunderbare Aufgabe. Es ist schon etwas anderes, wissen Sie, Geschichte zu machen als . . .<sup>14</sup> Und heute sind wir doch wirklich in der wunderbaren Zeit, von der wir sagen können, daß in ihr wirklich Geschichte gemacht wurde; daß wir die Zeit nicht vergeudet haben, daß man sich nicht ausgeschrieben hat für Dinge, die keinen Wert haben, am Ende bloß damit man eben schreibt oder daß man redet, bloß damit man geredet hat. Das alles hat doch zu einem Ergebnis geführt, und zwar das geschichtliche Ergebnis, mit dem wir aufwarten können früheren Generationen gegenüber, meine Herren! Und das ist unsere gemeinsame Leistung, nicht nur die meine allein, sondern die Leistung all der Hunderttausende, die hinter mir stehen und mit mir marschieren und das Volk letzten Endes repräsentieren . . .<sup>15</sup> beeinflussen. Es ist daher notwendig, daß wir uns bemühen, die Kraft im deutschen Volk dadurch zu erwecken, daß wir das Vertrauen zu dieser Kraft stärken, daß wir dadurch auch eine Stabilität hineinbringen in die Beurteilung der politischen Probleme.

Ich habe, das muß ich Ihnen noch dazu sagen, oft ein einziges Bedenken, und das ist folgendes: Wenn ich so die intellektuellen Schichten bei uns ansehe, leider, man braucht sie ja; sonst könnte man sie eines Tages ja, ich weiß nicht, ausrotten oder so was<sup>16</sup> (Bewegung). Aber man braucht sie leider. Wenn ich mir also diese intellektuellen Schichten ansehe und mir nun ihr Verhalten vorstelle und es überprüfe, mir gegenüber, unserer Arbeit gegenüber, dann wird mir fast angst. Denn seit ich nun politisch tätig bin und seit ich besonders das Reich führe, habe ich nur Erfolge. Und trotzdem schwimmt diese Masse herum in einer geradezu oft abscheulichen, ekelerregenden Weise. Was würde denn geschehen, wenn wir nun einmal einen Mißerfolg hätten? Auch das könnte sein, meine Herren. Wie würde dieses Hühnervolk denn dann sich erst aufführen? Die sind schon jetzt, da wir doch überhaupt nur Erfolge haben, und zwar weltge-

<sup>13</sup> Kurzer Satz unverständlich, etwa: „Ich habe geantwortet: . . .“

<sup>14</sup> Satz offenbar nicht beendet.

<sup>15</sup> Einige Worte schwer verständlich.

<sup>16</sup> Gesprochen während der Judenverfolgung vom 9. und 10. November 1938!

schichtlich einmalige Erfolge, unzuverlässig<sup>17</sup>. Wie würden sie aber erst sein, wenn wir einmal einen Mißerfolg hätten? Meine Herren, es war früher mein größter Stolz, eine Partei mir aufgebaut zu haben, die auch in den Zeiten der Rückschläge stur und fanatisch hinter mir stand, gerade dann fanatisch hinter mir stand. Das war mein größter Stolz und bedeutete für mich eine ungeheure Beruhigung. Dazu müssen wir das ganze deutsche Volk bringen. Es muß lernen, so fanatisch an den Endsieg zu glauben, daß, selbst wenn wir einmal Niederlagen erleiden würden, die Nation sie nur, ich möchte sagen, von dem höheren Gesichtspunkt aus wertet: Das ist vorübergehend; am Ende wird uns der Sieg sein! Es ist ein preußischer Feldherr gewesen, der vielleicht am allerschärfsten diesen Charakterzug ausprägte: Blücher, der Mann vielleicht der meisten Niederlagen, aber des fanatisch festen Glaubens an den Endsieg, und das war das Entscheidende. Dazu müssen wir unser ganzes Volk erziehen. Es muß erzogen werden zu dem absoluten, sturen, selbstverständlichen, zuversichtlichen Glauben: Am Ende werden wir alles das erreichen, was notwendig ist. Das kann man nur dadurch schaffen, das kann nur gelingen durch einen fortgesetzten Appell an die Kraft der Nation, durch das Hervorkehren der positiven Werte eines Volkes und durch das möglichste Außerachtlassen der sogenannten negativen Seiten.

Dazu ist es auch notwendig, daß gerade die Presse sich ganz blind zu dem Grundsatz bekennt: Die Führung handelt richtig! Meine Herren, wir alle müssen für uns in Anspruch nehmen die Genehmigung, Fehler zu machen. Auch Zeitungsmenschen sind von dieser Gefahr nicht befreit. Aber wir alle können nur bestehen, wenn wir der Welt gegenüber nicht gegenseitig die Fehler beleuchten, sondern wenn wir das Positive beleuchten. Das heißt mit anderen Worten, es ist notwendig, daß – ohne überhaupt die Möglichkeit von Fehlern zu bestreiten oder auch des Diskutierens – es ist notwendig, daß grundsätzlich die Richtigkeit der Führung immer betont wird. Das ist das Entscheidende. Vor allem, wissen Sie, das ist notwendig des Volkes wegen; denn ich höre so oft, auch heute noch – das sind so liberalistische Rückfälle – die Frage, die mir vorliegt: „Ja, soll man das nicht etwa doch jetzt einmal dem Volk anheimstellen?“ Ja, meine Herren, wissen Sie, ich bilde mir nun ein, daß ich einiges geleistet habe, jedenfalls mehr als mancher Schuhmacher und manche Kuhhirn. Trotzdem kann es natürlich sein, daß ich mit anderen Herren, die ebenfalls viel geleistet haben, über die Beurteilung eines Problems nicht ganz einig werde. Sicher ist aber, daß eine Entscheidung nun gefällt werden muß. Ganz unmöglich ist es, daß ich die Fällung dieser Entscheidung, über die wir alle nicht ganz ins klare kommen, die dann den Sennerinnen und den Milchbauern und den Schuhmachern in die Finger gebe. Das ist unmöglich. Es spielt daher auch gar keine Rolle, ob eine solche Entscheidung letzten Endes ganz richtig ist, das ist gänzlich uninteressant; entscheidend ist, daß hinter eine solche Entschliebung die ganze Nation wie eine geschlossene Truppe tritt. Das muß eine Front sein, und was dann an der Entscheidung nicht ganz richtig ist, wird gut gemacht durch die Entschlossenheit, mit der die ganze Nation dahinter steht.

Das ist wichtig in den kommenden Jahren, meine Herren! Nur so werden wir das Volk, ich möchte sagen, von einem Zweifel befreien, der das Volk nur unglücklich macht. Die breite Masse will ja gar nicht damit belastet werden. Die breite Masse hat einen einzigen Wunsch: daß sie gut geführt wird, und daß sie der Führung vertrauen kann und daß die Führung selber nicht streitet, sondern daß diese Führung geschlossen vor sie hintritt. Glauben Sie mir, ich weiß es ganz genau, im deutschen Volk wird nichts mit einer größeren Freude gesehen, als wenn ich, z. B. sagen wir an so einem Tag wie am 9. November, nun auf der Straße gehe, und

<sup>17</sup> Zeugnis für die Bedenken weiter Bevölkerungskreise gegen Hitlers Gewaltpolitik und wohl auch für Hitlers Erbitterung über die Reaktion des Volkes auf „München“.



da stehen nun neben mir alle meine Mitarbeiter, und das Volk sagt: „Das ist der und das ist der und das ist der und das ist der.“ Und die Menschen fühlen sich so geborgen bei dem Gedanken: die halten alle zusammen, die folgen alle dem Führer, und der Führer hält zu all diesen Männern, das sind unsere Idole<sup>18</sup>. Vielleicht wird mancher Intellektuelle das gar nicht begreifen. Aber diese kleinen Menschen draußen, die sehen in all den Leuten, die da vor ihnen auftreten, irgendwie ein Objekt ihres Vertrauens. An die Leute hängen sie sich. Wenn sie nun vor sich so das Bild sehen: daß der Führer da kommt mit all den Leuten an seiner Seite, das beruhigt die Menschen derartig und macht sie so glücklich! Sie wollen das eben! Das war auch früher in der deutschen Geschichte so. Das Volk ist immer glücklich, wenn einige so zusammenhalten oben, das erleichtert auch dem Volk unten das Zusammenhalten. Das müssen wir aber im ganz Großen verstehen, daß wir alles tun müssen, um dem Volk diesen Eindruck zu erhalten und zu bewahren. Es muß die Überzeugung bekommen, daß die Führung oben richtig handelt und daß hinter dieser Führung alle stehen. Dann ist es auch der Führung psychologisch der Umwelt gegenüber sehr leicht, in kritischen Situationen sich durchzusetzen.

Wie ich überhaupt zusammenfassend nur eines sagen möchte, meine Herren: In den liberalen Ländern wird die Mission der Presse so aufgefaßt, daß es heißt: Presse plus Volk gegen Führung. Und bei uns muß es heißen: Führung plus Propaganda und Presse usw. vor dem Volk! Das alles ist Führung des Volkes. Jeder einzelne ist hier ein führendes Glied des Volkes und hat sich dafür verantwortlich zu fühlen. Jeder einzelne hat diese höheren Führungserkenntnisse grundsätzlich in sich aufzufassen. Was auch vielleicht untereinander besprochen wird, vor dem Volk ist diese Führung ein einziger Block, eine einzige geschlossene Einheit, ganz gleich ob der eine jetzt hier Propaganda macht, der andere bei der Presse, ein dritter wieder in Versammlungen, ein vierter wieder als Führer, meinerwegen, vor politischen Organisationen steht, ein fünfter wieder als Führer vor irgendeinem Truppenkörper steht, ein sechster wieder in einem Amt Dienst tut oder vor dem Ausland die Nation zu vertreten hat, das alles ist die Führung des deutschen Volkes, und vor dem Volk selber hat diese Führung wie eine verschworene Gemeinschaft aufzutreten. Untereinander, da können Meinungen ausgetauscht werden. Vor dem Volk, da gibt es überhaupt nur eine Meinung. Meine Herren, das ist ein ganz deutlicher Grundsatz! Wenn wir den ganz durchsetzen, dann wird durch diese Führung das deutsche Volk groß und mächtig werden. Dann stehen wir nicht jetzt im Jahre 1938 am Ende einer geschichtlichen Epoche, sondern dann stehen wir sicherlich erst am Beginn einer großen Geschichtsepoche unseres Volkes.

Ich glaube nun an diese Zukunft des deutschen Volkes, meine Herren. Es hat vielleicht manchen gegeben, der sich früher die Frage vorlegte: „Der Führer ist doch ein Phantast – warum glaubt er überhaupt an solche Möglichkeiten?“ Sehr einfach, meine Herren. Weltgeschichte wird von Menschen gemacht. Sie ist früher von Menschen gemacht worden und wird heute von Menschen gemacht. Entscheidend ist der Wert dieser Menschen und irgendwie dann zum Wert auch noch zu rechnen die Zahl. Der Wert des deutschen Volkes ist ein unvergleichlicher. Ich lasse mir niemals einreden, daß irgendein anderes Volk mehr Wert haben könnte! Ich bin der Überzeugung, daß unser Volk, besonders heute, in seiner allmählichen rassischen Besserung

<sup>18</sup> Dazu vgl. H. Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier*, hg. v. G. Ritter, 1951, S. 292, Nr. 142 (v. 26. 7. 1942): „Wenn man über die Grundsätze der Staatsführung nachdenke, . . . könne man immer wieder erkennen, daß es mit den Gesetzen der Geheimen Staatspolizei allein nicht zu machen sei. Die breite Masse brauche ein Idol.“ Über die Presse, ihre Aufgaben, über Pressefreiheit usw. vgl. ebda. die Nrn. 128, 131 (S. 273) 138 und bes. Nr. 126 (S. 281 f.).

den Höchstwert darstellt, den es zur Zeit überhaupt auf dieser Erde gibt. Ziffernmäßig aber wollen Sie immer eines bedenken: Die amerikanische Union hat allerdings 126 oder 127 Millionen Menschen. Allein, wenn Sie dort die Deutschen, die Iren, die Italiener, die Neger, die Juden usw., überhaupt alle anderen weggerechnet (sic), bleiben noch nicht einmal 60 Millionen Angelsachsen übrig, Menschen, die sich zu Angelsachsen rechnen. Das russische Reich hat an wirklichen Großrussen noch nicht einmal 55 oder 56 Millionen. Das britische Weltreich hat noch nicht 46 Millionen Engländer im Mutterland. Das französische „Weltreich“ hat noch nicht einmal 37 Millionen wirklicher Franzosen. Italien hat etwas über 40 Millionen Italiener. Polen nur noch 17 Millionen Polen. Aber in Deutschland leben vom Jahr 1940 [!] ab 80 Millionen Menschen einer Rasse und um uns herum noch einmal fast 8 Millionen Menschen, die eigentlich rassenmäßig zu uns gehören. Wer an der Zukunft dieses größten Menschenblockes zweifelt oder an diese Zukunft nicht glaubt, der ist nur selber ein Schwächling. Ich glaube bedingungslos an diese Zukunft. Wir sind einmal das größte Reich gewesen. Wir sind dann ermattet und erschlaft, in einem inneren Auflösungsprozeß haben wir die Kräfte verbraucht und sind nach außen damit abgesunken. Nun ist nach einer vielleicht 400-jährigen, 500-jährigen Krise die Wiedergenesung unseres Volkes eingetreten. Und ich weiß ganz genau, wir stehen jetzt am Beginn unseres deutschen Lebens und damit der deutschen Zukunft. Diese Zukunft vorzubereiten, ja mitzugestalten, helfen zu dürfen, daß diese Zukunft sich verwirklicht, muß für uns alle das größte Glück sein. Es muß uns erfüllen mit der tiefsten Befriedigung, demgegenüber tritt alles andere zu einem wesenlosen Nichts zurück. Diese Überzeugung hat mich einst aus einem Lazarett herausgeführt, bis zu dem Augenblick, in dem ich jetzt vor Ihnen stehe. Und diese Überzeugung muß uns alle gemeinsam erfüllen auf dem weiteren Weg unseres deutschen Volkes, von dem ich überzeugt bin, daß er ein Weg in die Größe sein wird, ein Weg in eine große Zukunft unserer deutschen Nation. Ich möchte Ihnen noch einmal danken für Ihre Mitarbeit.

## ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES LANDES HESSEN

### *Vorbemerkung des Herausgebers*

In Band 5, Heft 4, veröffentlichten wir Zeugnisse und einen Kommentar zu dem vorstehenden Thema aus der Feder von Ludwig Bergsträsser. Es wurde dabei der Wunsch ausgesprochen, daß dieser Beitrag dazu helfen möge, „weiteres Material hervorzulocken“. Diese Hoffnung hat sich erfreulich rasch erfüllt, wenn auch nicht in Form von Zeugnissen, so doch in der eines neuen und abweichenden Kommentars. Da sein Verfasser, unseren Lesern durch einen Artikel in Band 6, Heft 1, bekannt, von der amerikanischen Seite her an den betreffenden Vorgängen nahe beteiligt war, erscheinen seine Ausführungen hier gleichfalls unter „Dokumentation“. Eben deshalb und um gewisser schwer wiederzugebender Schattierungen willen ist von Übersetzung abgesehen und die Form eines „letter to the Editor“ beibehalten worden.

H. R.

den Höchstwert darstellt, den es zur Zeit überhaupt auf dieser Erde gibt. Ziffernmäßig aber wollen Sie immer eines bedenken: Die amerikanische Union hat allerdings 126 oder 127 Millionen Menschen. Allein, wenn Sie dort die Deutschen, die Iren, die Italiener, die Neger, die Juden usw., überhaupt alle anderen weggerechnet (sic), bleiben noch nicht einmal 60 Millionen Angelsachsen übrig, Menschen, die sich zu Angelsachsen rechnen. Das russische Reich hat an wirklichen Großrussen noch nicht einmal 55 oder 56 Millionen. Das britische Weltreich hat noch nicht 46 Millionen Engländer im Mutterland. Das französische „Weltreich“ hat noch nicht einmal 37 Millionen wirklicher Franzosen. Italien hat etwas über 40 Millionen Italiener. Polen nur noch 17 Millionen Polen. Aber in Deutschland leben vom Jahr 1940 (!) ab 80 Millionen Menschen einer Rasse und um uns herum noch einmal fast 8 Millionen Menschen, die eigentlich rassenmäßig zu uns gehören. Wer an der Zukunft dieses größten Menschenblockes zweifelt oder an diese Zukunft nicht glaubt, der ist nur selber ein Schwächling. Ich glaube bedingungslos an diese Zukunft. Wir sind einmal das größte Reich gewesen. Wir sind dann ermattet und erschlaft, in einem inneren Auflösungsprozeß haben wir die Kräfte verbraucht und sind nach außen damit abgesunken. Nun ist nach einer vielleicht 400-jährigen, 300-jährigen Krise die Wiedergenesung unseres Volkes eingetreten. Und ich weiß ganz genau, wir stehen jetzt am Beginn unseres deutschen Lebens und damit der deutschen Zukunft. Diese Zukunft vorzubereiten, ja mitzugestalten, helfen zu dürfen, daß diese Zukunft sich verwirklicht, muß für uns alle das größte Glück sein. Es muß uns erfüllen mit der tiefsten Befriedigung, demgegenüber tritt alles andere zu einem wesenlosen Nichts zurück. Diese Überzeugung hat mich einst aus einem Lazarett herausgeführt, bis zu dem Augenblick, in dem ich jetzt vor Ihnen stehe. Und diese Überzeugung muß uns alle gemeinsam erfüllen auf dem weiteren Weg unseres deutschen Volkes, von dem ich überzeugt bin, daß er ein Weg in die Größe sein wird, ein Weg in eine große Zukunft unserer deutschen Nation. Ich möchte Ihnen noch einmal danken für Ihre Mitarbeit.

## ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES LANDES HESSEN

### *Vorbemerkung des Herausgebers*

In Band 5, Heft 4, veröffentlichten wir Zeugnisse und einen Kommentar zu dem vorstehenden Thema aus der Feder von Ludwig Bergsträsser. Es wurde dabei der Wunsch ausgesprochen, daß dieser Beitrag dazu helfen möge, „weiteres Material hervorzulocken“. Diese Hoffnung hat sich erfreulich rasch erfüllt, wenn auch nicht in Form von Zeugnissen, so doch in der eines neuen und abweichenden Kommentars. Da sein Verfasser, unseren Lesern durch einen Artikel in Band 6, Heft 1, bekannt, von der amerikanischen Seite her an den betreffenden Vorgängen nahe beteiligt war, erscheinen seine Ausführungen hier gleichfalls unter „Dokumentation“. Eben deshalb und um gewisser schwer wiederzugebender Schattierungen willen ist von Übersetzung abgesehen und die Form eines „letter to the Editor“ beibehalten worden.

H. R.

To the Editor,

The publication of the memorials and recollections of Dr. Ludwig Bergsträsser on the post-war origin of Land Hessen in the October (1957) issue of the *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* could not fail to excite the interest of those Americans who themselves had a modest share in this transaction. The editor has had the perspicacity to recognize the intrinsic historical value of Dr. Bergsträsser's memorials as evidence of the manner in which public-spirited and enlightened German officials sought to solve their all but insuperably difficult problems in the tragic days of 1945. He has also seen their obvious limitations in illuminating the decisive steps that led to the creation of what was then called Gross Hessen. In this latter respect they are both incomplete and fragmentary, and sometimes, I regret to say, misleading. The writer of these remarks looks back on a long friendship with Dr. Bergsträsser and desires at the outset to recognize in him one of the most energetic German proponents of Gross Hessen. Without his aid and cooperation I could not have stated the case for Gross Hessen to my commanding general as effectively as it was stated. He will, therefore, I am sure, forgive me, if in the interests of historical truth some of his minor illusions are deflated and certain perspectives are corrected.

Unfortunately, with the exception of a single decisive letter, it is impossible for me to supply you with the official records and documents which at this moment lie buried in the vast stores of the American Military Government repositories in a mid-western American city. Even were such records available, I very much fear they would register only the final culminating act and leave the vastly more important antecedents, studies and oral conferences which were not recorded, in a penumbra of uncertainty or complete darkness. If, notwithstanding this, this writer contends that it is possible to trace with some pretense at precision the salient considerations and measures which moved the Deputy Military Governor of the U.S. Zone, General Lucius D. Clay, to call Land Gross Hessen into being, this contention is also subject to the limitations of the personal experience of the writer. With these limitations in mind, permit me with the utmost brevity to set forth the salient steps that led to the creation of Land Hessen<sup>1</sup>.

Land Hessen, so far as American Military Government is concerned, was the result neither of prolonged planning nor was it a sudden inspiration. Informed Germans will recall that Americans always took a special pride in the fact that in establishing Land Hessen they were merely reviving a former German plan that was never brought to execution. In the end, the establishment of Land Hessen was the result of the cooperative efforts of OMGUS-Berlin, above all of the Office of Military Government for the U.S. Zone in Frankfurt (then called U.S.F.E.T) under General Clarence L. Adcock, and an almost countless array of German agencies and leading German personalities, including Dr. Werner Hilpert and Dr. Bergsträsser. But the decisive

<sup>1</sup> Reliable historical literature on the origin of Land Hessen and American Military Government's share in it is all but non-existent. The little volume by Dexter L. Freeman, *Hesse, A New German State*, published in 1948 by the Military Government Office for Hesse contains nothing of any value. Nor will the printed *The Monthly Reports of the Military Governor, U. S. Zone* yield any vital information. The only reliable and thoroughly documented study is that by J.F.J. Gillen, *State and Local Government in West Germany, 1945—1953*, Historical Division, Office of the U.S. High Commissioner for Germany, 1953, p. 42 et seq. This account is brief and largely based on the former files of the writer of these remarks which are no longer available to me. Nor was I able to recover a copy of my report on the Hessian problem of September 15, 1945 which was written for General Clay and General Adcock.



steps were taken in Frankfurt between September 16 and 19, 1945. What followed thereafter were merely the consequences of the decisive measures then agreed upon.

If, so far as the Americans are concerned, the paternity of Land Gross Hessen is to be attributed to any single person at all, that distinction belongs to the venerable German constitutional lawyer, Professor Gerhard Anschütz. Already in June, 1945, many Americans realized that the motley group of regional Military Government Detachments that were being set up in the three territorial fragments in Kurhessen, Hessen Nassau and Land Hessen could not survive. It was equally clear from the start that Rheinhessen on the left bank of the Rhine, which had become an integral part of the French zone of occupation, had to be excluded from any American plans. In addition to this, the eight Landkreise on the right bank of the Rhine which were ceded to the French to give them a bridgehead on the right bank of that river, had also to be excluded. Much concerned with the difficult administrative problem which the zonal boundaries, drawn up by the European Advisory Commission, had tossed into the lap of the Americans, I went to Heidelberg late in June, 1945, to request from Professor Anschütz an advisory opinion as to what might be the German desires with reference to these three territorial units. I should explain that my visit was undertaken in an unofficial capacity, since I was still a member of the Office of Strategic Services delegated as advisor to the European Civil Affairs Division of the American Army. To my great satisfaction I found Professor Anschütz not only extremely helpful but remarkably well informed on every aspect of the Hessian problem, including its ethnic, administrative and political implications. What was a novel and perplexing problem to most Americans proved to be a very familiar and an old problem to Professor Anschütz.

Professor Anschütz proceeded to explain that already Dr. Hugo Preuss had proposed the creation of a Gross Hessen in 1920. He then indicated that he had been one of the principal participants of the *Laenderkonferenz* of 1928 where the entire problem of re-apportioning the territories of the German *Laender* had been thoroughly explored and studied. As one of the participants of this *Laenderkonferenz* Professor Anschütz was thoroughly conversant with all the plans for the creation of a Gross Hessen which had been proposed in this body, but then had failed because of Prussian opposition. He was thoroughly convinced that the ancient divisions of this area were meaningless historical hangovers of a past that was now defunct. Before we parted Professor Anschütz had turned over to me the printed report of the *Laenderkonferenz* of 1928 together with a heavy bundle of pamphlets and articles which ventilated the problem of Gross Hessen from every imaginable point of view. I read as much of this literature as time permitted, but, as I was about to depart for Washington, I delivered this considerable body of materials into the hands of Dr. Robert Bowie, a Harvard law professor, who was then a personal assistant to General Lucius Clay. When I left, I had every reason to believe that, like myself, Dr. Bowie was favorably disposed toward the plan of creating a Gross Hessen. Precisely what was done in OMGUS-Berlin in this matter during the next two months, I am unable to say. So far as I was able to learn, General Clay followed the advice of the Political Division of Mr. Robert Murphy who felt that Americans should not violate the ancient German political divisions which time had hallowed. It is true, there was some sentiment in favor of a Gross Hessen in General Luther S. Smith's Civil Administration Division of U. S. Group C. C. But the fact remains that nothing substantial had been accomplished in Berlin during my absence.

When I returned to U.S.F.E.T. Headquarters in Frankfurt on September 2, 1945, as the civilian adviser to General Clarence L. Adcock, The Director of the Office of Military Government for the U.S. Zone, the Hessian problem was still not solved. More pressing for the moment was its companion problem of determining the future role of the regional Military Government E-Detachments in Wiesbaden, Kassel, Darm-

stadt, and Marburg. Since Control Council matters in Berlin absorbed much of General Clay's time and attention, pressing zonal problems usually had to wait for a solution until he could come down to Frankfurt for one or two days in the week. German readers of General Clay's *Decision in Germany* (p. 86) will recall that on the advice of the Political Division of Robert Murphy the original American plan contemplated setting up two territorial units, a Hessen Nassau with Wiesbaden as the center and a Hessen with its capital centered in Marburg. For reasons about to be explained this plan proved to be impracticable. Thanks to the energy and imagination of Dr. Ludwig Bergsträsser, The Military Government E-Detachment under Col. Davis in Darmstadt did succeed in setting up a regional German administration. Since mid-July a similar E-Detachment under Col. James Newman had moved into Wiesbaden with instructions to set up a *Regierungsbezirk*. Almost simultaneously a third E-Detachment under Col. Johnson had established itself in Marburg to set up a German administration in northern Hessen. While both Col. Davis and Col. Newman were remarkably successful in setting up a German administration, Col. Johnson in Marburg had made no material progress whatever by early September. The reasons for this failure are irrelevant in this connection. It matters very little whether this failure was due to faulty planning, to inability to find a German of stature to assume responsibility or to the personal inadequacy of the American officer in charge. What is decisive, however, is the fact that General Adcock's office found itself compelled to dissolve Col. Johnson's E-Detachment and place the Kassel *Regierungsbezirk* under the supervision of Col. Newman in Wiesbaden. The consolidation of Hessen thus proceeded in two stages, the combination of the *Regierungsbezirke* Kassel and Wiesbaden to which Land Hessen was later added. For zonal American Military Government the creation of Land Gross Hessen was a veritable godsend. The consolidation of the three territories into a single land and the concentration of responsibility in the capable hands of Col. James Newman in Wiesbaden simplified the whole structure of zonal Military Government and facilitated the Frankfurt Office's supervision and control. Moreover, it saved Military Government personnel at a moment when wholesale re-deployment of the American troops made it extremely difficult to find trained army officers competent to serve in a Military Government capacity.

It would be a grievous error, however, to contend that the creation of Gross Hessen was merely an escape from a serious Military Government predicament. It is true, the pressure of this predicament was present, but it should be emphasized that General Lucius Clay categorically refused to sanction a Gross Hessen on the mere ground that it was a Military Government convenience. On the contrary, in a conference held in Frankfurt sometime in the second week of September, 1945, with General Adcock and myself, he indicated in unequivocal terms that he would give his approval to a plan for Gross Hessen only if he were presented with a reliable body of cogent evidence demonstrating not only the administrative viability of a Gross Hessen (Dr. Bergsträsser's memorials concentrate almost exclusively on this aspect of the matter) but also the fact that the Hessian population, especially the people of Land Hessen who had never enjoyed the blessings of Prussian rule, actively desired and favored such a territorial consolidation. Since I had persistently argued that in creating a Gross Hessen the Americans would merely be reviving an old German plan advocated in the German *Laenderkonferenz* of 1928, I was commissioned to collect that evidence. I should add, that my task was greatly simplified by the fact that to most Americans the consolidation of the Wiesbaden and Kassel *Regierungsbezirke* presented no real problem since both of these provinces had long been an integral part of Prussia. What General Clay desired above all to know was whether the people of Land Hessen actively desired such a union.

No doubt a popular plebiscite such as was later instituted in the *Südweststaat* would

have been the normal democratic device to settle this problem. It was never seriously considered in these turbulent days of the early occupation when important decisions had to be made out of hand and made quickly. It would, moreover, have been quite incompatible with the Washington Joint Chiefs of Staff Directive 1067 to General Eisenhower which peremptorily ordered him to treat Germany not as a liberated but as a conquered country. Indeed, as it was, American Military Government, so much maligned both in the United States and in Germany in those days, was actually more humane and more solicitous of the wishes of the German population than its draconic Directive had ordered it to be.

Within the next few days I canvassed the opinions and desires of every German agency in the Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden, and Marburg areas which time and occasion permitted me to consult. I called upon scores of mayors, trade union leaders, politicians, chambers of commerce an individual business leaders like Dr. Richard Merton of the Metallgesellschaft, Protestant clergymen and ecclesiastical authorities, in addition, of course, to countless public officials who were attempting to find their way through the jungle of uncoordinated institutions bequeathed to them by the defunct National Socialist regime. I called upon Dr. Willi Wilbrand, the president of the Hessian league, who supplied me with an abundance of information, some of it reaching as far back as Bismarck's peace of 1866. Dr. Friedrich Giese, Professor of the History of Law at Frankfurt University, undertook to supply me with the opinions of the legal profession. No one was more helpful, however, than Dr. Werner Hilpert, later the Deputy Minister President of Gross Hessen, who possessed a precise knowledge and a firm grasp of the entire problem of disentangling the confusion of overlapping administrative agencies. Among the persons whose opinion and aid I solicited there was also Dr. Ludwig Bergsträsser, who then called himself "President of Land Hessen". I found him to be a warm advocate of territorial consolidation, despite the fact that the creation of Gross Hessen with Wiesbaden as capital inevitably meant the reduction of his status to that of a Regierungspräsident. I am quite certain that I never saw Dr. Bergsträsser's memorial of August 10, 1945, although as I read it over today it has a strangely familiar ring. In any case, after having been thoroughly briefed by Dr. Werner Hilpert and Dr. Bergsträsser himself and being reasonably familiar with the literature on the Laenderkonferenz of 1928, it presents very little that was then new to me. In one respect this memorial of August 10, 1945 was already antiquated by the middle of September, for when the French Government on September 2 announced that it would refuse to consent to the establishment of central administrative agencies in Berlin, there was no longer any alternative to the assumption by the German Laender of many of the former Reich functions. If Dr. Bergsträsser will refresh his memory, he may recall that it was about this time (mid-September) when he called at my office at U.S.F.E.T. Headquarters in Frankfurt and dropped a delicate hint that he would be available for the office of Minister President of the new Gross Hessen. This was perfectly legitimate in a land with Social Democratic majorities. Unfortunately, that office was not mine to bestow, for that task devolved solely and alone on Col. James Newman who preferred Dr. Karl Geiler.

The result of my rapid survey revealed the overwhelming popularity of this German demand for the creation of Land Gross Hessen in every geographical area concerned and among all classes of the population. Indeed, the unanimity of opinion among the countless persons and agencies I consulted surprised even me. I do not recall at this moment of writing a single dissenting voice. In the case of Gross Hessen there was nothing even remotely resembling the sentiment expressed by a Baden charwoman in one of the government buildings of Karlsruhe when I asked her whether she approved if the combination of northern Baden and Wuerttemberg into a single Land. In her inimitable Baden dialect she promptly replied without so much as a smile that among

her people there was a saying that the next war would be directed against the Swabians.

By this time I had convinced my immediate superior, General Adcock, that a Land Gross Hessen was both a Military Government and a German necessity, for all the territorial fragments were far too constricted to survive as vital administrative areas. In the company of General Adcock I delivered my report to General Lucius Clay on September 15, 1945. This report was far from exhaustive, but its economic, administrative and political reasoning was sound enough to carry conviction with General Clay. In the course of this conference which lasted throughout the morning General Clay withdrew his opposition and approved the plan for Gross Hessen. On September 16, 1945, General Clay wrote to the Assistant Secretary of the Army for Occupied Areas, John J. McCloy, in Washington as follows:

Last June in setting up the military districts we divided the Western District into three Laender: Hessen, Hessen-Nassau and Wuerttemberg-Baden, largely on the advice of the Political Division. The separation of Land Hessen from the former Prussian province Hessen-Nassau was intended to maintain their historic status.

Experience and further study have now shown that these two areas should be combined. They appear to be closely tied together by economic, political, and geographic factors, and are far too small for effective administration separately; many of the agencies for special functions, such as food and agriculture, labor and finance, have exercised authority over areas not conforming to their boundaries. Further study has shown that, up to 1933, the Germans themselves sought to consolidate these two units, and considered their separation merely a historical accident. The unification was blocked primarily by Prussian opposition.<sup>2</sup>

But the crucial date in the formation of Land Gross Hessen is September 19, 1945, when General Eisenhower in response to a request by General Clay issued the Military Government Proclamation No. 2 which announced that henceforth there would be three Laender in the U.S. Zone of occupation, Gross Hessen, Wuerttemberg-Baden, and Bavaria.

Naturally enough, time was required to elaborate the details of the plan for Gross Hessen. Since the whole structure of American Military Government was in process of reorganization, the Office of Military Government for Land Hessen under Col. Newman in Wiesbaden was not activated until October 8, 1945, and Dr. Karl Geiler did not take his oath of office as the first Hessian Minister President until October 16. Then, too, there was a complicated plan for a gigantic Military Government enclave that extended from Frankfort to Bad Nauheim, a plan that was soon abandoned because it was unworkable and unnecessary. But these are mere details, the important decision fell on September 19 in Frankfort, not in Berlin as Dr. Bergsträsser has it.

Gross Hessen was a godsend to American Military Government. It was a German administrative necessity as Dr. Bergsträsser's memorial of August 10, 1945 amply demonstrates. But it was above all a polity that enjoyed the genuine popular support of its inhabitants. Indeed its establishment was one of the most felicitous and popular acts of American Military Government in the entire course of the occupation.

Professor Walter L. Dorn

Columbia University

<sup>2</sup> Letter of General Clay to John J. McCloy, September 16, 1945 in the A.G. OMGUS file 014.1 Administration of the U.S. Zone of Germany. This letter is quoted in J.F.J. Gillen, *State and Local Government in West Germany, 1953*, p. 43.



Forschungsbericht

WALTER LIPGENS

DIE DARSTELLENDEN „JAHRBÜCHER“  
DER INTERNATIONALEN POLITIK SEIT 1945

Das politische Geschehen seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist bereits Gegenstand weitgespannter Forschungsarbeit. Wenn Zeitgeschichte ihren eigentlichen Impuls aus der Notwendigkeit empfängt, eine Krise, von deren Lösung die sinnvolle Gestaltung des künftigen Lebens abhängt, mit den seit zwei Jahrhunderten erarbeiteten Methoden wissenschaftlicher Forschung zu erfassen und ihrer politischen Bewältigung vorzudenken<sup>1</sup>, so hat sie ihre besondere Dringlichkeit für einen Zeitraum, in welchem der Ost-West-Konflikt das politische Handeln selbst zu großem Teile lähmt und der Unabhängigkeitswille wirtschaftlich unterentwickelter Völker aus keiner Tradition beantwortbare Probleme aufwirft.

Die wissenschaftliche Behandlung der Nachkriegszeit geschieht teilweise in den erprobten Formen: Dokumentenbände sammeln oder erschließen Quellenmaterial; Aufsätze in entsprechenden Fachzeitschriften jedes Landes<sup>2</sup> erarbeiten erstmals umgrenzte Detail-Vorgänge; Monographien geben erste historische Untersuchungen größerer Komplexe; systematische Arbeiten streben nach theoretischen Folgerungen<sup>3</sup>. Eine sinnvolle Bibliographie der ganzen, schon schwer übersehbar gewordenen Forschungsarbeit beginnt sich zu entwickeln. – Die Titelgebung „Jahrbuch“ (Yearbook, Annuaire, Annual Report usw.) tritt auf diesem Felde, auf dem selten das Geschehen selbst bereits chronologische Abschnitte erkennen läßt, als schlicht sich anbietendes Einteilungsprinzip auf. Sie wird insbesondere für vier Arten von Publikationen verwandt, von denen hier nicht näher berichtet werden soll, und von denen drei dem Bereich der „Quellen“ zugehörig sind. Die Informationsämter nahezu aller Staaten geben „Jahrbücher“ heraus, in denen unter Veröffentlichung zahlreicher Statistiken Übersichten gegeben werden über die Geschehnisse des Jahres in Verfassung und Rechtswesen, Militär und Finanzen, Erziehung und Kultur sowie in sämtlichen Zweigen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens des betreffenden Staates; das „Österreichische Jahrbuch 1956“<sup>4</sup>, „India, A reference Annual 1956“<sup>5</sup>, „The Japan Annual 1955“<sup>6</sup> sind Beispiele für den bei kritischer

<sup>1</sup> Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 2; Konrad Barthel, Das Problem der Zeitgeschichte, Sammlung, Okt. 1954, S. 488 f.; Paul Kluge, Aufgaben und Methoden zeitgeschichtlicher Forschung, Europa-Archiv X, April 1955, S. 7430 f.; Hermann Heimpel, Der Mensch in seiner Gegenwart, Göttingen 1954, S. 9 ff.

<sup>2</sup> Für die Bundesrepublik insbesondere die Außenpolitik, das Europa-Archiv und die Zeitschriften für osteuropäische Probleme.

<sup>3</sup> Eine immer noch treffliche Einführung gibt Kenneth W. Thompson, The Study of International Politics: A Survey of Trends and Developments, in: The Review of Politics (Notre Dame, Indiana) XIV, Okt. 1952, S. 435–67.

<sup>4</sup> Hsbg. vom Bundespressedienst, Wien 1957, 469 S.

<sup>5</sup> Compiled by Research and Reference Division, Ministry of Information and Broadcasting, Government of India, Delhi 1956, 592 S.

<sup>6</sup> Prepared by the Institute of World Economy, Japan Annual Publications, Tokio 1955, 544 S.

Nutzung hohen Quellenwert solcher „Jahrbücher“ der Einzelstaaten. Auch internationale Organisationen geben „Jahrbücher“ heraus, in denen sie ihren Aufbau und ihr Wirken während des Berichtsjahres detailliert beschreiben; das „Yearbook of the United Nations 1955“<sup>7</sup>, das „Jahrbuch-Handbuch der Gemeinsamen Versammlung“<sup>8</sup>, das „Annuaire Européen – European Yearbook 1956“<sup>9</sup> mit seinen Dokumenten und Chronologien der Tätigkeit sämtlicher europäisch-überstaatlicher Organisationen sind Beispiele dieses zweiten Typs quellenmäßiger Hilfsmittel. Andere Jahrbücher stellen statistisches Material unter bestimmten Fragestellungen bereit, z.B. „Annuaire des Organisations Internationales 1956“<sup>10</sup>, die weltwirtschaftlichen Jahrbücher der UNO<sup>11</sup>, „Political Handbook of the world, Parliaments, Parties and Press 1957“<sup>12</sup>. Schließlich findet der Titel auch Verwendung als Sammelname für mehrere in sich selbständige darstellende Aufsätze; im Bereich der Internationalen Beziehungen z.B. bei den Jahrbüchern des internationalen Rechts verschiedener Sprachen<sup>13</sup>, bei „The Yearbook of World Affairs 1956“<sup>14</sup> und „The Indian Yearbook of International Affairs 1956“<sup>15</sup>. Die beiden letztgenannten Publikationen sind zwar bemüht, für hervorstechende Ereignisse des Jahres jeweils erste sie wissenschaftlich behandelnde Aufsätze zu gewinnen, doch stehen diese als Spezialstudien unverbunden nebeneinander. – Neben diesen erprobten Formen zeitgeschichtlicher Forschung ist indessen eine neue entstanden, deren Ziel es ist, eine erste Gesamtdarstellung des internationalen politischen Geschehens in Jahrbuchform zu bieten. Sie ist der Gegenstand dieses Berichtes.

Jahrbücher in diesem Sinn sind selbst Ausdruck der die gegenwärtige Epoche kennzeichnenden universalen Konstellation. Was erstmals Arnold Toynbee 1925 in seinem Essay „The World after the Peace Conference“<sup>16</sup> begrifflich erfaßte, liegt

<sup>7</sup> Department of Public Information, United Nations, New York 1956, 556 S.

<sup>8</sup> Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Studien- und Dokumentationsabteilung, Luxemburg 1956, 466 S.

<sup>9</sup> Publié sous les Auspices du Conseil de l'Europe, La Haye 1956, 727 S. (Die Bände enthalten zudem in jedem Jahr etwa fünf Aufsätze zur Geschichte der europäischen Einigung.)

<sup>10</sup> Union of International Associations, Brüssel 1956, 1190 S.

<sup>11</sup> Yearbook of International Trade Statistics 1955, Statistical Office of the United Nations, New York 1956, 720 S.

<sup>12</sup> Council on Foreign Relations, New York 1957, 230 S.

<sup>13</sup> Z. B. Jahrbuch des internationalen Rechts 1954, hg. v. H. Laue, H. v. Mangoldt und E. Zechlin, Göttingen 1954, 234 S.; The British Yearbook of International Law 1956, Royal Institute of International Affairs, Oxford 1957, 367 S.

<sup>14</sup> Hsgb. v. G. W. Keeton und G. Schwarzenberger, The London Institute of World Affairs, London 1956, 420 S.; Band 1957 (479 S.) bringt besonders wichtige Aufsätze und einen wiederum vermehrten Buchbesprechungssteil.

<sup>15</sup> Hsgb. v. C. H. Alexandrowicz, Indian Study Group of International Affairs, University of Madras 1956, 588 S.

<sup>16</sup> Being an Epilogue to the „History of the Peace Conference of Paris“ and a Prologue to the „Survey of International Affairs 1920–23“, Oxford 1925; diese Keimzelle seines ganzen historischen und geschichtsphilosophischen Werkes ist zu Unrecht wenig bekannt. Vgl. neuerdings Erwin Hölzle, Formverwandlung der Geschichte. Das Jahr 1917, Saeculum 6, 1955, S. 329 ff.

seit 1945 vor aller Augen: Zeitgeschichte vollzieht sich nicht mehr, wie noch die der Neuzeit, in getrennten Kulturkreisen, sondern als globaler Zusammenhang. Nirgendwo ist eine isolierte nationale Existenz mehr möglich, gleichartige ideologische und gesellschaftliche Bewegungen durchziehen alle Länder, die technische Zivilisation führt alle Kulturkreise zueinander, politisches Handeln wird von allen Rassen her initiiert und wirkt von jedem Punkte der Erde, wo immer es geschieht, auf alle Punkte der Erde. Das mindert gewiß nicht die Bedeutung der Detailforschung für die Zeitgeschichte; sie muß Analysen der statischen Elemente, aller am Wirken jedes Staates beteiligten Kräfte erbringen, einzelne Geschehnisse nach Sparten untersuchen, das Wirken von Organisationen oder regionale Geschehnisketten monographisch beschreiben. Aber ihrem vorgenannten eigentlichen Impuls, die Gesamtheit der Umwälzung und neuen Struktur zu erfassen und deren politischer Bewältigung vorzudenken, kann sie nur genügen, wenn sie alsdann alle Elemente der internationalen Politik – Staaten, Gesellschaften und internationale Organisationen – im geistigen und sozialen, im wirtschaftlichen und politischen Bereich in ihrem Wechselspiel sich zum Thema nimmt. Dieser Aufgabe – von deren methodischer, personeller und sachlicher Schwierigkeit unter III. zu sprechen sein wird – haben sich unabhängig voneinander in verschiedenen Ländern bisher acht Unternehmen gewidmet. Sie alle haben die Aufgabe gleichartig begrenzt, indem sie nicht sämtliche vorstellbaren internationalen Beziehungen, sondern das internationale politische Geschehen mit allen darauf einwirkenden Faktoren zu ihrem Gegenstand machten. Sie alle haben auch die Aufgabe gleichartig gegliedert, indem sie dieses Geschehen jahresweise erforschen, beschreiben und analysieren. Es soll hier über diejenigen Jahrbücher berichtet werden, die für die Nachkriegszeit eine erste geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung des gesamten Quellenmaterials in Form globaler Gesamtdarstellung der internationalen Politik geben wollen. Was ergibt sich aus ihrem Vergleich?

## I.

Zunächst sind diejenigen vier Unternehmen zu charakterisieren, die aus nationalen „Jahrbüchern“ als unabhängigen wissenschaftlichen Publikationen hervorgingen, in ihrem „außenpolitischen Teil“ seit den zwanziger Jahren mehr und mehr globale Gesamtdarstellung der internationalen Politik erstreben, diese aber gleichwohl noch unter Gesichtspunkten nationaler Außenpolitik betrachten<sup>17</sup>.

The Annual Register of World events<sup>18</sup>

Die Bände dieser Reihe, 1759 von Edmund Burke begründet<sup>18a</sup>, entsprachen dem Bedürfnis der lange Zeit einzigen imperialen Macht nach umfassender Orientie-

<sup>17</sup> Um einen Vergleich zu ermöglichen, wird bei jedem Unternehmen nach einer Gesamtcharakteristik der Jahresband 1955, falls noch nicht erschienen, der letztpublizierte zugrunde gelegt, auch wenn bei einigen bereits der Jahresband 1956 vorliegt.

<sup>18</sup> Vol. 197 – A Review of the Year 1955, Edited by Sir Ivison Macadam, assisted by Hugh Latimer, London – New York – Toronto (Longmans, Green and Co.) 1956, XXI, 505 S.

<sup>18a</sup> Richmond Lennox, Edmund Burke und sein politisches Arbeitsfeld in den Jahren 1760–1790, München – Berlin 1923, S. 22–24.

rung über das jüngste politische Geschehen. Über zwei Jahrzehnte lang hat Edmund Burke die politischen Teile jedes Bandes geschrieben und damit erstmals zuverlässige jahresweise Überblicke über das Weltgeschehen ermöglicht<sup>18a</sup>. Im 19. Jahrhundert mehr als Fakten-Chronologie geführt, gewannen die „Annual Register“ ab 1930 an historiographischer Darstellungsweise und wissenschaftlicher Analyse. Unter der Leitung von Sir Ivison Macadam, dem langjährigen Generaldirektor (bis 1955) des Royal Institute of International Affairs, wurden sie seit 1945 zu einem Standardwerk der Zeitgeschichtsschreibung von rund 500 Seiten pro Jahr. Der Band über das Jahr 1955 wurde geschrieben von 52 britischen Wissenschaftlern, zumeist Lehrstuhlinhabern und hervorragenden Sachkennern, von denen jeder die Verantwortung für ein Gebiet oder eine Organisation übernahm.

Es wird noch zu zeigen sein, wie wichtig für das Gelingen globaler Gesamtdarstellung die Auffindung des geeignetsten Gliederungsprinzips ist. Das „Annual Register“ hat seinem Ursprung gemäß bisher daran festgehalten, die britischen Ereignisse und Interessen unverhältnismäßig stark zu berücksichtigen. Von den vier Hauptteilen, in die jeder Jahresband gegliedert ist, bietet der I. Teil (1955: S. 1–73) die Geschichte der Außen- und vor allem der Innenpolitik des Vereinigten Königreiches, der II. Teil (S. 74–132) alle Ereignisse von politischer Bedeutung in den Mitgliedstaaten des Commonwealth, der III. Teil (S. 133–333) die politische Geschichte aller verbliebenen Länder und Institutionen der Erde, der IV. Teil (S. 345–462) darstellende Übersichten über die im Laufe des Jahres in Großbritannien erschienene Literatur, geschaffene Kunstwerke und publizierte naturwissenschaftliche Forschung. Somit sind die Teile I und IV ausschließlich Großbritannien gewidmet und als einigermaßen gleichartige Gesamtdarstellung der internationalen Politik nur die Teile II und III anzusprechen. Doch haben diese Teile gegenüber früheren Bänden erheblich an Umfang und Gewicht gewonnen; sie bilden mehr als zwei Drittel des Werkes, und auch personell liegt bei ihnen das Schwergewicht: Von den 52 Autoren sind 41 für sie als Spezialisten der verschiedenen Länder tätig, wie denn das Autorenverzeichnis die Vielfalt der Lehrstühle für internationale Politik und für die neueste Geschichte überseeischer Völker an den englischen Universitäten bezeugt.

Die traditionsbedingte Hauptgliederung beeinträchtigt indessen auch die Untergliederung der beiden international-politischen Teile; sie lautet in jedem Band:

- |   |                              |
|---|------------------------------|
| II. 1. Kanada   | 2. Australien und Neuseeland |
| 3. Südafrikanische Union und Föderation von Rhodesien |                              |
| 4. Indien, Pakistan, Ceylon                           | 5. The Colonial Empire       |
- 
- |   |              |
|---|--------------|
| III. 1. Internationale Organisationen und Konferenzen     |              |
| 2. Die USA  | 3. Die UdSSR |
| 4. Frankreich, Benelux, Irland, Schweiz, Südwesteuropa    |              |
| 5. Deutschland, Polen und die skandinavischen Staaten     |              |
| 6. Tschechoslowakei, Österreich, Balkanstaaten und Türkei |              |



7. Die arabische Welt von Libyen bis Afghanistan
8. Burma, China, Japan, Indochina, Indonesien
9. Lateinamerika

Es mischt sich also ein sachliches Gliederungsprinzip, demzufolge die Commonwealth-Länder und die internationalen Organisationen und Konferenzen gesondert dargestellt werden, mit einem geographischen, innerhalb dessen die europäischen Länder, ohne Rücksicht auf den Eisernen Vorhang zusammengestellt, ein Übergewicht haben. Es ist ersichtlich, wie auf diese Weise einerseits wesentliche Zusammenhänge verlorengehen, z. B. Indien, seine politischen Gefährten und die Bandungkonferenz je an verschiedenen Stellen gesucht werden müssen, andererseits die Bearbeiter der einzelnen Staaten verleitet werden, zu integrale Geschichte ihrer Subjekte zu schreiben – wozu bereits die spezialisierte Vielzahl der Autoren drängt. Auf diese Weise enthält jeder Band des „Annual Register“ zwar historiographisch meist glänzende Länderstudien und umfassende Darstellungen aller politischen Ereignisse, aber er vermag weder die regionalen Hauptprobleme noch das Zusammenspiel aller Elemente der internationalen Politik zu erfassen.

Methodisch ist die Quellenverarbeitung in fast allen Kapiteln gut, doch wird die wissenschaftliche Benutzbarkeit beeinträchtigt durch das Fehlen jeglichen Anmerkungsapparates. Eine zehnsseitige Chronologie der Hauptereignisse, Texte der hervorragendsten Dokumente des Jahres (des Bagdadpaktes, des Warschauer Paktes und des österreichischen Staatsvertrages), Lebensläufe wichtiger im Laufe des Jahres verstorbener Persönlichkeiten (20, davon 13 Engländer) und ein vorbildlicher Index beschließen das Werk.

### L'Année Politique<sup>19</sup>

Jeder Jahresband dieser Reihe, die schon 1874–1905 erschien und 1945 von neuem begonnen wurde, stellt seither auf durchschnittlich 550 Seiten Text das politische Geschehen des betreffenden Jahres dar. Seit 1945 werden die Bände unter der Leitung dreier bekannter Professoren der „Sciences Politiques“, André Siegfried, Edouard Bonnefous und J.B. Duroselle, von acht hauptamtlichen Mitarbeitern geschrieben, deren Aufgabenverteilung im einzelnen nicht ersichtlich ist. Es mag an dieser ganzjährigen Konzentration eines befähigten, wenn auch kleineren Teams auf die Aufgabe liegen, daß die Erfassung und Verarbeitung des gesamten gewaltigen Quellenstroms, wie er täglich durch die Nachrichtenbüros der Welt fließt oder im Laufe des nachfolgenden Jahres aus mancherlei Brunnen vermehrt wird, der im „Annual Register“ geleisteten mindestens ebenbürtig ist.

<sup>19</sup> Revue Chronologique des Principaux Faits Politiques, Diplomatiques, Economiques et Sociaux de la France et de l'Union Française et Bilan des Organisations Européennes du 1<sup>er</sup> Janvier 1955 au 1<sup>er</sup> Janvier 1956, Introduction d'André Siegfried, Paris (Presses Universitaires de France et Editions du Grand Siècle) 1956, XVI, 817 S. Dies ist das einzige Unternehmen in französischer Sprache.

Indessen verhindert auch hier ein traditionelles Gliederungsprinzip, daß das offensichtlich seit 1945 erstrebte Ziel einer globalen Gesamtdarstellung der internationalen Politik erreicht wird. „L'Année Politique“ hält nicht nur daran fest, die französischen Ereignisse und Interessen vornehmlich zu berücksichtigen; es bedient sich zudem einer Mischung von sachlichen und chronologischen Einteilungsgesichtspunkten, welche auch im „außenpolitischen Teil“ die klärende Zusammenschau behindert. Jeder Band hat folgende Hauptteile (Seitenzahlen 1955):

- I. Innenpolitik (1–106)
- II. Wirtschaftspolitik (107–148)
- III. Sozialpolitik (149–172)
- IV. Union Française D'Outre Mer et Protectorats (173–310)
- V. Politique Extérieure (311–579)

Innerhalb eines jeden dieser fünf Hauptteile erfolgt eine streng chronologische Gliederung unter den Monatsnamen als Überschriften. So muß z.B. im IV. Teil der Leser „Indochina“ unter jedem einzelnen Monat aufsuchen und im V. Teil, wiederum unter jedem Monat, schauen, was er an zugehörigen südasiatischen Fragen findet. Wichtige Vorgänge, wie die Unabhängigkeitsbewegung in Marokko, die Regelung der Saarfrage, die Einigung Europas oder die Ablösung von Mendès-France durch Edgar Faure, sind in jedem der fünf Hauptteile unter bestimmten Aspekten und wiederum unter jeder Monatsüberschrift nach ihrem Ablauf behandelt. So leidet trotz oft großer Darstellungskunst erklärlicherweise die tiefere Erfassung und wissenschaftliche Analyse der Vorgänge Schaden. Die Teile I–III behandeln ausschließlich französische Politik. Teil V ist seit 1945 bemüht, die gesamte internationale Politik zu erfassen, doch geschieht es einerseits noch immer vornehmlich unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die französische Außenpolitik, andererseits ergeben sich seltsam äußerliche Reihenbilder, wenn z.B. dem breit dargestellten Sturz von Mendès-France (5. Februar 1955) der Sturz Malenkows (8. Februar) oder jedem Monat unvermittelt ein Abschnitt „Les Problèmes d'Asie“ angehängt wird. Zwar ergeben sich auf diese Weise gelegentlich in anderen „Jahrbüchern“ verlorengelassene chronologische Zusammenhänge, aber weder die Grundmotive im Handeln anderer Staaten noch regionale außereuropäische Hauptprobleme noch das Zusammenspiel der Elemente internationaler Politik können erfaßt werden.

Für die wissenschaftliche Benutzung bedeutet das Fehlen jeglichen Quellennachweises einen bedauernswerten Verlust all der speziellen Kenntnisse, die bei der Abfassung des Textes vorlagen. Keine zitierte Rede, Verlautbarung usw. ist nachschlagbar; die seltenen Anmerkungen verweisen auf andere Seiten des Bandes oder andere Bände der Reihe. Doch wird dieser Mangel teilweise ausgeglichen durch einen jedem Band beigegebenen Anhang; er enthält auf durchschnittlich 200 Seiten rund 70 der wichtigsten Dokumente des Jahres im Wortlaut, sehr aufschlußreiche Statistiken aller Wahlen während des Jahres in Frankreich, eine Chronologie der Hauptereignisse und ein vorbildliches Register.

Canada in World Affairs<sup>20</sup>

Dieses 1946 gegründete Unternehmen verdient besonderes Interesse, weil es nicht, wie die beiden bisher besprochenen infolge nationaler Traditionen, sondern bewußt Kanadas Stellung in gleichwohl global verstandener internationaler Politik zum Thema hat. Es setzt dabei die beiden, in englischer Sprache erscheinenden und in Kanada verbreiteten, jahresweisen Gesamtdarstellungen der internationalen Politik, „The United States in World Affairs“ und „Survey of International Affairs“<sup>21</sup>, voraus; es skizziert die dort erarbeitete Gesamtdarstellung in ihren Grundlinien, um alsdann den speziellen Anteil Kanadas in die Gesamtskizze des Näheren einzutragen. Da auf diese Weise nurmehr kanadische Quellen neu erschlossen zu werden brauchen, konnte der Präsident des Canadian Institute of International Affairs, Edgar McInnis, als Auftraggeber auch in der Bearbeiterfrage andere Wege gehen: Er beauftragte jeweils einen Professor für internationale Politik, unter Assistenz von drei Hilfskräften des Instituts je einen Zweijahresband (vorliegend jetzt für den Zeitraum seit 1937) zu schreiben. Damit gewann jeder Band den Reiz geschlossener Autorschaft, und die gleichwohl in ihren Darstellungsprinzipien straff geleitete Reihe wurde zu einer Art Arena der besten politischen Wissenschaftler Kanadas.

Die Gliederung der einzelnen Bände ist unterschiedlich, je nach dem Charakter der darzustellenden Jahre und der Mentalität des Autors. W.E.C. Harrison folgt in seinem Band 1949–1950 einer historischen Gliederung, die von der Gründung und Ratifizierung der NATO ausgeht, 1949 die Krisen in Mittel- und Osteuropa sowie den Colombo-Plan, 1950 die Evolution der NATO und den Korea-Krieg in den Mittelpunkt rückt und mit einer Gesamtanalyse der militärischen wie wirtschaftlichen Probleme der westlichen Welt endet. B.S. Keirstead gibt seinem Band 1951 bis 1953 eine sachliche Obergliederung, indem er mit einer Analyse aller Bedingungen der kanadischen Außenpolitik beginnt, dann die einzelnen Engagements Kanadas in außenpolitischen Problemen je nach ihrem Schwergewicht im Rahmen der UNO, der NATO, des Commonwealth und der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten behandelt und in den beiden letzten Kapiteln die Probleme der militärischen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit des Westens untersucht. Alle Bände dieser Reihe führen unter dem Text einen soliden Anmerkungsapparat, der für die Probleme anderer Länder vornehmlich die schon genannten beiden Gesamtdarstellungen zitiert, in der Hauptsache aber eine nuancenreiche Spiegelung der internationalen Politik in den Debatten des Kanadischen Unterhauses und der kanadischen Presse bietet. (An sonstigen Beigaben findet sich nur ein wenig umfangreicher Index.)

Gemeinsam ist diesen Bänden, daß sie die begrenzten Wirkungsmöglichkeiten kanadischer Außenpolitik herausarbeiten; Kanadas Commonwealth-Beziehung er-

<sup>20</sup> 1949 to 1950, by W.E.C. Harrison; 1951 to 1953, by B.S. Keirstead; issued under the auspices of the Canadian Institute of International Affairs, Toronto (Oxford University Press) 1956; VII, 374; XI, 268 S.

<sup>21</sup> Vgl. unten S. 207f.

scheint als „eine unserer vielen Verbindungen mit andern Ländern“, also keinesfalls überbetont, und seine Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten wird als eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. In jedem Abschnitt ist eine nüchtern-objektive Einschätzung der eigentlichen Hauptmächte und Probleme der internationalen Politik spürbar. Obwohl die kanadische Außen- und Wirtschaftspolitik dem Umfang nach im Vordergrund steht, ist auf diese Weise das volle Gegenteil einer nationalen Egozentrik und ein Musterbeispiel dafür entstanden, wie heute allein noch die Politik des eigenen Staates im Rahmen der internationalen Gesamtentwicklung zum Thema gemacht werden kann.

### Major Problems of United States Foreign Policy<sup>22</sup>

Auch diese Reihe, von der seit 1947 pro Jahr ein Band erscheint, bemüht sich, im Rahmen einer jahresweisen Gesamtanalyse der internationalen Politik dem Handeln des eigenen Staates genauere Untersuchung zu widmen. Es liegt an der eminenten Bedeutung der Vereinigten Staaten in sämtlichen regionalen und sachlichen Bereichen der internationalen Politik, wenn es hier nicht gleichermaßen wie in den kanadischen Jahrbüchern gelingt, die amerikanische Außenpolitik auf dem Hintergrund eines objektiv erfaßten Kräftespiels zu zeichnen, sondern an manchen Stellen die erstere dominiert und dadurch die Proportionen sich verschieben. Hierzu trägt auch eine besondere pädagogische Zielsetzung und Entstehungsweise des Werkes bei. Die „Brookings Institution“, eine 1927 gegründete private Organisation, will durch ein Dutzend hauptamtlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter in Gastvorlesungen an amerikanischen Universitäten das Studium der internationalen Politik fördern. Aus ihren Forschungen erwachsen neben Einzelstudien die Jahresbände der „Major Problems“, die dann den Vorlesungen und Seminaren als „Textbook“ dienen.

Die Obergliederung der Bände (mit durchschnittlich 400 Seiten Text pro Jahr) entspricht deutlich diesem pädagogischen Zweck. Nach einer Einleitung über die Hauptlinien der innenpolitischen Entwicklung der Vereinigten Staaten im Berichtsjahr bringt Teil I (S. 51–100) eine von Band zu Band nicht im wesentlichen, sondern nur in Ordnung und Formulierung veränderte (verbesserte) Analyse der Grundlagen der amerikanischen Nachkriegs-Außenpolitik und aller sie beeinflussenden Faktoren. Teil II (S. 101–344) enthält die eigentlich „jahrbuchartigen“ Berichte und Analysen zu den Geschehnissen der internationalen Politik, in teils sachlicher, teils geographischer Untergliederung:

- |  |               |
|--|---------------|
| 1. Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik der USA | 2. UNO        |
| 3. Großbritannien und Commonwealth                 | 4. Westeuropa |
| 5. die UdSSR und Osteuropa                         |               |

<sup>22</sup> 1954, Prepared by the Staff of The Brookings Institution, Washington (The Brookings Institution) 1954, X, 429 S. (Bei diesem Unternehmen ist, im Unterschied zu allen anderen, die Jahreszahl im Titel irreführend; durchweg bringt jeder Jahresband die Probleme des vorangegangenen Jahres zur Darstellung.)



## 6. Mittelmeerraum und Mittelost

## 7. The African Area

## 8. The Asian Area

## 9. Lateinamerika

Der III. Teil schließlich wählt „aus der großen Zahl der im II. Teil diskutierten Probleme“ (Vorwort) ein Hauptproblem aus, um es bis in jedes Detail zu bearbeiten und „als Illustration jenes Typs materialreicher Denkschriften, die Regierungen für ihre politischen Entscheidungen als Grundlage benötigen“, Spezialseminaren zur Verfügung zu stellen. Der Band 1954 bringt als III. Teil „A problem paper on the Soviet Threat“. – Haben somit die Teile I und III den Charakter von Einzelstudien, so bietet doch der II. Teil eine Gesamtdarstellung der internationalen Politik eines Jahres, deren Untergliederung geeignet ist, jeweils ein Gesamtbild der regionalen Hauptprobleme und ihres Zusammenspiels zu ergeben. Gerade weil die chronologische Berichterstattung knapp gehalten wird zugunsten argumentierender Analyse der jeweiligen Probleme und ihrer Lösungsmöglichkeiten, und gerade weil die amerikanische Außenpolitik als Bezugspunkt für jedes Problem genommen wird, tritt dieses Zusammenspiel eindringlich in den Vordergrund – indessen, wie schon erwähnt, nicht immer ohne Verschiebung der Proportionen infolge des Bezugspunktes.

Es hängt mit diesem Zurücktreten der chronologischen Darstellung zugunsten der Problemanalyse zusammen, daß der Leser das Fehlen eines Anmerkungsapparates nicht so bedauert; denn auf jeden Unterabschnitt, rund alle 5 Seiten, folgt eine Seite Bibliographie, welche nahezu lückenlos sämtliche Literatur zum jeweiligen Problem aufführt. Diesen Vorzug der „Major Problems“ vor allen bisher erörterten Reihen verstärkt eine Bibliographie, die am Ende jedes Bandes alle noch nicht an Hand spezieller Probleme erfaßten Studien genereller, regionaler oder „funktionaler“ Art zusammenstellt.

## Im Ostblock?

Angesichts des Gewichtes, das die sowjetische Weltmacht in der internationalen Politik der Nachkriegszeit besitzt, und der Bedeutung, die die Volksrepublik China in ihr gewinnt, ist es besonders bedauerlich, daß beider Stimme im Arbeitskreis wissenschaftlicher Behandlung dieser Internationalen Politik bisher fehlt. Im gesamten Bereich des Ostblocks und Chinas gibt es noch keine vergleichbaren Publikationen, ja mit einer Ausnahme kaum Ansätze zu einer vergleichbaren Forschungstätigkeit. Die Ausnahme bildet charakteristischerweise schon seit 1946 das polnische Institut für Internationale Politik in Warschau. Es gibt die Monatszeitschrift „Zbiór Dokumentów“<sup>23</sup> heraus, die textkritisch einwandfrei Dokumente, oft auch der westlichen Politik, bereitstellt und die Monatszeitschrift „Sprawy Międzynarodowe“<sup>24</sup>, in der insbesondere seit der polnischen Oktoberrevolution 1956

<sup>23</sup> Warschau, hsgb. vom Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, 12. Jg. 1956 (enthält jedes Dokument in zwei Originalsprachen, oft französisch).

<sup>24</sup> Warschau, Hsgb. ders., 12. Jg. 1956. — Das jugoslawische „Institut za Međunarodnu Politiku i Privredu“ (Belgrad) publiziert seit drei Jahren wissenschaftliche Einzelstudien und eine Dokumentenserie zur internationalen Politik in serbokroatischer Sprache.

sich Ansätze zu wissenschaftlicher, wenngleich sehr vorsichtiger Erfassung der welt-politischen Lage finden.

Abgesehen davon werden in der kommunistischen Welt (was immer in Ministerien an nüchterner Erfassung der Realitäten geleistet werden mag) vorerst nur Arbeiten greifbar, die nach den Kriterien westlicher Wissenschaftlichkeit Pamphlet-Charakter haben, Beschimpfung der Politik der kapitalistischen Länder und Panegyrik der eigenen betreiben. Solchen Inhalts sind auch die Aufsätze des einzigen außerhalb Polens, in Moskau, erscheinenden Organs für außenpolitische Fragen, der Monatszeitschrift „Meždunarodnaja Žisn“<sup>25</sup>. Inwieweit andererseits „sowjetische Wissenschaftlichkeit“ internationalpolitischen Forschungen und Einsichten etwa im Gewande ideologischer Auseinandersetzung oder Selbstkritik Gehör verschafft, also leninistisch doch eine vergleichbare Funktion im sowjetischen System ausübt, wie die Zeitgeschichte im westlichen – das ist eine Frage, auf die hier nur hingewiesen werden kann. Eine Evolution mag sich in der April 1957 erfolgten Gründung einer „Sowjetischen Gesellschaft für Internationales Recht“ ankündigen, die „eine sowjetische Konzeption des Völkerrechts erarbeiten und das Weltgeschehen in ihrem Licht untersuchen“ will<sup>25a</sup>. Vorerst aber fehlen wissenschaftliche Monographien etwa zur westlichen Außenpolitik und erst recht Versuche jahrbuchartiger Gesamtdarstellung.

Dieser Ausfall ist bedauerlich, nicht nur im Hinblick auf Unterrichtsmöglichkeit und Weltbild der im kommunistischen Bereich lebenden Menschen, sondern ebenso sehr im Hinblick auf das Ziel, die wissenschaftliche Erfassung der Geschehnisse und Strukturen der internationalen Politik durch gleichartige Bemühungen von allen wichtigen Blickpunkten her der „Objektivität“ anzunähern; – einem Ziel, dem die Werke, die bisher zu beschreiben waren, trotz vorwaltender nationaler Blickpunkte durchaus dienen.

## II.

Eine zweite Gruppe bilden die Unternehmen, die unter bewußtem Verzicht auf jede besondere Berücksichtigung der Faktoren und Interessen einzelstaatlicher oder regionaler Außenpolitik bemüht sind, gleichmäßig proportionierte, in Stoffverteilung und Behandlung bereits annähernd globale Gesamtdarstellung der internationalen Politik jaarweise zu geben. Ihre Entstehung ist eng verknüpft mit einem Datum, mit einer Institution und mit einem Namen: Mit der Erörterung des Versailler Friedensvertrages 1919, mit der Begründung des ersten Instituts „of International Affairs“ und mit dem Namen Arnold J. Toynbee.

<sup>25</sup> Moskau, hsgb. von „dem Komitee“ (keine näheren Angaben), 3. Jg. 1957; erscheint auch monatlich in englischer Übersetzung unter dem Titel „International Affairs“, Moskau (nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Monatszeitschrift des Chatham House, London).

<sup>25a</sup> Vgl. Ankündigung in „International Affairs“ (Moskau), 3. Jg., Heft 6, Juni 1957, S. 167. Die Gesellschaft plant auch ein „Yearbook of International Law“, vermutlich als Aufsatzsammlung, ähnlich den in Anm. 13 genannten.

## Survey of International Affairs

Noch während der Verhandlungen in Versailles hatte sich einer Gruppe englischer und amerikanischer Politiker und Wissenschaftler die Notwendigkeit aufgedrängt, wie es Toynbee 1925 formulierte, den Umbruch der bisherigen historischen und politischen Strukturen zu erfassen, den „neuen Horizont“ in den Beziehungen der Staaten, den Kontakt der Zivilisationen und das ökonomische Zusammenspiel zu beschreiben und dann „im Vordergrund“ das politische Geschehen wissenschaftlich zu behandeln<sup>26</sup>. So fand sich 1920 in Großbritannien eine Gesellschaft von Politikern, Wirtschaftlern und Wissenschaftlern zur Gründung eines Forschungsinstituts zusammen. Seine Überparteilichkeit wurde 1930 durch königliche Charter und Verleihung des Namens „Royal Institute of International Affairs“ unterstrichen. Meist nach dem Gebäude, in dem es in London untergebracht ist, „Chatham House“ genannt, beschäftigt es heute rund 130 hauptamtliche Mitarbeiter, schneidet täglich 34 Tageszeitungen, 11 Informationsdienste und 13 Wochenzeitungen aus aller Welt, bezieht rund 400 Wochen- bis Vierteljahreszeitschriften sowie alle einschlägigen Bücher. Sein Aufstieg zum anerkannten Zentrum internationalpolitischer Forschungsarbeit, mit Sonderabteilungen für jede Region der Erde, ist untrennbar verbunden mit Arnold J. Toynbee, seinem „Director of Studies“ von 1920–1955. Er behielt es sich vor, eine von Beginn an als besonders wichtig erachtete Aufgabe, nämlich die jahresweise Gesamtdarstellung der internationalen Politik selbst zu übernehmen.

Was in den zwanziger Jahren noch ohne Bedenken leistbar schien, ist dadurch zu einem Prinzip des jahresweisen „Survey“ geworden: Ein Forscher soll jeden Band über das internationale Geschehen aus einem einheitlichen Geist gestalten. Mit außergewöhnlicher Arbeitskraft hat Toynbee, unterstützt in Materialsuche und Kapitelvorfassungen durch drei Assistenten, in der Tat von 1923–1938 pro Jahr Gesamtdarstellungen des Geschehens mit durchschnittlich 500 Druckseiten geschaffen<sup>27</sup>. Die imponierende Reihe dieser Bände gilt zu Recht als unübertroffenes Kompendium der politischen Weltgeschichte dieses Zeitraums. Nach dem zweiten Weltkrieg, in dem seine „Study of History“ zu erscheinen begann, behielt Toynbee nurmehr die Leitung der „Survey“-Bände 1939–1946, die in zehn thematisch gegliederten Bänden von regionalen Spezialisten geschrieben wurden, während Peter Calvocoressi die neuen jahresweisen „Survey“ 1947–1953 in einer der großen Tradition würdigen Weise schrieb. Allerdings mußte er, der gewaltig gewachsenen Quellenmenge zufolge, jeweils den Teil über die mohammedanische Welt und den über den Fernen Osten von speziellen Sachkennern beitragen lassen<sup>28</sup>. Die anderen

<sup>26</sup> So lautet die Gliederung des grundlegenden Essays von Arnold J. Toynbee, *The World after the Peace Conference* (vgl. Anm. 16), Oxford 1925.

<sup>27</sup> Beginnend mit: *Survey of International Affairs 1920–23*, Oxford (University Press) 1925; dann pro Jahr ein Band, für das Jahr 1938 drei Bände; jeder Band mit umfangreichem Anmerkungsapparat und zu jedem Band ein eigener Dokumentenband (vgl. unten).

<sup>28</sup> George Kirk, *Middle East*; F. C. Jones, *Far East*. Z.B. *Survey of International Affairs 1951*, by Peter Calvocoressi, Oxford (University Press) 1954, XII, 505 S.

Teile schrieb er, von Assistenten unterstützt, noch selbst; im „Survey“ 1954 tat es Coral Bell<sup>29</sup>. Seit 1955 hat der neue „Director of Studies“, der Historiker Geoffrey Barraclough, die Fortsetzung des Werkes übernommen.

Alle „Survey“-Bände befolgen seit Beginn ein gleichmäßig proportionierendes, streng geographisch-regionales Gliederungsprinzip, ohne spezielle Berücksichtigung der Gesichtspunkte irgendeines Landes, mit normalerweise folgenden Teilen:

1. Atlantikraum (USA und Großbritannien, NATO)
2. Europa (seit 1946: Westeuropa)
3. UdSSR (seit 1946: und Osteuropa)
4. Arabische Welt
5. Süd- und Ostasien.

Nicht in jedem Band, aber etwa in jedem dritten schließen sich Zusammenfassungen an über das Geschehen in

6. Afrika
7. Lateinamerika.

Doch wird diese Gliederung je nach den Schwergewichten des Geschehens im Berichtsjahr beweglich gehandhabt: Es erhielten in Band 1947/48 Deutschland, in Band 1949/50 die UNO, in Band 1951 Jugoslawien, in Band 1954 Balkanpakt und Cypernkrisen sowie (vorangestellt) Indochina jeweils einen eigenen Teil. So wurde wechselnden Schwerpunkten der internationalen Politik Raum gegeben, das Gesamtbild in jeweils treffenden Proportionen gezeichnet und der einzige Mangel ausgeglichen, den man allerdings anmerken muß: das Fehlen zusammenfassender Darstellung überregionaler Verhandlungen.

Von besonderer Bedeutung für den Rang der „Survey“ als führenden „Jahrbuchs“ der Welt ist ihr Anmerkungsapparat. Er macht durchschnittlich ein Viertel bis ein Fünftel des Satzspiegels jeder Seite aus, weist mit vorbildlicher Exaktheit jede Aussage des Textes in knappster Form nach und erschließt dem Benutzer einen Überblick über das gewaltige Material. Teilweise verweist er auf den Dokumentenband, der gleichzeitig mit jedem „Survey“ erscheint und auf durchschnittlich 600 Seiten pro Jahr die wichtigsten außenpolitischen Dokumente des Jahres im Wortlaut ohne Kommentar veröffentlicht.

#### The United States in World Affairs<sup>30</sup>

Von jenen Pariser Gesprächen des Jahres 1919 nahm auch die Gründung des amerikanischen „Council on Foreign Relations“ ihren Ausgang, das heute unter

<sup>29</sup> Survey of International Affairs 1954, by Coral Bell, ed. by F. C. Benham, Oxford (University Press) 1957, XII, 329 S. — Der Berichterstatter dankt auch an dieser Stelle für alle Einblicke, die ihm während eines längeren Aufenthaltes in London im November 1955 die Freundlichkeit der Institutsleitung und insbesondere Gespräche mit Arnold J. Toynbee gewährten.

<sup>30</sup> 1954, by Richard P. Stebbins and the Research Staff of the Council on Foreign Relations, New York (Harper and Brothers) 1956, XIV, 498 S.



der Präsidentschaft von John J. McCloy und unter Philip E. Mosely als „Director of Studies“ eines der wichtigsten Zentren für internationale politische Forschung in den USA bildet. Es begann 1931 ebenfalls eine Reihe zur jahresweisen globalen Gesamtdarstellung der internationalen Politik zu veröffentlichen. Die ersten Bände schrieb Walter Lippmann, die Bände 1945–49 John C. Campell, die seitherigen Richard P. Stebbins; d. h. nach dem Vorbild der „Survey“ wird auch hier jeder Band vom Geist eines Autors geprägt<sup>31</sup>. Stebbins schreibt unter Mithilfe von vier Assistenten, die ihm Material und Vorfassungen liefern, den jeweiligen Band, dessen einzelne Teile sodann von den regionalen Fachreferenten des Council on Foreign Relations überprüft und ergänzt werden.

Anders als der Titel vermuten läßt, gibt die Reihe, zumal in ihren letzten Bänden, der Außenpolitik des eigenen Staates keinen überproportionalen Raum, sondern schildert das internationale politische Geschehen gleichmäßig über die Erde hin. Die Gliederung der Bände ist ebenfalls geographisch-regional:

1. die Vereinigten Staaten
2. Westeuropa
3. UdSSR und Osteuropa
4. Ferner Osten
5. Südasien, Arabische Welt und Afrika („The World Between“)
6. Lateinamerika.

Ein 7. Teil faßt unter wechselndem Titel die Ergebnisse des Jahres für den Ausbau des westlichen Allianzsystems zusammen. Gleichwohl erreichen die Bände das geschichtswissenschaftliche Niveau des „Survey“ nicht. So gründlich auch sie das Geschehen schildern, in seiner Analyse und denkenden Verarbeitung bleiben sie zu leichthin auf den „Nutzen für die freie Welt“ begrenzt. Die Darstellung zeichnet sich durch glänzende Partien aus, ist aber nicht frei von journalistischen Zügen. Der Anmerkungsapparat nimmt durchschnittlich nur eine Zeile pro Seite in Anspruch und läßt erkennen, daß die Quellenarbeit weniger allseitig ist als bei den „Survey“: Er verweist zur Hälfte auf die „New York Times“, sonst meist auf den Dokumentenband, der (für 1953 und 1954 zusammengestellt von P. V. Curl, für 1955 und 1956 von P. E. Zinner) auf durchschnittlich 440 Seiten die wichtigsten außenpolitischen Dokumente des Jahres veröffentlicht. Eine Chronologie notiert die „Hauptereignisse“ des Jahres, gesondert für jeden Staat; eine wertvolle Bibliographie bringt durchweg in jedem zweiten Band alle amerikanische Literatur zu den politischen Ereignissen.

<sup>31</sup> Um die Zeitspanne bis zum Erscheinen zu verkürzen, schrieb Hollis W. Barber *The United States in World Affairs 1955*, New York 1957, 346 S. (mit der Besonderheit, daß ein eigenes Kapitel über die UdSSR fehlt, ein solches über die Wirtschaftspolitik der USA beigegeben ist), während Stebbins gleichzeitig den Band 1956 (New York 1957) schrieb und nunmehr jeden Jahresband im darauffolgenden Jahr vorzulegen hofft.

Annuario di Politica Internazionale<sup>32</sup>

Die italienische Wissenschaft gesellt der Reihe jahresweiser globaler Gesamtdarstellungen der internationalen Politik ein Unternehmen bei, das in seiner Originalität besonders bemerkenswert und methodisch wie sachlich von hohem Wert ist. Es wird jährlich geschaffen von allen wissenschaftlichen Mitarbeitern des Mailänder „Istituto per gli Studi di Politica Internazionale“. Dieses Institut wurde 1932 von Mussolini im Zusammenhang seiner Wendung zu imperialer Außenpolitik begründet mit einer Forschungsabteilung, die 1932–39 sieben Bände „Annuario“, nicht ohne Verdienste, aber doch mit mannigfachen Einseitigkeiten, veröffentlichte. Daneben gab es noch eine große publizistische Abteilung, die Mussolinis außenpolitische Ziele mit zahllosen Broschüren in Italien propagierte. Es ist das Verdienst des jetzigen Direktors, Prof. G. Bassani, die Forschungsabteilung und damit das Institut erhalten und dem neuen demokratischen Staat eingegliedert zu haben. Es wird jetzt getragen von einer Gesellschaft und Zuschüssen aus dem Etat (nicht der Regierung, sondern) des Staatspräsidenten; es folgt dem Vorbild von „Chatham House“ und besitzt ein vergleichbares Archiv. Aber die Erfahrungen eines Umbruches und die internationale Lage Italiens in der Nachkriegszeit haben es ermöglicht, in der mit dem Jahresband 1951 wieder aufgenommenen Reihe der „Annuario“ methodisch wie sachlich neue Wege zu gehen.

Es ist aus den bisher beschriebenen Unternehmen die besondere Schwierigkeit ersichtlich geworden, daß ein einzelner Forscher die quellenkritische Aufarbeitung des international-politischen Geschehens eines Jahres nicht mehr zu leisten vermag. Statt anderer Hilfslösungen (Assistenten oder Vergabe einzelner Kapitel) und entschlossener als „L'Année Politique“ und „Major Problems“ hat sich das Mailänder Institut daher für die Schaffung der „Annuario“-Bände der systematischen Entwicklung einer Arbeitsgemeinschaft gewidmet. Jeder Band wird unter der Leitung von Prof. Fr. Cataluccio von den 23 wissenschaftlichen Mitarbeitern des Instituts geschrieben, deren jeder aus seinem genau abgegrenzten regionalen oder sachlichen Arbeitsbereich Kapitel beisteuert (während er im übrigen für die Wochenzeitschrift „Relazioni Internazionali“ des Instituts Aufsätze und Dokumentationen aus seinem Bereich liefert). In gemeinsamen allwöchentlichen Arbeitsbesprechungen werden Arbeitsmethode, Darstellungsweise und Abgrenzungen im einzelnen auf das genaueste festgelegt<sup>33</sup>. Die quellenkritische Verarbeitung, Darstellung und Analyse aller Geschehnisse ist exakter und ausführlicher als in jedem bisher besprochenen Jahrbuch – und trotzdem aus einem Geiste; jeder Band erreicht infolge des regionalen Detail-Reichtums einen Umfang von 1300 bis 1400 Seiten – und ist gleichwohl eine große Einheit.

<sup>32</sup> 1954 (Vol. XI), XXXVIII, 1308 S.; 1955 (Vol. XII), XLIV, 1442 S.; Istituto per gli Studi di Politica Internazionale, Milano 1956 und 1957.

<sup>33</sup> Der Berichterstatter dankt auch an dieser Stelle für alle Einblicke, die ihm während eines längeren Aufenthaltes in Mailand im Oktober 1955 die Freundlichkeit der Institutsleitung gewährte.

Das ist vor allem das Verdienst eines seit 1951 unverändert beibehaltenen sachlichen Gliederungsprinzips. Jeder Band setzt ein mit der Behandlung der internationalen Spannungsherde und endet mit der Schilderung der internationalen Konferenzen, die sie zu überwinden suchen. Das Gliederungsschema ist das folgende:

1. die großen internationalen Spannungsherde (Deutschland, Formosa, Korea, Ägypten etc.),
2. der West-Ost-Konflikt (als Hintergrund dieser großen Spannungsherde mit Entwicklungen der NATO, Jugoslawiens etc.),
3. die regionalen Spannungsherde (Palästina, Kaschmir, Thailand, Saar, Jemen Argentinien etc.),
4. die europäischen Positionen in Asien und Afrika (Spannungsherde um das Kolonialproblem: Malaya, Marokko, Nigeria etc.),
5. die Außenpolitik Italiens,
6. Kirche und Religionen,
7. Wichtige innenpolitische Krisen über die Erde hin,
8. Internationale Organisationen und Kongresse.

Dieses originelle Gliederungsprinzip, ausgehend nicht von den staatlichen Handlungsträgern, sondern den Konfliktstellen, nach regionaler Zuständigkeit von den 23 Mitarbeitern im Wechsel beschrieben, läßt den dynamischen Charakter der Ereignisse jedes Jahres und die Zusammenhänge zwischen ihnen besonders deutlich hervortreten. Die Konzentration auf die Konflikte ermöglicht dramatische, eindringliche Analyse und Erkenntnisse, die sich bei anderen „Jahrbüchern“ nicht ergeben. Freilich wird auf diese Weise wenig getan für ein Verständnis der einzelnen Staaten, Blöcke und Kontinente von innen heraus; die Unterlagen dafür sind über alle Teile des Bandes verstreut zu suchen. Doch ergibt sich im achtmal wiederholten Kreisen rund um die Erde das Gesamtspiel der internationalen Politik mit außergewöhnlicher Eindringlichkeit; und man wird, so sehr die Machtträger verschwommen bleiben, diese Betrachtungsweise nicht missen mögen.

Vom Gesichtspunkt des wissenschaftlichen Benutzers ist hier besonders das Fehlen eines Anmerkungsapparates zu beklagen, das nur teilweise aufgewogen wird durch außergewöhnlich reiche Wortlautzitation aller wichtigen Dokumente und eine sehr ausführliche Bibliographie im Anhang. Dieser (pro Band rund 200 Seiten umfassend) enthält zudem administrative Daten zu jedem Staat, das diplomatische Korps aller wichtigen Hauptstädte, eine Chronologie und ein vorbildliches Register.

### Die Internationale Politik<sup>34</sup>

Die deutsche Wissenschaft hat in den letzten vier Jahrzehnten zahlreiche vortreffliche Arbeiten über fremde Länder vorgelegt, aber nur ausnahmsweise solche über die internationalen Beziehungen dieser Länder. Seit dem Ende des zweiten

<sup>34</sup> 1955. Eine Einführung in das Geschehen der Gegenwart, hg. von Arnold Bergstraesser und Wilhelm Cornides unter Mitwirkung von Walther Hofer und Hans Rothfels, München (Oldenbourg) 1958, 1050 S.

Weltkrieges jedoch sind nicht nur die deutschen Politiker, sondern ist jedes Begreifen in dem gespaltenen Lande angewiesen auf reale Erfassung und Analyse der internationalpolitischen Entwicklungen. Daß deutsche Forschung auf diesem Felde angesichts ihrer Lage bedeutsame Beiträge zu liefern vermöchte, hat sie zunächst in den letzten Jahren auf dem Spezialgebiet der Ostforschung erwiesen. Nun haben sich 1955 westdeutsche Politiker aller Parteien, Wirtschaftler und Wissenschaftler zusammengeschlossen und das 1952 gegründete „Institut für europäische Politik“ in Frankfurt zum „Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ ausgestaltet. Nach dem Vorbild von „Chatham House“ und auf der Grundlage eines umfassenden Archivs hat es sich die Veröffentlichung deutscher Beiträge zur wissenschaftlichen Behandlung der internationalen Politik der Nachkriegszeit zur Aufgabe gemacht; darunter die Schaffung eines deutschen „Jahrbuchs“, das ebenfalls unter bewußtem Verzicht auf besondere Berücksichtigung der eigen-nationalen Außenpolitik gleichmäßig proportionierte globale Gesamtdarstellung des internationalpolitischen Geschehens jahresweise erstrebt.

Der erste Band dieses deutschen, nunmehr achten Jahrbuch-Unternehmens in der Welt, ist eben erschienen. Indessen muß der Berichterstatter, da er selbst an ihm beteiligt ist, hier der Fachkritik die Behandlung der Fragen überlassen, ob und auf welche Weise es den gestellten Aufgaben gerecht geworden ist.

### III.

Es kann nicht Aufgabe dieses Berichtes sein, ein abgerundetes methodisches und sachliches Fazit aus den fremdsprachigen Werken zu ziehen, über die hier berichtet worden ist. Was die Methodik betrifft, so wird sich in nicht zu ferner Zukunft der verantwortungsbewußten Zeitgeschichtsschreibung die Aufgabe stellen, in einem neuen Anlauf zur historischen Erkenntnistheorie und Methodenlehre die Ergebnisse zu durchdenken, die sich bis dahin im Prozeß der Wandlung, Anpassung und Bewährung der überlieferten Grundsätze ergeben haben werden. Ein sachliches Fazit aber müßte an Hand aller „Jahrbücher“ zumindest die internationalen Hauptprobleme selbst diskutieren, was nicht Aufgabe dieses Forschungsberichtes sein kann. Nur einige Hinweise zu solcher Methodenlehre und zu dieser Diskussion sollen abschließend gegeben werden, die sich besonders nachdrücklich aus dem Vergleich dieser jahresweisen Historiographie als Spiegelbild veränderter Wirklichkeit ergeben.

#### Zur Quellenlage und Methodik

An die erste Stelle gehört sicher der Hinweis auf die schlechterdings überwältigende Fülle des Quellenmaterials, die sich vor jeder wissenschaftlichen Behandlung der Nachkriegszeit auftürmt. Sie erweist sich mit erschreckendem Ernst als ein Hauptproblem jeder zukünftigen Historie. Wer immer gegen „Zeitgeschichte“ den Einwand unzureichender Quellengrundlage erhebt, zeigt, daß er sich noch nicht mit ihr beschäftigt hat; andernfalls würde er mit jedem, der es tat, zunächst einmal



die Angst vor „noch mehr Quellen“ teilen. Sir W. Hancock hat als Beispiel darauf hingewiesen, daß die gesamten Archivalien zur englischen Geschichte von der normannischen Landung bis zum Jahre 1900, reihte man sie auf Regalen nebeneinander, eine Länge von 17 Meilen einnehmen würden; die Akten einer einzigen Dienststelle (des Board of Trade) während des zweiten Weltkrieges nehmen genau die gleiche Länge ein<sup>35</sup>. Das gilt noch potenziert von der Nachkriegszeit, in der zudem ein Heer von Reportern und die unvorstellbare Schreibe-Apparatur der ganzen Welt über nahezu jedes Ereignis uns Tausende von Aussagen zur Verfügung stellen. Jeder Blick in einen beliebigen Band der „Jahrbücher“ läßt das Ringen der Autoren mit dieser Überfülle ahnen.

Mag nun dieses Ringen in einem Unternehmen (etwa dem „Annuario“) erfolgreicher als in einem andern ausgegangen, die Bewältigung in diesem Kapitel besser gelungen sein als in jenem, insgesamt berechtigt es zu dem Schluß, daß die in „Jahrbüchern“ vorgenommene Aufgliederung der Quellenüberfülle zunächst nach Jahren, dann nach Regional- und Sachgruppen, ihre Aufteilung auf mehrere Mitarbeiter, die sondernd, Fragestellungen nachgehend, kritisch prüfend das ihnen Zugewiesene durcharbeiten, einen der wenigen gangbaren Wege darstellt, mit diesem Hauptproblem fertig zu werden. Muß der Historie ex officio versagt sein, ohne Bewältigung der Quellenstoffe zu reden, so bietet dieser gerade noch leistbare „mittlere“ Weg vielleicht die einzige Möglichkeit, den ersten Überblick zu gewinnen. Nach „oben“ können dann Monographien auf der gewonnenen Grundlage aufbauen, während andererseits jeder Jahrbuch-Autor die Stellen in seiner Arbeit anzumerken hat, an denen er wichtige Fragen unentschieden lassen mußte, sei es weil die Quellenfülle dort einfach übermenschlich, sei es weil sie in speziellen Fällen noch nicht ausreichend war. Er muß (was in den vorliegenden Bänden zu selten geschieht) an schwierigen Stellen spätere spezielle Quellenanalyse erbitten. Aber die Historie wird auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen in Zukunft kaum noch mit spezialisierter Quellenanalyse kleiner Komplexe und deren Veröffentlichung beginnen können. Sie ist auf den Jahrbuchtyp angewiesen, will sie nicht vor der ihr im Rahmen der Gesellschaft gestellten Aufgabe resignieren.

Ferner ist hinzuweisen auf die Verschiebung der Wertigkeit der einzelnen Quellenarten in der internationalen Nachkriegspolitik. Diese Verschiebung ist noch nicht abgeschlossen, doch könnte bald der Versuch gemacht werden, ihre Tendenzen aufzuweisen. Es würde wahrscheinlich festzustellen sein, daß Kommunikés und Berichte aller Art von Staatsmänner-Treffen und internationalen Konferenzen in ihrer Bedeutung normalerweise gestiegen, die der Botschafter-Berichte gesunken sind. Geblieben ist wohl der Primärwert der Verträge und Abkommen, die nahezu ausnahmslos sofort publiziert werden. Der Quellenwert späterer Memoiren dürfte vermutlich niedriger als bisher angesetzt werden, da die Politiker (in steigendem Maß auch im Osten) in unablässiger Folge der Presseinterviews etc. mit einer zeitlichen Dichte, die der Interpretation auch der unausgesprochenen Motive nicht

<sup>35</sup> Mitgeteilt von Kluge a.a.O. (Anm. 1), S. 7435.

mehr häufig Lücken läßt, sowieso täglich kundtun, wie sie jede Einzelheit sehen. Gestiegen ist der Quellenwert des unablässig verfeinerten Presse- und Informationswesens, dessen engmaschige Berichterstattung überhaupt kein Pendant in früheren Jahrhunderten hat. Gesunken dürfte schließlich der durchschnittliche Quellenwert der ministeriellen Akten sein, die nurmehr Entstehungsgang und interne Zerrfelder um Vorgänge erschließen werden, die in ihren Motivationen, Gruppen-Beeinflussungen, Abläufen und Ergebnissen zumindest in der westlichen Welt schon aus anderen Quellen zutage liegen; nur in zwei Bereichen wird ihre Öffnung noch wesentlich Neues erbringen: dem der Machtkämpfe und Entwicklungen in autoritären Führergruppen und dem der geheimen militärischen Rüstungen und strategischen Pläne<sup>36</sup>.

Zur Methodik im weiteren Sinne, wie Droysen sagen würde: „der geschichtlichen Arbeit nach ihren Formen“, legen auch die Jahrbücher den besonderen Hinweis nahe, daß diplomatische Quellen nurmehr von partieller Bedeutung für die Erforschung und Darstellung internationaler Politik in einer Periode sind, in der diese in so hohem Maß Ausdruck ideologischer und gesellschaftlicher Bewegungen ist. Diese zu erfassen, bedarf es der gleichzeitigen Nutzung der Methoden, Begriffe und Ergebnisse zahlreicher benachbarter Fächer, insbesondere der politischen, psychologischen, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, will die Historie wiederum nicht vor ihrer Aufgabe resignieren, das Ganze der geschichtlichen Welt zu begreifen<sup>37</sup>. Die hier besprochenen Bände sind zwar gelegentlich der Gefahr erlegen, entweder sich streckenweise mit einer diplomatischen Geschichte alten Stils zu begnügen (z. B. „The Annual Register“) oder zu der Notlösung eigener, unverbundener Wirtschaftskapitel etc. zu greifen (z. B. „L'Année Politique“); im Ganzen aber analysieren sie doch schon mit einer gelegentlich unreflektiert anmutenden Selbstverständlichkeit die ideologischen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren mit richtigen Zurechnungen inmitten der politischen Entwicklungen.

#### Zur organisierten Zusammenarbeit

Angesichts der vorgenannten Zustände und Erfordernisse bedarf es keiner näheren Begründung, daß ihre Bewältigung die organisierte Zusammenarbeit mehrerer Forscher erfordert. Gemeinschaftsarbeit, wie sie sich auch für frühere Perioden der Geschichte infolge der Ausweitung ihres Forschungsbereichs einmal auf soziale Strukturgeschichte, zum andern auf die außereuropäische Geschichte nahelegt,

<sup>36</sup> Dieser aphoristische Aufweis von Tendenzen möchte nur ein Versuch zur Anregung sein, dem eine künftige Methodenlehre nachgehen könnte. — Auf die Frage des inneren Abstandes von den Ereignissen kann hier nicht eingegangen werden; das Nötige ist dazu schon verschiedentlich gesagt worden; vgl. z. B. Kluke a. a. O. (Anm. 1), S. 743 f.

<sup>37</sup> Der Hinweis muß hier genügen. Des Näheren vgl. Rothfels a. a. O. (Anm. 1), S. 7 f; Thompson a. a. O. (Anm. 3), S. 464 f; und besonders Werner Conze, Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein - Westfalen, Heft 66), Köln 1957, bes. S. 19—27 und 41—43.

ist im Bereich der globalen Zeitgeschichte eine unbezweifelbare Notwendigkeit. Auch Arnold J. Toynbee, der im alten Ethos personaler Geschichtsschreibung lange an der Forderung festhielt, ein Jahresband müsse von einem Autor geschaffen werden, neigt heute der Ansicht zu, da nunmehr (im Unterschied noch zur Zeit zwischen den beiden Weltkriegen) alle Teile der Erde in den einen großen Zusammenhang der internationalen Politik einbezogen seien, könne die zudem noch aus anderen Gründen (Entwicklung des Informationswesens, notwendige Zusammenarbeit mit Nachbarwissenschaften) potenzierte Quellenfülle nur noch durch die Gemeinschaftsarbeit mehrerer Forscher bewältigt werden<sup>38</sup>. Die verbreitete Skepsis ihr gegenüber sollte vollends durch die nüchterne Erörterung der Schwierigkeiten ersetzt werden, die sich beim Aufbau solcher Arbeitsgruppen allerdings ergeben. Zu dieser Erörterung nur einige Hinweise:

Von besonderer Bedeutung für die Aufgabe globaler Gesamtdarstellung der internationalen Politik der Nachkriegszeit ist die sachgemäße Zusammensetzung der Arbeitsgruppe. Sie muß spezialisierte, die historischen Methoden beherrschende Sachkenner für jede Region (von der Größe, die gerade noch jahresweise von einem Forscher bearbeitbar ist, d. h. zumeist Kontinente) enthalten, die gleichwohl über ihre Region hinaus weltpolitisch zu denken und aufeinander zu hören vermögen. Zugleich sollte jeder von ihnen in einem der benachbarten Fächer nach Herkunft oder Zweitausbildung als Völkerrechtler, Wirtschaftswissenschaftler, Soziologe etc. beheimatet sein und die Aufnahme der Methoden und Ergebnisse dieser Fächer nicht nur in der von ihm zu beschreibenden Region, sondern in allen sicherstellen.

Räumliche Arbeitsgemeinschaft wird normalerweise schon durch das Archiv erzwungen; die Sammlung und systematische Katalogisierung des gewaltigen, täglich anfallenden Quellenmaterials kann bei den hohen Kosten von jeder Nation nur in einem spezialisierten Forschungsinstitut bereitgestellt und die kapitelweise Verarbeitung dieses Archivs von den Autoren nur am Ort geleistet werden. So wird Autorschaft von auswärts her auf Spezialfälle begrenzt bleiben müssen.

Zusammenarbeit im Institut ist auch durch ein anderes Erfordernis geboten: in wöchentlichen Arbeitsbesprechungen müssen Arbeitsmethoden, Darstellungsweisen und Abgrenzungen, die sich laufend während der Niederschrift als Probleme ergeben, abgestimmt werden. Es sind Standpunkte auszutauschen, Motive und Tendenzen politischer Handlungen, die von anderen Regionen her wirken, zu erfragen, Methoden und Ergebnisse der Nachbarfächer in allen Regionen zu berücksichtigen, sämtliche internationalen Hauptprobleme nach Erforschung des Faktischen von allen Regionen und Standpunkten her zu sehen. Erst in dem Maß, in dem dies der in allen Ländern vergleichsweise jungen Bemühung zunehmend besser gelingt, wird das Ziel, einer auf „mittlerem“ Weg das gesamte Quellenmaterial spezialisiert

<sup>38</sup> Vgl. Anm. 29. — Auch Hollis W. Barber bekennt in seinem Vorwort zu „The United States in World Affairs 1955“ (New York 1957, S. VIII): „To say that this volume is produced by the author, and the Research Staff of the Council on Foreign Relations‘ is no mere formal entry on a title page...“ Der Band sei in Wirklichkeit nur durch Gemeinschaftsarbeit möglich geworden. — Zu ihrer Notwendigkeit im allgemeinen vgl. Conze a.a.O. (Anm. 37), S. 23 f.

bewältigenden und doch zur Einheit zusammenschauenden Gesamtdarstellung näherrücken und die mit Recht geforderte globale Geschichtsschreibung weiter entwickelt werden.

### Ost-West-Konflikt, Regionalismus und Gliederung

Schlägt man ein beliebiges „Jahrbuch“ auf, so könnte es auf den ersten Blick als gar nicht so schwierig erscheinen, eine sinnvolle Gliederung des jahresweisen Geschehens der gesamten internationalen Politik zu finden. Es besteht ein von keiner Seite ernsthaft bezweifelter Einverständnis über die universale Konstellation der Nachkriegsepoche, in der politisches Handeln von allen Rassen her initiiert wird und von jedem Punkt der Erde, wo immer es geschieht, auf alle Punkte der Erde wirkt, jede Gesamtdarstellung also alle Gebiete gleichmäßig proportioniert berücksichtigen muß<sup>39</sup>, – mögen auch einige der Jahrbücher aus Tradition oder Absicht eine besondere Berücksichtigung ihrer nationalen Außenpolitik mit dieser größeren Aufgabe verbinden. Gleichzeitig kennt die internationale Politik der Nachkriegszeit, was etwa den zwanziger Jahren noch fehlte: ein auf der ganzen Erde dominierendes politisches Hauptproblem. Was liegt näher, als den West-Ost-Konflikt zum „roten Faden“ der Gesamtdarstellung zu machen und einmal die direkten Kontakte und Konflikte der beiden Weltmächte, zum andern ihr Ringen in „The World Between“ Region für Region zu behandeln?

Doch dann beginnen die Schwierigkeiten. Die bilateralen Kontakte, Konferenzen, Konflikte werden übers Jahr hin von allem beeinflusst, was im Zwischenbereich geschieht, und wirken ihrerseits auf ihn zurück; die chronologische Abfolge erheischt Berücksichtigung. Das Handeln der Weltmächte selbst, des demokratischen (durch machtvollen Einfluß der wechselnden öffentlichen Meinung) wie des totalitären, wird übers Jahr hin beeinflusst von unterschiedlichen innen-, sozial- und wirtschaftspolitischen Vorgängen, die zusammenfassende Darstellung erfordern. Die Staaten im Zwischenbereich Europas, Asiens und Afrikas wiederum folgen durchaus auch ihren eigenen vielfältigen Bedingtheiten, haben ihre eigenen Sorgen und politischen Ziele, mit denen sie ihrerseits in raschem chronologischen Wechsel auf den großen Konflikt zurückwirken.

Sodann gibt es zumindest ein weiteres politisches Hauptproblem von annähernd gleicher Bedeutung für die Gesamtheit der internationalen Politik: den Kontrast zwischen den gesellschaftlich hochgradig integrierten und technisierten Nationen einerseits, den mit wirtschaftlichen und sozialen Nöten ringenden Entwicklungsländern in Südasien, Orient, Afrika und Lateinamerika andererseits. Letztere stehen zugleich mit der Gewinnung ihrer politischen Selbständigkeit vor dem ge-

<sup>39</sup> Die Diskussion geht viel eher schon um die Konsequenzen, die dieses Einverständnis für unser Geschichtsbild vergangener Jahrhunderte haben muß. Vgl. Th.J.G. Locher, *Die Überwindung des europäozentrischen Geschichtsbildes*, Wiesbaden 1954; Conze a. a. O. (Anm. 37), S. 11–17; O. Hoetzsch, *Versuch der Eingliederung Asiens in eine universalgeschichtliche Konzeption*, Europa-Archiv II, Juni 1947, S. 655 ff.



waltigen Problem, auf noch bestehenden primitiven Sozial- und Wirtschaftsstrukturen bei vielfachem Mangel an technischer Ausbildung, bei schwachen Verwaltungen und enormen Wellen des Bevölkerungszuwachses den Apparat eines modernen Wohlfahrtsstaates aufbauen, nationale Integration und politische Bedeutung erzielen zu wollen<sup>40</sup>. Dieses Problem, von dem meist aus Verantwortungsbewußtsein zunächst erhaltene „koloniale“ Abhängigkeiten ein Teilaspekt sind, durchzieht sämtliche Bereiche der internationalen Politik, wird zum Hauptthema der internationalen Organisationen bis zur UNO und verquickt sich auf allen Ebenen wiederum mit dem West-Ost-Konflikt.

Nimmt man schließlich hinzu Fragen genereller Art, die gleichwohl für jedes Jahr von höchster Bedeutung sind, wie die militär- und verkehrstechnische Entwicklung, die Atom- und Raketenstrategie, die Gefährdung der geistigen Menschlichkeit in der Technisierung des Daseins und das Gefühl, daß „die ganze Bühne zittert“, auf der die internationale Politik spielt, so ergibt sich vollends das ungeheure Verwoben- und Verstricktsein der Völkerschicksale und aller Faktoren mit allen Faktoren in der internationalen Politik.

Das Jahrbuch, das dies alles gleichzeitig und auf jeder Seite zu sehen und die Interdependenz sämtlicher Faktoren in der Gliederung zu fassen vermöchte, gibt es nicht. Eine den systematischen Geist voll befriedigende Lösung wird immer unmöglich sein. Doch ist diese Schwierigkeit im Grunde seit je jeder geschichtswissenschaftlichen Arbeit eigen gewesen. Auch wo sie hier potenziert auftritt, lassen sich, wenn sie klar gesehen wird, Lösungen finden, die das praktische Bedürfnis befriedigen. Aus der Prüfung aller vorliegenden Versuche dürfte sich zu Recht ergeben haben, daß im gegenwärtigen Zeitraum eine Gruppierung nach den großen weltpolitischen Regionen (USA, Ostblock, Westeuropa, Arabische Welt, Südasien usw.) am ehesten Aussicht hat, die unfäßbare Gesamtverwobenheit am wenigsten zu verwischen. In diesen Regionen lassen sich ihre Teilstaaten mit weitgehend gleicher Problemlage und Politik sowie die Einwirkungen der beiden globalen Hauptprobleme gemeinsam darstellen, ohne daß die Farbigkeit im Detail zu sehr verblaßt, wenn andererseits den überregionalen Organisationen, Geschehnissen und Fragen genügend Sonderraum belassen wird und das Ganze nach den wechselnden Schwerpunkten der internationalen Politik von Jahr zu Jahr variabel bleibt.

### Sachliche Grenzen und Zusammenfassung

Allen Jahrbuch-Unternehmen sind bestimmte sachliche Grenzen gezogen, eben weil sie die internationale Politik jahresweise beschreiben. Neben schon Gesagtem gehört hierher, daß es manche Vorgänge von Bedeutung gibt, die erst im Überblick über mehrere Jahre faßbar werden. Zu ihnen zählen etwa die Bevölkerungsbewegung oder der Strukturwandel in den osteuropäischen Staaten; ferner be-

<sup>40</sup> Vgl. z.B. G. Myrdal, *An International Economy, Problems and Prospects*, New York 1956; O. Wilson, *Internationale Folgeerscheinungen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umwandlungen in Asien*, Europa-Archiv X, 15/1955, S. 8038–8045.

stimmte Aspekte des Problems der Entwicklungsländer, z.B. die gefährliche Krise ihrer alten Kulturen und Religionen; geistige, psychologische und soziologische Grundentwicklungen überhaupt<sup>41</sup>. Die jahresweise Gesamtdarstellung der internationalen Politik wird solche Vorgänge beobachten müssen, aber aus dem Material je eines Jahres nur Partielles von ihnen berichten können. Quellengrundlagen, die für eindringende Analyse zureichend sind, ergeben sich erst im Rückblick über Jahrzehnte und sind dann nur monographischer Behandlung zugänglich.

Schließlich schieben sich, vielleicht nicht in aller Zukunft, aber noch für eine geraume Zeit, Grenzen des sittlichen Vermögens vor die Erreichung des Zieles objektiver Gesamtdarstellung der Weltpolitik. Da nach kritischer Verifizierung der Fakten bekanntermaßen keine Darstellung ohne Wertung denkbar ist, diese von der Skala der ethischen Normen des Betrachters abhängt, diese Wertskala aber in den verschiedenen Kulturkreisen differiert, kann das Ziel solange nur in Annäherung erreicht werden, als auch in der begonnenen universalen Epoche die alten Kulturkreise nachwirken. Um so mehr wird es als Etappe auf eine Mehrzahl der Versuche zu globaler Gesamtdarstellung ankommen. Eben darum ist der Ausfall gleichgerichteter Forschung im Ostblock und noch mehr das bisherige Ausbleiben asiatischer und afrikanischer Mitwirkung<sup>42</sup> so sehr zu bedauern. Oder wie es Arnold J. Toynbee formuliert hat<sup>43</sup>: „Je mehr Jahrbücher in verschiedenen Ländern erscheinen und, jeweils vom eigenen Blickpunkt aus, weltumfassende Objektivität zu erreichen suchen, desto eher mag in der Zukunft, im Vergleich der verschiedenen nationalen Versuche, die wirklich objektive Sicht aller Ereignisse der internationalen Politik erreicht werden können.“

<sup>41</sup> Manche der konkreten Themen sind angeführt bei Dietrich Mende, Internationale Beziehungen als Forschungsgegenstand, *Europa-Archiv* X, 22/1955, S. 8373–8380.

<sup>42</sup> Eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung pro Jahr dürfte in Zukunft am ehesten vom Forschungsinstitut des „Indian Council on World Affairs“ zu erwarten sein.

<sup>43</sup> Vgl. Anm. 29. Bestätigung und Druckerlaubnis erteilte Arnold J. Toynbee brieflich am 4. Febr. 1958.

#### MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Walter L. Dorn, Professor für Geschichte an der Columbia University in the City of New York, 464 River Side Drive, New York 27, N. Y.

Dr. Donald F. Lach, Professor für Geschichte an der University of Chicago, Department of History.

Dr. Gerhard Leibholz, Professor em. für öffentliches Recht an der Universität Göttingen, Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, Göttingen, Dahlmannstr. 6.

Dr. Walter Lipgens, Mitarbeiter am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft

für Auswärtige Politik E. V., Pf./M., Myliusstraße 20.

Dr. Eberhard Pikart, Scholar des St. Antony's College Oxford.

Dr. Wilhelm Treue, Professor der Geschichte, Technische Hochschule Hannover, Universität Göttingen, Göttingen, Schildgraben 3.

The Honourable C. M. Woodhouse, MA, Generaldirektor des Royal Institute of International Affairs, Chatham House, 10 St. James' Square, London SW I.